IMT Nuremberg Archives

H – 338

International Court of Justice

H0338 - 0002

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 1. MAI 1946.
SITZUNG 10.00 BIS 13.00 UHR.

VORSITZENDER: Bevor wir den Fall des Angeklagten Schacht fortsetzen, werde ich die Entscheidung des Gerichtes bekanntgeben bezueglich der Antraege des Dr. Sauter im Namen des Angeklagten von Schirach.

Der erste Antrag, gegen den Einspruch erhoben wurde, betraf eine Gruppe von Dokumenten, Nr. 30, 31, 45, 68, 73, 101, 109, 124, 133. Dieser Antrag bezueglich dieser Gruppe von Dokumenten ist abgelehnt.

Die zweite Sache war ein Antrag bezueglich Nr. 118a. Diesem Antrag wurde stattgegeben und das Dokument muss uebersetzt werden.

Der naechste Antrag betraf Nr. 121 und in diesem Falle wurde der Antrag abgelehnt.

Bezueglich der Zeugen hat Dr. Sauter seinen Antrag fuer den Zeugen Marsalek zurueckgezogen und im Zusammenhang mit dem anderen Antrag hat das Gericht der Vorladung des Zeugen Ueberreiter stattgegeben. Das ist alles.

DR. DIX: Ich habe gestern bedauerlicher Weise unterlassen, nach der Antwort Dr. Schacht's auf meine Frage, ob er sich durch Hitler nur enttaeuscht oder getaeuscht gefuehlt habe, um nach seiner Antwort eine Urkundenstelle zu verlesen, die sich zu dem gleichen Punkte verhaelt. Es ist dies das schon mehrfach zitierte und ueberreichte Dokumentenstueck, Exhibit Nr. 34, Seite 114 des englische Textes des Dokumentenbuches, und zwar findet sich diese Stelle auf Seite 124 des englischen Dokumentenbuches; sie lautet, ich zitiere:

"Herr Dr. Schacht war schon in den Jahren 1935/36, wie aus zahllosen Aeusserungen hervorging, in die Rolle desjenigen Mannes geraten, der Hitler gutglaeubig seine Kraft und sein Koennen zur Verfuegung gestellt hatte, sich aber von Hitler betrogen fuehlte."

Von den vielen Aeusserungen zitiere ich nur eine, die Schacht gelegentlich eines Abendessens bei meiner Frau und mir im Sommer 1938 getan hat. Als Herr Dr. Schacht erschien, war deutlich erkennbar, dass in ihm etwas brodelte und beim Abendessen platzte es ploetzlich aus ihm heraus, indem er aus einer tiefen Erregung meine Fraue geradezu anschrie "Gnaedige Frau, wir sind Verbrechern in die Haende gefallen, wie haette ich das ahnen koennen."
Es ist dies die eidesstattliche Versicherung Schniegel's.

H0338 – 0003

Ich habe dann gestern 3 Urkunden erwaehnt, naemlich einen Vortrag Schacht's ueber "Geographie und Statistik" in Frankfurt am Main, am 9. Dezember; ferner einen Aufsatz Schacht's ueber das Kolonialproblem, und die Koenigsberger Rede Schacht's. Ich ueberreiche jetzt dieses Dokument, und zwar den Vortrag ueber "Geographie und Statistik" in Frankfurt, Dokumentenbuch deutsche Ausgabe Exhibit 19, Seite 48, englische Seite 54; der Aufsatz ueber das Kolonialproblem Exhibit 21, deutsche Ausgabe Seite 53, englische Ausgabe 59; und die Koenigsberger Rede Exhibit 25 meines Dokumentenbuches, deutsche Ausgabe Seite 66, englische Ausgabe Seite 73.

F: Nun, Herr Dr. Schacht, in der Mitte des Jahres 1934, also kurz vorher, bevor Sie Wirtschaftsminister wurden, und als sie nun Wirtschaftsminister wurden, waren Ihnen ja die Vorgaenge des 30. Juni 1934 und deren Legalisierung durch das Kabinett bekannt. Hatten Sie nunmehr keine Bedenken, in dieses Kabinett einzutreten, oder welche Erwaegungen veranlassten Sie, diese Bedenken zurueckzustellen?

A: Wenn es sich um meine persoenliche Ruhe und Bequemlichkeit gehandelt haette, so waere es natuerlich sehr einfach gewesen, das Amt nicht anzunehmen und zu resignieren. Ich fragte mich selbstverstaendlich, was damit fuer die weitere Entwicklung der deutschen Politik gewonnen waere. Wir befanden uns bereits in einem Stadium, in dem jede oeffentliche und offene Opposition und Kritik gegenueber der Hitler-Regierung unmoeglich gemacht war. Es konnten sich keine Versammlungen bilden, keine Vereinigungen, jede Presseaeusserung war unter Kritik und Zensur gestellt und jede Moeglichkeit der politischen Opposition, ohne die keine Regierung leben kann, war von Hitler mit seiner Terror-Politik unterbunden worden.

Es gab nur eine einzige Stelle, von der aus man versuchen konnte, Kritik zu ueben und eventuell Opposition zu machen, um schlimme Massnahmen, fehlerhafte Massnahmen der Regierung zu verhueten, und diese Opposition war einzig und allein in der Regierung selbst. Mit diesem Bewusstsein bin ich in die Regierung hineingegangen und ich habe gehofft, dass ich im Laufe der Jahre doch innerhalb des deutschen Volkes eine gewisse Unterstuetzung, einen gewissen Rueckhalt finden wuerde. Noch gab es ja eine grosse Masse von geistig Fuehrenden, von Professoren

H0338 - 0004

Lehrern und Wissenschaftlern, von denen ich nicht erwarten konnte, dass sie sich einfach in diese Zwangswirtschaft fuegen wuerden, noch gab es eine grosse Masse von industriellen Unternehmern, Wirtschaftsfuehrern, von denen ich nicht annehmen konnte, dass sie die Fuehrung ihrer Geschaefte einem wirtschaftlichen Zwang unterordnen wuerden, und ich habe gehofft, aus all diesen Kreisen heraus eine gewisse Unterstuetzung zu finden, die es mir moeglich machen wuerde, innerhalb der Regierung eine bremsende und regulierende Wirkung zu erzielen. Ich bin also in das Kabinett Hitler's hineingegangen, nicht mit begeisterter Zustimmung, sondern aus der Notwendigkeit heraus, dass fuer das deutsche Volk weitergearbeitet werden muesse und dass eine Bremse und eine Berichtigung falscher Massnahmen nur angesetzt werden konnte, innerhalb der Regierung.

F: Gab es denn nun im Laufe der Zeit gar keine oppositionelle Entwicklung innerhalb der Partei?

A: Ich darf dazu sagen, dass auch innerhalb der Partei selbstverstaendlich die anstaendigen Elemente zahlenmaessig bei weitem ueberwogen, der grosse Teil der Bevoelkerung hatte sich der Partei angeschlossen aus gutem Instinkt, aus gutem Willen heraus, getrieben von der Not, in die das deutsche Volk geraten war. Ich moechte auch gerade fuer die SS zum Beispiel sagen, dass im Anfang der SS eine Masse anstaendiger Leute sich gerade in die SS hineinbegaben, weil Himmler dieser SS den Anschein gab, fuer eine ideale Lebensfuehrung zu kaempfen. Ich erinnere an ein Buch, das damals erschien, von einem SS-Mann mit bezeichnendem Titel: "Schafft anstaendige Kerle".

Im Laufe der Zeit aber hat es Hitler verstanden, innerhalb der Partei und ihrer Organisationen alle schlechten Elemente um sich zu sammeln, er hat es verstanden, sie alle an sich zu ketten und zwar, ich moechte sagen, bewusst dadurch, dass er irgendwelche Fehler, oder Fehltritte, oder Vergehen, die sie sich hatten zuschulden kommen lassen, sich zunutze machte, um diese Leute unloesbar an sich zu fesseln.

Ich habe gestern von der Trunksicht als einen Bestandteil der Nazi-Ideologie gesprochen; ich habe das nicht getan, um irgend jemanden persoenlich herabzusetzen, sondern aus einem anderen, ganz bestimmten Grunde.

Im Laufe der weiteren Entwicklung habe ich bemerkt, dass gerade eine grosse Zahl von Parteigenossen, die in dieses Netz von Hitler hineingeraten waren und sich in mehr oder minder fuehrenden Stellungen befanden, langsam angst und bange

H0338 - 0005

wurde vor den Folgen des Unrechts und der frevelhaften Tat, zu denen sie durch das System angestachelt wurden. Ich habe das bestimmte Gefuehl gehabt, dass diese Leute sich durch diesen Verfall in die verschiedensten Betaeubungslaster, sich zu retten suchten vor ihrem Gewissen und dass es nur die Flucht vor ihrem Gewissen gewesen ist, die sie so hat handeln lassen, sonst waere ja auch gar nicht die grosse Zahl der Selbstmorde zu erklaeren, die am Ende des Sytems stattgefunden hat.

F: Es ist Ihnen bekannt, dass Ihnen vorgeworfen wird, Teilnehmer einer Verschwoerung mit dem Ziele rechtswidrigen Friedensbruches gewesen zu sein. Haben Sie jemals irgendwelche geheime Abreden, oder geheime Befehle, oder geheime Richtlinien zur Kenntnis bekommen, welche auf einen solchen Zweck hinausliefen?

A: Fuer meine Person darf ich sagen, dass ich niemals irgend einen Befehl oder irgend einen Wunsch zur Ausfuehrung entgegengenommen habe, der etwas Unrechtes enthalten haette. Hitler hat mir niemals irgend ein Ansinnen gestellt, von dem er sichtlich von verneherein wusste, dass ich es nicht erfuellen wuerde, weil es mit meinen moralischen Grundanschauungen nicht uebereinstimmte. Aber ich habe auch niemals irgend eine Bemerkung gemacht oder eine Beobachtung, dass einer meiner Minister-Kollegen,

H0338 - 0006

oder einer der sonstigen fuehrenden Maenner, die nicht zum engeren Kreis von Hitler gehoerte, - diese habe ich natuerlich nicht kontrollieren koennen - dass aber meine Minister-Kollegen, und wen ich sonst im Verkehr getroffen habe, niemals irgendetwas haben erkennen lassen, das auf eine kreigsverbrecherische Absicht abgestellt war; im Gegenteil, wir waren alle immer hocherfreut, wenn Hitler wieder einmal eine seiner grossen Reden losliess, in der er nicht nur der Welt, sondern vor allem dem deutschen Volke versicherte, dass er nichts andere als einen Frieden und friedliche Arbeit im Sinne habe. Dass Hitler auch hierin die Welt und das deutsche Volk und viele seiner Mitarbeiter getaeuscht hat, gehoert zu den Dingen, die ich gestern bereits erwaehnt habe.

F: Haben Sie jemals - natuerlich ausser Ihrem normalsen Beamteneid - irgendeinen Schwur oder irgendeine andere Verpflichtung auf die Partei oder eine sonstige nationalsozialistische Organisation geleistet ?

A: Nicht einen einzigen Eid und nicht eine einzige Verpflichtung, ausser meinem Beamteneid auf das Staatsoberhaupt.

F: Waren Sie mit fuehrenden Nationalsozialisten privatim intim, z.B. mit Hitler oder Goering ?

A : Unter intim, nehme ich an, meinen Sie irgend einen privaten freundschaftliche oder gesellschaftlichen Verkehr ?

F: Jawohl.

A: Ich habe mit Hitler einen solchen Verkehr niemals gehabt. Er hat mich wiederholt in den ersten Jahren auf das dringendste gebeten, ich moechte doch mittags an seinen Tisch in der Reichskanzlei kommen, wo er mit seinen engeren Freunden zu Mittag ass. Ich habe dies zweimal versucht, bin zweimal dagewesen in gewissen Abstaenden und ich muss sagen, dass mich nicht nur das Niveau der Unterhaltung an diesem Tisch und der geradezu huendische Byzantinismus gegen die Person Hitlers abgestossen hat, sondern auch, dass mir die ganze Gesellschaft nicht behagte und bin nie wieder hingegangen. Privatim bin ich bei Hitler nie gewesen. Ich habe selbstverstaendlich die grossen Einladungen, zu denen alle minister, das Diplomatische Korps usw., die hoeheren Beamten, erschienen, mitgemacht, aber irgendwie intimen, freundschaftlichen oder sonst privaten Verkehr habe ich mit ihm nicht gehabt. Dasselbe trifft auf die anderen Herrn zu. Es ist selbstverstaendlich, dass man sich in den ersten Monaten der Bekanntschaft gelegentlich besucht hat, aber alle sogenannten

H0338 - 0007

gesellschaftlichen Zusammenkuenfte, die damals in der ersten Zeit noch stattfanden, trugen alle einen mehr oder minder offiziellen Charakter. Von einem privaten und intimen Verkehr kann nie die Rede sein.

F: Und diese Antwort kann auch auf saemtliche anderen fuehrenden Nationalsozialisten angewendet werden ?

A : Auf saemtliche.

F: Nun, wann sprachen Sie z.B. zum letztenmal mit folgenden Personen, mal zunaechst mit Bormann ?

A: Ich entnehme aus dem Wort "zunaechst", dass Sie auch andere noch erwaehnen wollen.

F: Ja, Himmler, Hess, Ley und Ribbentrop.

A : Ich moechte infolgedessen eines vorausschicken: Als Hitler von Paris nach beendigtem franzoesischen Feldzug siegreich als Triumphator zurueckgekehrt ist, erhielten wir alle, die Minister und die Reichsleiter und die sonstigen Parteigroessen, wie ich annehme, und Staats-Sekretaere etc. von der Reichskanzlei die Aufforderung, uns bei dem Empfang Hitlers auf dem Anhalter Bahnhof einzufinden, um ihn dort zu begruessen. Da ich zu dieser Zeit in Berlin war, konnte ich mich unmoeglich dieser Aufforderung entziehen, eswwar im Jahre 1940 und der Konflikt zwischen Hitler und mir bestand ja schon lange; es waere geradezu ein Affront gewesen, wenn ich zu Hause geblieben waere. Infolgedessen bin ich dorthin gegangen und habe eine Unmenge von Parteifuehrern und Ministern und sonstigen Leuten da gesehen, die ich natuerlich nicht alle mehr im Gedaechtnis habe.

F: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Ich habe an sich ein schlechtes Gedaechtnis fuer Filme, insbesondere Wochenschau, aber ich glaube mich zu erinnern, dass dieser Empfang im Film gezeigt worden ist, in der Wochenschau, und dass Sie dort ungefaehr der einzige Zivilist waren, der damals unter der Menge war.

A : Ich habe diesen Film nicht gesehen, aber meine Freunde haben mir davon erzaehlt, gerade mit Ruecksicht auf den Umstand, dass ich unter all den lamettastrotzenden Uniformen als einziger Zivilist im Strassenjackett dort auch bereit stand. Es koentte aber aus diesem Film ja festgestellt werden, wer anwesend gewesen ist. Ich erwaehne, ich habe meinerseits auch diesen Empfang deswegen erwaehnt, weil es moeglich gewesen ist, dass ich dort vielen Leuten "Guten Morgen" gesagt habe und "wie geht's" usw. Ich erinnere mich auch, dass ich mit dem Mitangeklagten Rosenberg im Auto gemeinsam hingefahren bin, weil immer zwei zu zwei

H0338 - 0008

im Auto sassen. Ich habe an dem anschliessenden Empfang in der Reichskanzlei nicht teilgenommen. Rosenberg ging hinein, ich habe gesagt "Mir passt das nicht, ich fahre nach Hause."

F: Also darf ich annehmen, dass Sie die fuehrenden Herren wie Hess, Ley, Ribbentrop, Rosenberg, Frick, Frank, Schirach, Speer, Sauckel und so fort, Seyss-Inquart, Kaltenbrunner damals wahrscheinlich das letzte Mal gesehen haben ?

A: Es ist moeglich, dass sie alle dagewesen sind; ich habe mit keinem von ihnen, ausser mit Hitler selbst, eine nachere Unterhaltung gehabt.

F: Haben Sie mit Hitler gesprochen damals ?

A: Hitler hat mich angesprochen, eine der merkwuerdigsten Szenen meines Lebens, wir standen alle aufgereiht und Hitler ging ziemlich rasch an verschiedenen Leuten vorbei und als er mich sah, kam er mit triumphierendem Laecheln auf mich zu, streckte mir die Hand entgegen in einer freundlichen Weise, wie ich sie lange nicht erfahren hatte und sagte zu mir: "Nun, Herr Schacht, was sagen Sie nun ?" und erwartete natuerlich, dass ich ihm, sei es ein Gluckwunsch oder sei es Bewunderung oder etwas mitteilen wuerde und gewissermassen zugeben wuerde, dass ich selbst mit meiner "Prognose" ueber den Krieg und ueber das Kriegsunglueck, was er ja ganz genau wusste, - er kannte meine Einstellung zum Krieg ganz genau - dass ich zugeben wuerde, dass ich Unrecht gehabt haette. Es war fuer mich ausserordentlich schwer, einer solchen Antwort zu entgehen und ich suchte nach einem Ausdruck, um das nicht auszudruecken und erwiderte nur: "Ich kann Ihnen nur sagen, Gott schuetze Sie." Das ist die einzige bemerkenswerte Unterhaltung, die ich an diesem Tage gehabt habe. Ich glaube, ich konnte mich nicht besser von ihm distanzieren als durch eine solche voellig belanglose und neutrale Bemerkung.

Jetzt koennen Sie aber vielleicht zu den einzelnen Herren kommen, dass will ich Ihnen immer, mit der Ausnahme, wann ich die Herr en zuletzt gesprochen habe, sagen.

F: Himmler ?

A: Himmler taxiere ich, dass ich vielleicht zuletzt gesprochen habe im Jahre 1936.

F: Hess ?

A: Hess, wobei ich immer jetzt das Gefaengnis ausnehme, ja, also vor Kriegsbeginn habe ich Hess schon nicht mehr gesprochen.

F: Ley ?

A: Ley seit Kriegsbeginn auch nicht mehr.

F: Ribbentrop ?

H0338 - 0009

A: Ribbentrop habe ich zuletzt gesehen nach meinem Herauswurf aus der Reichsbank, weil ich mit ihm ueber die bevorstehende Indien-Reise sprechen musste. Das ist also gewesen, ich taxiere, im Februar 1939, seitdem hatte ich ihn nicht wieder gesprochen.

F: Rosenberg ?

A: Rosenberg vielleicht, also abgesehen immer von dem Empfang Hitlers, nicht mehr seit 1936.

F: Frick ?

A: Frick habe ich vielleicht zuletzt gesehen im Jahre 1938.

F: Schirach ?

A: Schirach habe ich gar nicht gekannt.

F: Speer habe ich zuletzt gesprochen - das kann ich sogar ganz genau sagen - als ich zur Weltausstellung nach Paris fuhr, also im Jahre 1937.

F: Sie meinen natuerlich immer, bevor diese gefangen genommen wurden ?

A: Ja, selbstverstaendlich.

F: Sauckel ?

A: Auch bei Kriegsbeginn nicht mehr.

F: Seyss-Inquart ?

A: Seyss-Inquart taxiere ich, dass ich ihn im Jahre 1936 zuletzt gesprochen habe, als ich in Oesterreich Besuch machte bei meinem Kollegen in der Reichsbank.

F: Kalten brunner ?

A: Kaltenbrunner habe ich hier im Gefaengnis zum ersten Mal in meinem Leben gesehen.

F: Auf Hitler werde ich noch zu sprechen kommen. Frank ?

A: Frank habe ich vielleicht auch im Jahre 1937/38 zuletzt gesehen.

F: Wahrscheinlich bei der rede, die Sie gestern erwaehnten ?

A: Ja, vielleicht bei einem offiziellen Empfang, aber ich glaube nicht, dass ich ihn nach 1938 noch gesehen habe.

F: Nun, wie stand es mit fuehrenden Herren der Wehrmacht, also Keitel ?

A: Mit Keitel hatte ich keinen Kontakt gehabt; vielleicht habe ich ihn auf irgend einer Gesellschaft getroffen, jedenfalls nach 1938 auch nicht

H0338 – 0010

mehr.

F: Jodl?

A: Herrn Jodl habe ich hier im Gefaengnis kennen gelernt.

F: Doenitz?

A: Herrn Doenitz auch hier im Gefaengnis.

F: Raeder?

A: Mit Herrn Raeder, den ich schon vorher kannte, habe ich, glaub ich, am Anfang gelegentliche Besuche in der Familie ausgetauscht, die teils offiziellen, teils auch freundschaftlichen Charakter trugen; aber ich glaube seit 1938 habe ich ihn nicht mehr gesehen und gesprochen.

F: Brauchitsch?

A: Brauchitsch habe ich seit 1939 nicht mehr gesprochen oder seit 1938, seit der Fritsch-Affaere.

F: Und Halder?

A: Halder habe ich, wie Sie wissen, auch anlaesslich des Herbst-Putsches 1938 gesehen und nachher nicht mehr.

F: Wie oft haben Sie Hitler seit Ihrer Entlassung als Reichsbank-praesident gesehen?

A: Also nach der Entlassung?

F: Seit Januar 1939.

A: Seit dem Januar 1939 habe ich ihn noch einmal gesehen, weil ich ueber meine weitere Taetigkeit usw. mit ihm sprechen musste und bei dieser Gelegenheit hat er mich gebeten, ich haette ja frueher schon immer den Wunsch gehabt, eine groessere Reise zu machen. Ich moege doch jetzt diese groessere Reise antreten, damit nicht so viel geredet wuerde ueber meinen Austritt aus der Reichsbank. Wir verabredeten dann eine Indienreise. Bei der Gelegenheit habe ich dann auch Goering zum letzten Mal gesehen und dann nach der Rueckkehr im August nicht mehr. Dann kam der Krieg und jetzt habe ich ihn waehrend des Krieges zweimal gesehen. Soll ich es erzaehlen?

Das eine Mal im Februar 1940, ich habe damals von verschiedenen amerikanischen Magazinen und Zeitschriften den Auftrag bekommen, mich noch einmal ueber die deutsche Auffassung der Lage und ueber die

H0338 - 0011

Wuensche und die ganze deutsche Situation schriftlich zu aeussern. Ich habe an sich, die Bereitschaft dazu gefuehlt, konnte das aber, weil wir im Krieg waren, natuerlich nicht tun, ohne dem Aussenminister davon Mitteilung zu machen. Der Aussenminister liess mir sagen, er haette nichts dagegen, wenn ich einen Aufsatz fuer amerikanische Zeitungen schriebe, ich moege ihm aber vor Absendung diesen Aufsatz zur Zensur einschicken. Daran habe ich natuerlich gar kein Interesse gehabt und gar nicht daran gedacht und ich habe infolgedessen den Aufsatz nicht geschrieben.

Es kamen dann aber weitere Anfragen von Amerika und da habe ich mir gesagt, es genuegt mir nicht, dass ich mit dem Aussenminister spreche; ich muss das mal dem Hitler sagen und habe zu diesem Zweck Hitler aufgesucht, der mich auch auf meine Anfrage sehr bald empfing. Ich habe ihm damals gesagt - erst habe ich ihm erzaehlt, was ich mit Herrn von Ribbentrop erlebt habe und dann gesagt, dass ich zwar solche Artikel fuer ganz nuetzlich faende, dass es mir aber wesentlich erschiene, dass man dauernd jemand drueben in Amerika haette, der in aufklaerendem Sinne ueber die deutsche Interessen in der Oeffentlichkeit, in der Presse usw. wirken koenne.

Hitler war von diesem Gedanken durchaus beeindruckt und sagte mir: ich werde mit dem Aussenminister darueber sprechen. Infolgedessen ist aus dieser Sache nichts geworden.

Ich habe spater nocheinmal durch Vermittlung des Mitangeklagten Funk, der wohl mit Ribbentrop damals eine Unterhaltung irgendwie in diesem Sinne hatte, auch in Verbindung gesetzt und durch Funk versucht, eine Antwort wenigstens von Ribbentrop zu bekommen. Diese Antwort lautete dahin, an Funk gegeben: Fuer eine solche Massnahme sei es noch zu frueh. Das war der Besuch 1940. Ich habe dann Hitler im Februar 1941 noch einmal aufgesucht und...

F: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche, damit hier kein Missverstaendnis entsteht: Wenn nun Hitler Ihnen die Erlaubnis gegeben haette und Sie waeren nach Amerika gekommen, in welchem Sinne haetten Sie das getan? Sagen Sie es nur ganz kurz. Ich moechte kein Missverstaendnis.

H0338 - 0012

A : Zunaechst war ich selbst nicht viel daran interessiert zu gehen. Ich habe nur einen Vorschlag ganz allgemein gemacht; aber selbstverstaendlich waere ich ganz gerne hinueber gegangen, weil ich damit gleichzeitig eine Moeglichkeit ...

VORISTZENDER: Ich bin nicht der Ansicht, dass es wesentlich ist, was er getan haette, wenn sich etwas ereignet haette, was sich nicht ereignet hat.

DR. DIX: Ich wollte nur Missverstaendnisse ausschliessen. Ich sagte, dass Missverstaendnisse .. Also lassen wir das. Kommen Sie nun zu Ihrem zweiten Besuch.

A: Ich bin dann im Jahre 1941, im Februar noch einmal zu Hitler gegangen in einer privaten Angelegenheit. Ich hatte leider im Jahre vorher meine Frau durch den Tod verloren und beabsichtigte wieder zu heiraten und musste als Minister ohne Portefeuille, der ich immer noch war, selbstverstaendlich dem Reichskanzler und Staatsoberhaupt davon Mitteilung machen und habe ihn deswegen aufgesucht. Eine politische Unterhaltung hat sich bei dieser Gelegenheit gar nicht ergeben. Als ich zur Tuere hinausging, fragte er mich: Sie hatten mal die Absicht, oder Sie hatten angeraten, dass jemand nach Amerika gehen sollte. Dafuer ist es wohl jetzt zu spaet. Worauf ich ihm sofort erwidert habe: Selbstverstaendlich, dafuer ist es jetzt zu spaet.- Das war die einzig politische Bemerkung, das andere bezog sich lediglich auf meine Verheiratung und seitdem habe ich Hitler nicht mehr gesehen.

F: Und wie steht es mit Goering?

A: Goering habe ich auch seit 1939 nicht mehr gesehen.

F: Ich komme nun zu einem Punkt, der wiederholt von der Anklage vorgebracht worden ist, naemlich der propagandistischen Wirkung Ihrer repraesentativen Teilnahme an Parteitagen. Ich darf Sie erinnern, Ihnen vorhalten, an das, was Justice Jackson schon in seinem Eroeffnun Statement ausgefuehrt hat. Ich uebersetze aus dem Englischen, weil ich keinen deutschen Text habe:

"Glaubt jemand, dass Hjalamr Schacht, der in der ersten Reihe eines Nazi-Parteitages von 1935 sass, mit dem Abzeichen der Partei,

H0338 - 0013

in diesen Nazi-Propagandafilm nur zum Zwecke kuenstlerischer Wirkung eingeschlossen war und dass dieser grosse Denker seinen Namen diesem fadenscheinigen Unternehmen verlieh, um ihm eine Respektabilitaet in den Augen jedes zoegernden Deutschen zu geben?"

Wollen Sie sich bitte dazu aeussern.

A: Zunaechst ein paar kleine Richtigstellungen. Im Jahre 1935 besass ich gar kein Parteiabzeichen. Zweitens: zoegernde Deutsche waren im Jahre 1935 nicht mehr von Bedeutung, denn die Herrschaft Hitlers waren im Jahre 1935 voellig etabliert. Es konnte nur noch abfallende Deutsche, das heisst von Hitler abfallende Deutsche geben, aber keine, die zu ihm kamen. Im uebrigen muss ich es als ein Kompliment auffassen, dass ich hier als repraesentativ Grosser und als Denker usw. hingestellt werde; ich glaube aber, dass ich die Gruende, warum ich im Hitler-Kabinett gearbeitet habe, hier genuegend auseinander gesetzt habe, sodass ich darauf nicht mehr einzugehen brauche.

Dass ich insbesondere in den ersten Jahren, von den Parteitagen nicht gut wegbleiben konnte, ist, glaube ich, erklaerlich, denn sie waren der Mittelpunkt der ostentativen und repraesentativen Mittelpunkte Hitlers nach aussenhin und es haben an ihm nicht nur seine Minister teilgenommen, sondern auch unzaehlige sonstige repraesentative Gaeste.

Darf ich noch einen Satz sagen?

Von den spaeteren Parteitagen habe ich mich schon fern gehalten, beispielsweise von dem Parteitag, den der Hauptanklagevertreter erwaehnt hat, 1935, den habe ich nicht mehr mitgemacht. Das war naemlich der Parteitag - deshalb weiss ich es zufaellig - an dem die Nuernberger Judengesetze beschlossen wurden, und da war ich gar nicht in Nuernberg. Ich habe den Parteitag 1933 mitgemacht, 1934 mitgemacht und ich weiss nicht genau, ob ich 1936 oder 1937 mitgemacht habe; ich glaube ich habe 1936 noch mitgemacht, bei den spaeteren Parteitagen habe ich schon absolut gefehlt und bei dem letzten Parteitagbesuch, den ich eben erwaehnt habe, bin ich nur zu dem "Tag der Wehrmacht" gegangen.

H0338 - 0014

F: Waren an diesen Parteitagen prominente Auslaender -- haben Sie schon erwaehnt. War das Diplomatische Korps in der Person ihrer Missions-Chefs vertreten?

A: Ich glaube, mit Ausnahme des Sowjet-Botschafters und des amerikanischen Botschafters, haben im Laufe der Jahre saemtliche anderen fuehrenden Diplomaten den Parteitag besucht, und zwar in grosser Zahl, in grosser Aufmachung und in der ersten Reihe des Parteitages.

F: Wie erklaert man sich das? An sich nimmt das Diplomatische Korps ja nur an Repraesentationen des Staates, an staatlichen Repraesentationen teil. Hier handelt es sich ja um eine reine Partei-Veranstaltung. Wie erklaert man sich diese Teilnahme?

MR. JUSTICE JACKSON: Ich glaube, dass das einen Einspruch erfordert, hohes Gericht. Ich bin in der Stellung, Einspruch zu erheben, es ist mir nicht peinlich, wenn irgendwo eine Peinlichkeit besteht. Fuer diesen Zeugen zu erklaeren, die Aktionen von Botschafterr anderer Laender, das scheint mir keinen Beweiswert zu haben, naemlich seine Meinung ueber das, was die Botschafter taten. Warum diese am Parteitag anwesend waren, den er auch mit seinem Namen unterstuetzte, scheint mir keinen Beweiswert zu haben. Gegen die Tatsache, dass sie dagewesen sind, erhebe ich keinen Einwand. Aber es scheint mir, dass, wenn er dieses prueft, ohne dass er einige Tatsachen weiss - und ich wuensche es klarzumachen, dass ich keinen Einwand erhebe gegen Tatsachen, die dieser Zeuge kennt, und ich habe keine Einwaende erhoben gegen die meisten seiner Meinungen, die er uns in grosser Laenge vorgelegt hat, aber ich glaube, dass, wenn er die Handlungen von Auslandsvertretern charakterisiert, dann geht er ueber die Grenze was ein erhebliches und wesentliches Zeugnis darstellt.

ZEUGE: Herr Verteidiger, darf ich eine Bemerkung dazu machen.

VORSITZENDER: Ich glaube, es waere besser, dass Sie fortfahren, Dr. Dix:

DR. DIX: Ja, natuerlich. Jedoch wuerde ich doch bitten, mir zu erlauben, kurz Justice Jackson zu antworten, und zwar naemlich nicht

H0338 - 0015

aus Eigensinn, sondern aus dem Grunde, weil ich glaube, dass, wenn ich jetzt schon antworte, spaetere Diskussionen und damit Zeitversaeumnis vermieden werden. Ich habe ja den Zeugen nicht nach seiner Meinung gefragt. Selbstverstaendlich hat Justice Jackson recht, dass er hier nicht berufen ist, Meinungen ueber die Gepflogenheit des Diplomatischen Korps abzugeben, sondern ich habe ihn nach einer Tatsache gefragt, wie man sich damals diese Teilnahme, die auffaellig war, erklaert hat. Und ich halte diese Teilnahme aus dem Grunde fuer erheblich, weil, und das wird im Laufe meiner Befragung des oefteren wiederkehren, deshalb sage ich es schon jetzt, in dem ganzen Oppositionskampf, den er und seine Gesinnungsgenossen gefuehrt haben, es von grosser Bedeutung ist, von wem sie Unterstuetzung geistiger, moralischer und sonstiger Art empfangen haben und von wem nicht. Und da spielt natuerlich eine aeussere Haltung der offiziellen Vertreter des Auslandes in der ganzen Zeit eine erhebliche Rolle fuer die Aktionsfaehigkeit dieser Oppositionsgruppe. Man kann eine solche Oppositionsgruppe stuetzen, man kann ihr neutral gegenueberstehen, man kann sie auch bekaempfen vom Ausland her. Nur aus diesem Grunde habe ich die Frage gestellt und halte mich fuer ver-

H0338 - 0016

pflichtet, auf diesen Gesichtspunkt auch in Zukunft einzugehen.

VORSITZENDER: Dr. Dix, ich glaube nicht, dass Herr Jackson Einspruch gegen die Tatsache erhob, dass die Vertreter der Missionen dort waren, aber die Kommentare ueber die Gruende, warum sie dort waren, dagegen hat er Einspruch erhoben. Wenn Sie die Tatsachen beweisen wollen, dass sie dort waren, dann glaube ich nicht, dass Mr. Justice Jackson Einspruch erhoben hatte. Aber als der Zeuge begann, seine Meinung zu geben, warum sie dort waren, hat er Einspruch erhoben.

DR. DIX: Ich glaube, ich brauche nicht mehr zu antworten. Er hat ja schon erklaert, dass er nicht weiter erklaeren wolle, aber wenn Eure Lordschaft es mir gestattet, fahre ich fort:

DURCH DR. DIX:

F: In diesem Zusammenhang, Sie sind ja in jener Zeit vorher und auch spaeter sicherlich viel beruflich und privat mit prominenten Auslaendern zusammengekommen. Welche Stellung nahmen denn diese in dieser Periode der Machtbefestigung der Nationalsozialisten und zu dieser Entwicklung ein? Und wie wirkte diese Stellungnahme auf Ihre eigene Stellungnahme, Haltung und Taetigkeit?

MR. JUSTICE JACKSON: Hohes Gericht, es tut mir sehr leid, staendig mit Einsprueche zu unterbrechen. Aber ich kann nicht einsehen, wie es diesem Zeugen helfen kann, dass auslaendische Vertreter von einem Regime getaeuscht wurden, fuer welches er die schoenen Aeusserlichkeiten und seinen Namen und Prestige gegeben hat. Ich werde hier zugeben, dass es Auslaender gab, die wie zum Beispiel Dahlerus von dem System getaeuscht wurden, von dem er ein prominenter und angesehener Teil war. Aber es scheint mir, dass wir uns nicht ueber die Ansicht von Auslaendern hier einlassen koennen, die hier nicht angeklagt sind, dass wir uns so in endlose Fragen einlassen. Ich kann keine Erheblichkeit dieser Art der Aussage sehen.

Die Streitfrage hier ist, wie ich schon wiederholt versucht habe, Dr. Dix zu ueberzeugen; die ganze Anklage gegen diesen Zeugen besteht darin, dass er an einer Verschwoerung teilgenommen hat, um diese Nation zum Krieg zu bringen und in Verbindung damit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auszufuehren.

Die Haltung von Auslaendern kann weder ihn entlasten, noch kann es dem Gericht helfen, diese Frage zu entscheiden und deshalb muss ich wieder Einspruch erheben.

H0338 - 0017

Wenn es dem Gericht hilft, so erhebe ich keinen Einwand, aber ich kann heute nicht die Wichtigkeit einsehen.

DR. DIX: Ich glaube doch, dass Justice Jackson---

VORSITZENDER: Einen Moment. Dr. Dix, was war die Frage, genau gesprochen, die Sie im Augenblick erhoben haben? Worauf bezog sich die Frage genau?

DR. DIX: Ich habe ihn gefragt, welche Stellung prominente Auslaender, mit denen er in jener Zeit beruflich und ausserberuflich zusammenkam, in dieser Periode der Machtbefestigung des Regimes, diesen gegenueber einnahmen; ob sie ihm ablehnend gegenueberstanden, ob sie ihm sympathisch gegenueberstanden, kurz, wie diese Auslaender auf ihn und sein Denken einwirkten. Darf ich noch etwas ----

VORSITZENDER: Ich glaube, dass Sie wissen, Dr. Dix, dass, wenn man einen Zeugen fragt, was die Haltung anderer Leute sei, so allgemein fragt; was bedeutet "Haltung": Es ist viel zu allgemein gehalten. Ich verstehe nicht genau, was Sie mit Ihren derartigen Fragen beweisen wollen.

DR. DIX: Ich will die Frage dahin praezisieren:

DURCH DR. DIX:

F: Wie sind Sie, Dr. Schacht, durch die Auslaender, mit denen Sie in jener Zeit Gedankenaustausch hatten, hinsichtlich Ihrer Einstellung beeinflusst worden, in Ihrer Haltung und in Ihrem Verhalten beeinflusst worden?

Das ist eine innere Tatsache in dem Innern von Dr. Schacht, ueber die allein Dr. Schacht Bekundungen machen kann, Eure Lordschaft. Ich will ganz offen das Beweisthema, was der Verteidigung sehr erheblich erscheint, und dem diese Frage dienen soll, nennen. Ich will nicht zurueckhalten.

Die Verteidigung behauptet, dass diese Oppositionsgruppe, von der schon Gisevius sprach, und deren prominentes Mitglied der Angeklagte Schacht war, vom Ausland her nicht nur keine Unterstuetzung erfahren hat, sondern dass dieser Oppositionsgruppe, ihr Oppositionskampf erschwert worden ist. Das ist keine Kritik an auslaendischen Regierungen.

Es besteht kein Zweifel, dass diejenigen, die die Regierungen der Laender vertreten, ihre Haltung am besten wissen und absolut pflichtbewusst im Dienst ihrer Laender stehen. Aber fuer die Haltung dieser Leute der Oppositionsgruppe war es von entscheidender Bedeutung, wie sich das Ausland zu diesem Regime stellte, ob sie es ablehnten, ob sie mit ihm sympathisierten, oder es durch gesellschaftliche

H0338 - 0018

repraesentative Bevorzugung nuetzten, oder ob es durch eine starke Zurueckhaltung im Rahmen der Moeglichkeit seine Ablehnung zum Ausdruck brachte und dadurch diese Oppositionsgruppe staerkte. Das ist das Beweisthema, und das ist fuer mich, fuer die Verteidigung, ein tragendes Beweisthema. Ich habe es ganz offen genannt, und ich sage, ich werde im Rahmen des Zuverlaessigen um die Durchsetzung dieses Beweisthemas kaempfen.

VORSITZENDER: Dr. Dix, das Gericht hat das Argument geprueft, das Sie dem Gericht vorgelegt haben und ist der Ansicht, dass die Untersuchung dieser Tatsache eine Zeitvergeudung darstellt und unerheblich ist. Wir ersuchen daher, das weitere Verhoer mit dem Angeklagten fortzusetzen.

DR. SCHACHT: F: Sie haben die Aufruestung durch Reichsbankfinanzen unterstuetzt. Warum taten Sie das?

A: Ich habe die Erlangung der internationalen politischen Gleichberechtigung Deutschlands fuer eine absolute Notwendigkeit gehalten und bin auch heute noch der Meinung. Dazu war es noetig, dass entweder die von den Alliierten Maechten versprochene allgemeine Abruestung eintrat oder aber, wenn die Gleichberechtigung erreicht werden sollte, muesste Deutschland in entsprechendem Umfange aufruesten.

F: Wurde diese Finanzhilfe der Reichsbank durch Sie allein oder durch das Reichsbankdirektorium bestimmt?

A: In der Reichsbank hat niemals das Fuehrerprinzip geherrscht. Ich habe die Einfuehrung des Fuehrerprinzips in dem Reichsbankdirektorium abgelehnt. Die Reichsbank wurde geleitet von einem Kollegium, in dem alle Mitglieder gleiches Stimmrecht hatten. Im Falle einer Stimmengleichheit gab die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Mehr Rechte hat der Vorsitzende in diesem Gremium nicht gehabt.

F: Nun ist ja das Affidavit von dem fruecheren Reichsbankdirektor Puhl bekannt. Hatte - und ich frage mit Ruecksicht auf den Inhalt dieses dem Gericht bekannten Affidavit - Puhl im gleichen Sinne bei dieser Finanzhilfe der Reichsbank bei der Aufruestung mitgewirkt?

A: Herr Puhl hat an allen Beschluessen, die das Reichsbankdirektorium in dieser Frage gefasst hat, teilgenommen und nicht ein einziges Mal widersprochen.

F: Es ist Ihnen bekannt, dass die Methode dieser Finanzhilfe der Reichsbank in der Diskontierung der sogenannten Mefo-Wechsel bestand. Das ist ja von der Anklage eingehend besprochen worden und in dem ebengenannten Puhl'schen Affidavit steht,

H0338 - 0019

dass diese Methode es ermoeglicht haette, den Umfang der Ruestung geheimzuhalten. Ist das richtig?

A: Von einer Geheimhaltung der Ruestung kann ueberhaupt keine Rede sein. Ich verweise auf einige Auszuege aus Dokumenten, die die Anklage hier selber vorgebracht und als Beweisstueck eingeliefert hat.

Ich zitiere zunaechst aus dem Affidavit von George Messersmith vom 30. August 1945, 2385-PS. Dort heisst es auf Seite 3, Zeile 19:
"Sofort mit ihrem Machtantritt begannen die Nazis ein ungeheures Ruestungsprogramm
und auf Seite 8 heisst es "Das ungeheure deutsche Aufruestungsprogramm, welches niemals ein Geheimnis war.."
Also Herr George Messersmith, der ja damals in Berlin war, wusste jedenfalls um diese Dinge und wird wohl dementsprechend auch seine Kollegen informiert haben.

Ich zitiere ferner aus dem Beweisstueck EC 461. Es ist das Tagebuch v. Botschafter Dodd, wo es heisst unter dem 19. September 1934: Ich zitiere den englischen Text, da ich nur den englischen Text hier habe: When Schacht declared, that the Germans are not arming to intensively, I said last January and February, Germany bought from America aircraft people one million dollars worth of high-class war flying machines and paid in Gold.
Das ist eine Unterhaltung, die Dodd wiedergibt zwischen mir und ihm im September 34, wo er darauf hinweist, dass wir bereits im Januar und Februar 34 Kriegsflugzeuge.....
(Es tritt eine Stoerung in der Lichtleitung ein).

VORSITZENDER: Das Gericht vertagt sich.

VORSITZENDER: Herr Dr. Dix, das Gericht wuenscht zu wissen, wie lange Sie Ihr Verhoer des Angeklagten noch fortzusetzen gedenken. Sie haben bereits einen ganzen Tag hiezu benoetigt und das Gericht ist der Ansicht, dass angesichts der Vorschriften des Statutes, das Verhoer des Angeklagten innerhalb eines Tages zu beendigen ist.

DR. DIX: Euer Lordschaft, ich tue zweierlei nicht gerne: Prophezeihen, was dann nicht eintrifft oder etwas versprechen, was ich nicht halten kann. Auf die Frage darf ich antworten, ich halte es fuer ganz ausgeschlossen, dass ich heute noch fertig werde. Ich bin mir der Vorschrift des Statutes vollkommen bewusst; auf der anderen Seite bitte ich zu bedenken, dass die Anklage gegen Schacht von

H0338 - 0020

der Anklagebehoerde durch viele Beweismittel, direkte und indirekte beweiserhebliche Tatsachen, zu beweisen versucht worden ist und dass es meine Pflicht ist, zu diesen einzelnen Beweismitteln der Anklage Stellung zu nehmen.

Ich bitte, an meine Fragen einen strengen Masstab zu legen und wenn das Gericht der Auffassung ist, dass es unerheblich ist, habe ich mich eben zu fuegen. Ich glaube aber, dass ich nicht nur das Recht, sondern die Pflicht habe, alle Fragen zu stellen, die fuer die Widerlegung der Beweisfuehrung der Anklage erheblich sind. Also bestimmt werde ich heute nicht fertig. Ich halte---- ich waere dankbar, wenn ich nicht prophezeihen muesste, es kann schneller gehen, vielleicht morgen im Laufe des Tages, es kann aber auch den ganzen Tag dauern. Ich kann es nicht voraussagen. Ich werde jedenfalls mich bemuehen, nur erhebliche Fragen zu stellen. Wenn das Gericht der Auffassung ist, dass es neben der Sache ist, bitte ich mir das zu sagen, wenn ich meine Auffassung begruendet habe.

VORSITZENDER: Herr Dr. Dix, ich wuerde es fuer gut halten, sofort fortzusetzen. Wenn wir glauben, dass Ihre Fragen zu lang oder zu unerheblich sind, werden wir Ihnen dies mitteilen.

VERHOER DURCH DR. DIX.

Fr.: Nun Herr Dr. Schacht. Wir hielten bei den Mefo-Wechsel, als ein geeignetes Mittel die Aufruestung geheim zu halten. Haben Sie zu dieser Frage noch etwas hinzuzufuegen ?

A : Ja, eine Geheimhaltung war natuerlich mit den Mefo-Wechsel an sich hinsichtlich der Ratsachen der Ruestung gar nicht verbunden, denn die Mefo-Wechsel gingen ja an jeden Lieferanten, der damit beschaeftigt wurde und das waren natuerlich hunderte und tausende von kleinen und grossen Lieferanten im ganzen Lande. Ausserdem liefen diese Mefo-Wechsel bevor sie zur Reichsbank gebracht werden durften, mindestens 3 Monate im Publikum um, und die Lieferanten die Geldbrauchten, benutzten diese Mefo-Wechsel dazu, um sie bei den Banken diskontieren bzw. bevorschussen zu lassen. Also auch saemtliche Banken waren in dieses System eingeweiht.

Ich moechte aber ferner sagen, dass die saemtlichen Mefo-Wechsel, die die Reichsbank aufnahm, im woechentlichen Bestand der Reichsbank jeweils ausgewiesen wurden. Ferner moechte ich sagen, dass die Geheimhaltung der Staatsausgaben - und die Ruestungsausgaben waren ja Staatsausgaben - nicht eine Angelegenheit des Reichsbankpraesidenten waren, sondern eine Angelegenheit des Reichsfinanzministers. Wenn der Reichsfinanzminister die Garantien die er fuer die Mefo-Wechsel uebernommen hatte nicht veroeffentlichte, so war das seine Sache und nicht meine Sache. Ich bin dafuer nicht verantwortlich, sondern dafuer verantwortlich war der Reichsminister.

DR. DIX: Bei der naechsten Frage Eure Lordschaft koennte man zweifeln, ob die Frage erheblich ist. Persoenlich halte ich sie fuer die Entscheidung dieses Prozesses nicht erheblich. Sie ist aber von der Anklage eroertert worden und aus diesem Grunde allein halte ich mich dazu verpflichtet Dr. Schacht Gelegenheit zur Rechtfertigung und Antwort zu geben.

Die Anklage hat naemlich den Standpunkt vertreten, dass diese Mefo-Wechsel-Finanzierung, diese Finanzierung durch die sogenannten Mefo-Wechsel vom Standpunkt einer soliden Finanzgebahrung aus,

H0338 – 0021

sehr bedenklich gewesen ist. Kann man den Standpunkt vertreten, dass das gewesen sein mag oder nicht fuer diese Entscheidung .....

VORSITZENDER : (unterbrechend) Wollen Sie bitte Ihre Frage stellen, Dr. Dix.

DR. DIX :

F.: Sie haben ja gehoert, worauf ich hinaus will.

A : Es ist selbstverstaendlich, dass fuer eine normale Zeit und normale Wirtschafts-Konjunktur, solche Mittel wie es die Mefo-Wechsel gewesen sind, nicht ergriffen werden. Wenn man sich aber in einer Notlage befindet, so ist es immer ueblich gewesen und immer eine von allen Wissenschaftlern empfohlene Politik, dass die Notenbank fuer billiges Geld sorgt und fuer Kredit sorgt, damit die Wirtschaft dementsprechend daraus Beschaeftigung erhalten kann.

Selbstverstaendlich waren die Mefo-Wechsel eine durchaus riskante Operation, aber mit einer vernuenftigen Finanzgebahrung verbunden, waren sie absolut nicht riskant und ich fuehre zum Beweise dessen an, dass, wenn Herr Hitler nach dem Jahre 1937 die anfallenden Gelder, wie es vorgesehen war, zur Rueckzahlung der Mefo-Wechsel benutzt haette, die Gelder waren vorhanden, dann waere dieses System genau so glatt abgewickelt worden, wie es von mir angekurbelt worden ist. Aber Herr Hitler zog es vor, die Rueckzahlung der Mefo-Wechsel einfach zu verweigern und statt dessen dieses Geld in weiteren Ruestungen anzulegen. Das konnte ich nicht voraussehen, dass jemand sein Wort auch in dieser Sache, in einer rein geschaeftlichen Sache, so brechen wuerde.

Fr.: Wenn aber das Reich die Wechsel eingeloest, also bezahlt haette, so haetten wohl die Mittel teilweise fuer weitere Aufruestung gefehlt und haette die Einloesung der Mefo-Wechsel einschraenkend gewirkt. Das ist doch der richtige Schluss ?

A : Das war ja der Zweck meiner spaeteren Kuendigung. Ich habe gesagt, wenn die Mefo-Wechsel nicht zurueckbezahlt werden, dann ist hier ein boeser Wille vorhanden, dann wird hier weiter aufgeruestet und das darf nicht sein.

H0338 - 0022

Fr.: Sie haben sich vorhin bereits ueber die Frage der Geheimhaltung der Ruestung in anderen Zusammenhang am Rande geaeussert. Haben Sie dem noch etwas hinzuzufuegen ?

A : Ich glaube, dass es ganz allgemein erfasst werden muss, dass Staatsausgaben nicht in das Gebiet des Reichsbankpraesidenten fallen, dass Staatsausgaben und Einnahmen unter der Kontrolle des Reichsfinanzpraesidenten stehen und dementsprechend auch seine Publikationspflicht oder Verantwortung. Die Reichsbank hat jeden Wechsel den sie in ihrem Besitz hatte, in ihrem Bestand allwoechentlich ausgewiesen.

Fr.: Das war das, was Sie zusaetzlich zu der grundsaetzlichen Frage der angeblichen Geheimhaltung der Ruestung noch zu bemerken haben ?

A : Jawohl.

F : Ebenso haben Sie am Rande schon auseinandergesetzt, warum Sie grundsaetzlich fuer eine Aufruestung waren. Haben Sie dem noch etwas hinzuzufuegen ?

A : Ja. Darueber sind natuerlich einige sehr wichtige Bemerkungen zu machen, und da diese Frage ja den Hauptvorwurf gegen mich bildet, so darf ich hierauf vielleicht noch etwas eingehen.

Ich habe ein ungeruestetes Deutschland in der Mitte Europas, umgeben von lauter militaerisch aufgeruesteten Staaten fuer eine Friedensgefahr gehalten, und ich bemerke, dass nicht nur diese Staaten aufgeruestet waren, sondern dass diese Staaten zu einem grossen Teil weiter und neu aufruesteten. Das Neu-Aufruesten bezieht sich insbesonderes auf die beiden Staaten Tschechoslowakei und Polen, die ja vorher nicht bestanden und das weitere Aufruesten bezieht sich insbesondere beispielsweise auch auf die englische Seekriegsaufruestung, die in das Jahr 1935 faellt usw.

Ich bin selbst der Ansicht, das moechte ich noch einmal ganz kurz erwaehnen, dass ein Land, das selbst keine Ruestung besitzt, sich nicht verteidigen kann und dass es infolgedessen im Internationalen Rat keine Bedeutung hat. Der englische Premierminister

H0338 - 0023

Baldwin hat einmal im Jahre 1935 gesagt ;" Ein Land das nicht gewillt ist, die notwendigen Vorsichtsmassnahmen zu seiner eigenen Verteidigung zu ergreifen, wird niemals Macht in dieser Welt haben, weder moralische noch militaerische Macht."

Ich habe die Ungleichheit zwischen den umgebenden Maechten Deutschlands, als eine staendige moralische und militaerische Gefahr fuer Deutschland empfunden.

Ich verweise ferner darauf, dass Deutschland sich - das soll gar keine Kritik, sondern lediglich eine Feststellung sein - nach dem Versailler Vertrage in einem Zustande aeusserster Verwirrung befand. Die Verhaeltnisse in Europa waren so, dass beziehungsweise fuer Russland der Konflikt bestand, der lastende Konflikt bezueglich Finnland und Polen, welche ja ein Grossteil russischen Gebietes bei sich hatten, mit Rumaenien, welches Bessarabien beasass, dass fuer Rumaenien der Konflikt bestand ueber die Bulgaren, dass der Konflikt bestand fuer Serbien mit Ungarn, fuer Ungarn mit fast allen Nachbarlaendern, der Konflikt zwischen Bulgarien und Griechenland, kurz der ganze Osten Europas befand sich in einem einzigen Stadium gegenseitiger Beargwoehnung und Interessen-Konflikte.

Dazu kam, dass in einer Reihe von Laendern interne Konflikte schwerster Art bestanden. Ich erinnere an den Konflikt zwischen Tschechen und Slowaken. Ich erinnere an die Buergerkriegsverhaeltnisse in Spanien. Alles das wird verstaendlich machen, dass idh es fuer absolut notwendig hielt im Falle eines Ausbruches irgendeines kriegerischen Konfliktes in diesem Hexenkessel, dass es in einem solchen Falle fuer Deutschland absolut notwendig sein muesste, zu mindestens seine neutrale Haltung zu schuetzen. Das konnte unmoeglich mit dem kleinen Hundertausend-Mann-Heer geschehen, sondern dazu musste eine vernuenftige Armee geschaffen werden.

Es ist mir zufaellig hier im Gefaengnis eine Nummer der Daily Mail aus dem April 1937 in die Haende gefallen, wo die Zustaende in Europa geschildert werden und ich kann es hier,

H0338 - 0024

ich bitte um die Erlaubnis es handelt sich um einen einzigen Satz, dass ich den hier zitiere, Ich muss ihn englisch zitieren. Er gibt nicht etwa die Ansicht der Daily Mail wieder, sondern schildert lediglich die Zustaende in Europa.

" All observers are agreed that there is continual terror of an explosion und that the crazy frontiers of the peace treaties cannot be indefinitely maeintained. Here too vigorous non-interference should be the pin of the British chariot. What further interests have we in Austria, or in Czechoslovakia, or in Roumania, or in Lithuania or Poland ? "

Es schildert dies lediglich das ganze Gebrodel, was damals in Europa herrschte und in diesem ueberhitzten und stets vor Explosionsgefahr erzitternden Kessel, lag das unvorbereitete Deutschland. Ich habe das fuer eine ganz schwere Gefahr fuer mein Land gehalten.

Jetzt wird man mich fragen, ob ich Deutschland denn irgendwie fuer bedroht gehalten haette. Nein, meine Herren. Ich habe Deutschland nicht fuer unmittelbar von einem Angriff bedroht gehalten. Ich war auch nicht der Ansicht, dass etwa Russland einen Angriff auf Deutschland machen wuerde. Aber wir hatten beispielsweise den Ruhreinbruch erlebt vom Jahre 1923 und diese ganze Vergangenheit und die gegenwaertige Lage machte es fuer mich zu einer absoluten Forderung, die Gleichberechtigung Deutschlands zu fordern, und wenn sie in Angriff genommen wurde, zu unterstuetzen.

Wir werden ja auf die Gruende, wie ich annehme, fuer die Durchfuehrung der Ruestung noch kommen, wie sich das Ausland uns gegenueber verhalten hat, usw.

Fr.: Was wussten Sie damals ueber die Bemuehung Deutschlands, die Abruestung der anderen Maechte herbeizufuehren ? War dieser Gesichtspunkt mit fuer Ihre Entscheidung massgebend ?

A : Ich darf hier grundsaetzlich folgendes sagen. Ich war nicht grundsaetzlich fuer Aufruestung. Ich war grundsaetzlich fuer Deutschlands Gleichberechtigung. Diese deutsche Gleichberechtigung konnte herbeigefuehrt werden, entweder durch die Abruestung der anderen

H0338 - 0025

oder durch unsere Aufruestung. Bevorzugt haette ich und wuenschte ich damals die Abruestung der anderen, die uns ja auch versprochen worden war. Und ich habe mich infolgedessen mich zunaechst auf das Aeusserste und noch in den spaeteren Jahren immer wieder bemueht, die Aufruestung zu vermeiden, wenn es gelaenge die Abruestung herbeizufuehren.

Diese Abruestung der anderen erfolgte nicht, obwohl die Abruestungs-Kommission des Voelkerbundes wiederholt festgestellt hatte, dass Deutschland seiner Verpflichtung zur Abruestung nachgekommen war.

Es ist fuer uns alle, die wir damals in der sogenannten Nationalregierung sassen und fuer alle Deutsche die am politischen Leben teilnahmen eine grosse Beruhigung gewesen, dass Hitler in den ersten Jahren immer wieder auf Abruestung gedraengt hat und die Abruestung angeboten hat. Nun kann man nachtraeglich natuerlich sagen, auch das sei von Hitler nur ein Vorwand und eine Luege gewesen. Aber dieser Vorwand und diese Luege waeren ja sehr schnell geplatzt, wenn das Ausland auch nur im Leisesten Miene gemacht haette, auf diese Angebote einzugehen.

Ich erinnere mich sehr wohl, weil ich bei dem Besuch dabei war, bei den gesellschaftlichen Veranstaltungen des Besuches dabei war, als der Aussenminister Eden von Gross-Britanien anfang 1934 in Deutschland war, wie man in den Unterhalten mit ihm ganz konkrete Vorschlaege fuer die Verpflichtung Deutschlands in allen Abruestungsfragen machte fuer den Fall, dass die Abruestung der anderen einge -

H0338 - 0026

H0338 - 0027

...erde und durchgefuehrt werden sollte. Es wurde Eden zugesagt, dass alle sogenannten halb-militaerischen Verbaende SA, SS, Hitler-Jugend usw. alle ihres militaerischen Charakters entkleidet werden sollen, wenn es nur gelinge die allgemeine Abruestung damit zu foerdern.

Ich koennte jetzt hier eine Reihe von Zitaten ueber diese Abruestungsangebote vorlegen, aber bei dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden, die Vernehmung nicht aufzuhalten, kann ich auch darauf verzichten. Es sind alle bekannten Aeusserungen von Staatsmaennern und Ministern und Botschaftern und dergleichen, die alle in der selben Weise gesprochen haben,dass es unbedingt noetig sei, das Versprechen welches die Alliierten gegeben haetten einzuloesen, naemlich die Abruestung durchzufuehren.

Dr.Dix: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Wir machen das schneller und einfacher, wenn ich das Gericht bitte - ohne dass ich es verlese - amtlich Kenntnis zu nehmen von meinem genehmigten Exhibit Nr.12. Es ist Seite 31 der englischen Ausgabe meines Dokumentenbuches. Das sind diesbezuegliche Bemerkungen, Ansprachen von Lord Cecil und anderen, vom Belgischen Aussenminister usw. Wir brauchen sie nicht zu verlesen,es koennte ueberreicht werden. Ich hoere es ist schon ueberreicht. Wir koennen darauf verzichten.

Verhoer Dr.Dix:

Fr.: Entschuldigen Sie bitte, Fahren Sie fort.

A.: Ja, dann bin auch ich mit meinen Ausfuehrungen zu Ende. Hitler hat noch ferner Angebote gemacht, das Ausland ist auf kein einziges dieser Angebote eingegangen und infolgedessen blieb leider nur die andere Alternative, die Aufruestung. Ich habe diese Aufruestung die Hitler vornahm mit finanziert und verantworte alles was ich in dieser Bezeichnung getan habe.

Fr.: Verstehe ich Sie richtig, liegt in diesen Worten, man kann schliessen daraus, dass Sie unter anderen Gruenden, bei Ihrer Hilfe fuer die Aufruestung auch die taktische Erwaegung hatten, dass eine zur Diskussionsstellung der deutschen Aufruestung, die Abruestungsdebatte unter den Regierungen wieder in Fluss zu bringen, die damals ja, sagen wir mal, eingeschlafen war.

A.: Wenn ich es kurz an einem Beispiel zeigen darf:

Zwei Partner haben einen Kontrakt miteinander,die eine Partei haelt diesen

H0338 - 0028

Kontrakt nicht und die andere Partei hat keine Moeglichkeit die kontraktbruechige Partei zur Einhaltung des Vertrages zu zwingen. So bleibt der anderen Partei gar nichts anderes uebrig, als auch ihrerseits den Vertrag nicht inne zu halten. Das hat Deutschland getan, das habe ich finanziert.

Ich muss nun allerdings sagen, dass ich hierauf eine Reaktion erwartet hatte, die in einem solchen Fall immer von den anderen Vertragspartnern erwartet werden muss. Dass der Gegner sagt: Ja, wenn du auch nicht den Vertrag einhaeltst, dann kodnnen wir ihn auch nicht einhalten, dann muessen wir uns jetzt mal wieder ueber diesen Vertrag unterhalte .

Und ich muss sagen, es war fuer mich ja - ich kann das Wort ganz ruhig gebrauchen, - geradezu eine Enttaeuschung, dass auf die Aufruestung Deutschlands, von der anderen Seite her, von alliierter Seite her, ueberhaupt nichts erfolgte. Man nahm diesen sogenannten Vertragsbruch Deutschlands gegen den Versailler Vertrag ruhig hin, begnuegte sich mit einer Protestnote, hat aber sonst nicht das Leiseste getan, um die Abruestungsfrage, auf die es hier ankam, wieder in Gang zu bringen, sondern man liess Deutschland nicht nur ruhig aufruesten, man gab ihm sogar mit dem Flottenabkommen mit Gross-Britanien, das Recht, im Gegensatz zum Versailler Vertrag, aufzuruesten. Man schickte Militaermissionen nach Deutschland um sich diese Aufruestung anzusehn, man besuchte die deutschen militaerischen Einrichtungen und alles geschah, aber nur nichts um die Aufruestung Deutschland zu hindern.

Mr.Justice Jackson: Meine Herren Richter. Ich kann die Wichtigkeit dieser Einzelheiten nicht recht verstehen. Wir geben zu, dass die Wiederaufruestung soweit sie sich nicht auf Angriffs-Kriege erstreckt, unwichtig ist. Wie ich am Anfang gesagt habe, haben die Vereinigten Staaten nicht die Absicht hier als Richter zu sitzen, ueber Fragen der europaeischen Politik, und diese sind auch nicht dem Gericht vorgelegt zur Entscheidung. Die einzige Frage hier ist die Anklage. Anklage dass bewaffnet wurde, zum Zwecke eines Angriffskrieges. Ich habe nicht die Absicht den Angeklagten daran zu verhindern, genaue Tatsachen ueber seine Angriffsabsichten zu geben.

Aber die Einzelheiten von Unterhandlungen und die europaeische Politik und Anklagen und Gegenanklagen zwischen den einzelnen Regierungen sind meiner Ansicht nach absolut ausserhalb der Untersuchung, die wir hier vornehmen. Die Einzelheiten dieser Geschichte sind meiner Ansicht nach nicht behilflich zur

H0338 - 0029

Loesung der Streitfrage hier und ich glaube, dass das Gericht das schon abgelehnt hat im Falle Goering, wenn ich nicht irre.

Vorsitzender: Herr Dr.Dix, es handelt sich doch hier um eine Argumentenfrage. Argumenten koennen hier kaum als Beweismaterial dienen.

Dr.Dix: Ich glaube nicht Eure Lordschaft. Es ist ganz richtig, was Mr.Jackson sagt. Es wird Schacht vorgeworfen, geholfen zu haben bei der Herbeifuehrung eines Angriffkrieges, aber diese Hilfe soll bestanden haben, in der von ihm geleistetan Finanzierung.

Vorsitzender: Wollen Sie das Verhoer fortsetzen und machen Sie es bitte so kurz wie moeglich.

Verhoer Dr.Dix:

F: Sie waren ja wohl auch am Ende dieser Frage. Ich darf zu diesem Punkt erwaehnen, was einer der Beweggruende Dr.Schacht's bei der Aufruestung war, die Hoffnung die Abruestungsdebatte wieder in Gang zu bringen und zu diesem Beweis gebe ich zusaetzlich Exhibit Nr.36, Seite 141 des deutschen Textes und Seite 149 des englischen Textes. Es ist eine eidesstattliche Versicherung des Schwiegersohnes von Dr.Schacht des Herrn Dr.von Scherpenberg. Es lautet auf Seite 2 dieser eidesstattlichen Erklaerung. Ich darf nur diesen einen kleinen Absatz verlesen. Ich kann mich sogar auf einen Satz beschraenken. "Er-naemlich Schacht - halte eine Aufruestung in gewissen Grenzen fuer das einzige Mittel, das gestoerte Gleichgewicht wieder herzustellen und die anderen europaeischen Maechte zu einer Teilnahme am einer Ruestungsbeschraenkung, der sie sich im Versailler Vertrag entzogen hatten, zu veranlassen."

Eine Besprechung von Scherpenberg ueber Unterhaltungen die Schacht damals gefuehrt hat, also nicht etwa eine Meinung ex post, sondern eine Behauptung ueber eine Unterhaltung, die Dr.Schacht mit seinem Schwiegersohn ja gefuehrt hat. Dies noch zusaetzlich hinzu.

F: Ueber die Aufruestung der anderen Staaten insbesondere der Tschechoslowakei und Polen haben Sie schon gesprochen. Koennen Sie noch etwas sagen, ob Sie etwas genaues damals ueber den Ruestungsstand dieser beiden Staaten wussten oder hoerten.

A: Ich weiss nur, dass es von Russland bekannt war, dass es im Jahre 1935 ankuendigte, es wolle seine Friedens-Heeresstaerke auf 960.000 Mann bringen.

H0338-0030

Dann wuesste ich z.B., dass in der Tschechoslowakei die Errichtung von Flugplaetzen im Vordergrund der Ruestung stand. Von England wussten wir, dass es seine Kriegsmarine ausdehnte.

F: Haben Sie nun spater den Gedanken einer allgemeinen Aufruestung aufgegeben ?

A: Im Gegenteil ich habe jede Gelegenheit ergriffen, insbesondere auch in Unterhaltungen mit Auslaender, dass das Ziel doch immer wieder die Abruestung sein muesste. Dass wir in der Aufruestung selbstverstaendlich immer eine wirtschaftliche Belastung sehen wuerden, die sehr unerfreulich sei.

Ich erinnere mich an die Unterhaltung, die ich mit dem amerikanischen Botschafter Davies gehabt hatte, Der darueber in einem Beweisstueck, welches auch hier vor Gericht eingeliefert ist, berichtete und zwar handelt es sich hier zunaechst um eine Tagebuch-Eintragung, die in seinem Buch wiedergegeben ist "Mission to Moscow" vom 20. Juni 1937 noch aus Berlin. Da schreibt er nieder, dass er sich mit mir auch u.a. ueber die Abruestungs-Frage unterhalten haette und ich brauche hier wieder nur einen einzigen Satz zu zitieren. Ich habe die Nummer des Dokumentes nicht hier, Eure Lordschaft, aber es ist eingereicht bei Gericht.

F: Es ist Schacht's Exhibit Nr.18, Deutsch Seite 43, Englisch Seite 49.

A: Ich lese hier, weil ich nur den englischen Text habe, aus dem englischen Text . Davies schreibt:

"(der Zeuge liest in Englisch) Als ich die Vorschlaege des Praesidenten Roosevelt ueber die Ruestungsbeschraenkung, lediglich Verteidigungswaffen, auseinandersetzte Waffen, die ein Mann auf der Schulter tragen konnte, sprang er, d.h. Schacht, beinahe vor Begeisterung von seinem Sitz auf."

Es ergibt sich also aus dieser Bemerkung von Botschafter Davies, dass ich auf diesen neuen Versuch und auf die bevorstehende erhoffte Abruestungs-Initiative und diesen Abruestungs-Vorschlag des Praesidenten Roosevelt mit dem groessten Nachdruck eingegangen bin.

In dem selben Buch berichtet nun Davies wenige Tage spaeter, am 26. Juni 1937, in einem Brief an den amerikanischen Praesidenten ueber die Unterhaltung mit mir und ich zitiere da heraus nur einen ganz kleinen Absatz. Ich muss es wieder auf Englisch verlesen:

"(der Zeuge liest in Englisch) Ich sagte dann zu ihm, d.h. Schacht, dass der

H0338 - 0031

Praesident in der Unterhaltung, die er mit mir fuehrte die europaeische Lage analisiert hatte und dass er zu der Ansicht gekommen sei, eine Loesung lasse sich durch ein Abkommen von den verschiedenen europaeischen Nationen finden und zwar mit Bezug auf die Herabsetzung der Ruestung auf einer ausgesprochenen verteidigungsmilitaerischen Basis und dieses sollte geschehen durch die Eliminierung von Flugzeugen, Panzern und schweren Ruestungen und die Beschraenkung von Bewaffnung nur zu solchen Waffen, die ein Mann selber tragen konnte und zwar ein Abkommen von den verschiedenen Laendern ueber die Kontrolle aller Laender durch ein neutrales Land. Schacht ist buchstaeblich aufgesprungen bei dieser Idee, er sagte, das ist absolut die einzige Loesung. Er sagte in ihrer Einfachheit sei sie eine geniale Idee. Seine Begeisterung war ganz aussergewoehnlich."

F: Bis zu welchem Grade wollten Sie denn aufruesten ?

A: Nicht weiter, als dass man auf gleichem Fuss mit jedem einzelnen der Nachbarlaender stand.

F: Hat Hitler Ihnen gegenueber oder zu Ihrer Kenntnis weitere Absichten geaeussert

A: Mir gegenueber niemals und ich weiss auch nicht, ob er bei anderen Bemerkungen ueber Wiederaufruestung gemacht hat.

F: Sind Sie ueber das Ausmass, Art, Tempo der Aufruestung unterrichtet worden ?

A: Nein, da habe ich nicht erfahren?

F: Hatten Sie sich selbst eine Grenze fuer die Finanzhilfe gesetzt, oder waren Sie bereit beliebig viel Geld zuzuschiessen ?

A: Beliebig viel Geld zuzuschiessen war ich nicht bereit,besonders,dass dies nicht Betraege waren,sondern Kredite,die zurueckbezahlt werden mussten.Die Grenzen fuer die Kredit-Hilfe lag in zweierlei,einmal darin, dass die Reichsbank von der Staats-Finanzverwaltung und von der Staatshoheit hinsichtlich ihrer Kreditgewaehrung unabhaengig war.Das Reichsbankdirektorium konnte beschliessen Kredite zu geben oder nicht zu geben und die Kredite abstopppen,wenn es das fuer richtig hielt und da ich der Politik des Reichsbankdirektoriums sicher war, die Herren waren mit mir alle durchaus in der Finanz- und Bankpolitik gleicher Anschauung, so lag darin die erste Moeglichkeit abzubremsen, wenn es mir zu viel wurde. Die zweite Begrenzung lag in der Vereinbarung, die dem Finanz-minister und der Regierung und somit selbstverstaendlich auch Hitler angegeben waren. Die Mefo-Bill-Wechsel in denen ja die Kredit-Hilfe bestand bei Faelligkeit zurueckzuzahlen, die Mefo-Bill Wechsel waren aber auch nach 5 Jahren wieder rueckzahlbar und ich habe vorhin schon ausgefuehrt.

dass, wenn diese Rueckzahlung erfolgt war, dass die Mittel fuer die Aufruestung selbstverstaendlich geringer werden mussten, darin lag die zweite Moeglichkeit der Begrenzung der Aufruestung.

F: Ich bitte Sie, jetzt dem Gericht Ziffern zu geben. Mit welchen Ziffern operierten Sie damals ?

A: Ich habe ....

MR.JUSTICE JACKSON: Wir wuenschen hier nicht in eine Streifrage ueber die Zahlen der Aufruestungs-Finanzen zu treten. Es scheint mir, dass die Einzelheiten von Dollars und Cent's oder Reichsmark ganz unwichtig zu der Frage hier und ausserdem sehr kompliziert sind. Wir wollen hier nicht feststellen, ob es zuviel kostete, oder zu wenig kostete. Der Zweck dieser Aufruestung ist die einzige Frage und ich sehe nicht ein, dass Statistiken und Kosten etwas damit zu tun haben.

VORSITZENDER: Herr Dr.Dix, wir wuerden gerne wissen, ueber welche Zahlen Sie hier sprechen.

DR.DIX: Welche Summen Schacht als Reichsbankpraesident der Aufruestung zur Verfuegung stellen wollte und das ist zweifellos erheblich; denn, wenn diese Summen sich im Rahmen halten, von dem was man als noetig fuer Verteidigungsaufruestung anschauen koennte, ist natuerlich die Groesse dieser finanziellen Hilfe ein schlagendes Beweismittel bezueglich der Absichten, welche Schacht zu dieser Zeit hatte. Das ist genau das, was erheblich ist in dem Fall Schacht, naemlich ob er einen Angriffskrieg vorbereiten half, wenn er auf der anderen Seite nur die Moeglichkeit eines Verteidigungs-Krieges beabsichtigte in seinem Finanzprogramm und nur solche Summen der Ruestung zur Verfuegung stellt, die diese Ruestung niemals in einer Stelle zur Durchfuehrung eines Angriffskrieges gebracht hatte, so wuerde das im Widerspruch stehen zu der Beschuldigung, die die Anklagebehoerde gegen den Angeklagten erhoben hat und ich glaube, dass man an der Erheblichkeit dieser Frage nicht zweifeln sollte.

VORSITZENDER: Wollen Sie sagen, dass, wenn der Angeklagte Schacht dem Reich sagen wir mal 100 Millionen, oder welche Zahl Sie wollen zur Verfuegung stellte, so wuerde das sein fuer Verteidigung und wenn es 150 Millionen waeren, wollen Sie sagen, dass es nicht fuer Verteidigung waere oder was ? Sprechen Sie einfach von der Groesse des Betrages ?

DR.DIX: Nein, ich will sagen, wenn er wie nachgewiesen wird, nur 9 Millionen und dann zoegernd und widerspenstig 12 Millionen zur Verfuegung stellte, so kann er mit dieser Zur Verfuegungstellung niemals einen Offensiv-Krieg gewollt

H0338 - 0032

H0338 - 0033

haben.

VORSITZENDER: Mit anderen Worten, es handelt sich nur um die Hoehe des Betrages ?

A: Jawohl, nur um die Hoehe des Betrages.

VORSITZENDER: Aber das kann man doch mit wenigen Worten abtun ?

DR.DIX: Ich wollte nur fragen, welche Summe hat Dr.Schacht gegeben und darauf wurde der Einwand erhoben und es ergab sich die Diskussion.
Darf ich die Frage stellen ?

VORSITZENDER: Ja.

F: Also welche Summe wollten Sie zur Verfuegung stellen ?

A: Ich wollte so wenig wie moeglich nur zur Verfuegung stellen. Aber was ich zur Verfuegunggestellt habe, ist ja hier entscheidend. Ich habe zur Verfuegung gestellt, um nur eine einzige Summe zu nennen und um es kurz zu machen, bis zum 31. Maerz 1938 Kredite in Hoehe von zusammen 12 Milliarden Reichsmark. Ich habe das mit der englischen Anklagevertretung, die mich gefragt hat, einmal abgestimmt, dass das ungefaehr ein Drittel des Betrages gewesen ist, der fuer die Aufruestung ausgegeben worden ist. Nach diesem Termin sind ohne die Reichsbank vom 1.April 1938 ab, von dem Etat ausgegeben worden fuer die Ruestung 11 Milliarden Reichsmark und im naechsten Jahr 20 ½ Milliarden. Davon kommt nicht ein Pfennig aus der Reichsbank.

F: Das war nach Ihrem Abgang ?

A: Das war nach meiner Kreditabstoppung.

F: Nun, Herr Dr.Schacht, die Anklage hat Ihnen vorgehalten, dass am 9.Februar 1935, das Finanzministerium die Vollmacht bekommen hatte, Gelder in jeder Summe zu borgen, die von Hitler angefordert wurden.

A: Der Herr Anklagevertreter hat auch hier wieder die Dinge nicht richtig gesehen. Der Reichsbankpraesident ist fuer die Gebarung des Reichsfinanzministers nicht verantwortlich. Ich glaube, dass der Praesident der Federal Reserve Bank in New York nicht verantwortlich gemacht werden kann fuer das, was der Staatssekretaer in Washington macht.

F: Er haelt Ihnen ferner vor, dass die Reichsverschuldung, waehrend Sie Reichsbankpraesident waren um das Dreifache gestiegen sei.

A: Er haette mir ebenso gut vorwerfen koennen, dass waehrend meiner Amtsfuehrung, die Geburtenzahl sehr beachtlich gestiegen ist. Ich betone, dass ich an Beiden unbeteiligt bin.

F: Und das Gleiche gilt wohl fuer den weiteren Vorhalt der Anklage, dass angeblich Sie im Maerz 1938 ein neues Finanzprogramm ausgearbeitet haetten.

A: Im Gegenteil, ich habe es abgelehnt, irgendwie noch etwas fuer die Ruestungsfinanzierung zu tun. Das Finanzprogramm hat ein Herr im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und es war auch darnach.

F: Nun wird ein Teil Ihrer Wirtschaftspolitik als Wirtschaftsminister, wie Ihnen ja vorgeworfen wird, als Kriegsvorbereitung der sogenannte "Neue Plan" bezeichnet. Was war da s ?

A: Ich darf vorausschicken, dass der "Neue Plan" mit der Aufruestung gar nichts zu tun hatte. Deutschland war nach dem Versailler Vertrag in eine wirtschaftliche Notlage gekommen, die insbesondere - - -

DR.DIX: Darf ich unterbrechen. Euere Lordschaft, wenn das Gericht der Auffassung ist, dass der "Neue Plan" mit der ganzen Aufruestung nichts zu tun hat, dann ist die Frage unerheblich und ich stelle sie zurueck. Nur, weil ich der Anklage --

VORSITZENDER: Wenn Sie sagen und wie der Angeklagte gerade gesagt hat, dass dieser "Neue Plan" mit der Aufruestung nichts zu tun haette, dann koennen wir ja diese Sache dem Kreuzverhoer ueberlassen.

DR.DIX: Dann werde ich auch dem Wunsche des Gerichts entsprechend nicht weiter fragen. Ich kann nicht sehen, was das mit der Kriegsvorbereitung zu tun hat.

F: Nun haben Sie schon bekundet, dass Sie auch den Vertrag von Versaillies auf friedlichem Verhandlungswege bestrebt waren zu aendern. Hat es denn ueberhaupt noch irgendwelche friedliche Mittel gegeben zur Aenderung des Versaill er. Vertrages nach Ihrer damaligen Ansicht ?

A: Es gab nach meiner Ansicht ueberhaupt nur friedliche Mittel. Den Versaillier Vertrag durch einen neuen Krieg aendern zu wollen, war ein Verbrechen.

F: Gut, nun wird Ihnen ja vorgeworfen, dass die angebliche Kriegsvorbereitung gegen die Wiederaufruestung, aber auch schon die Aufruestung ohne Beziehung auf Vorbereitung des Angriffskrieges, also allein die Aufruestung als solche eine Verletzung des Versailler Vertrages gewesen waere. Ich nehme an, dass Sie, als Sie sich zur Aufruestungsfinanzierungshilfe entschlossen, hierueber rechtliche und moralische Erwaegungen angestellt haben. Worin bestanden diese Erwaegungen ?

A: Ich glaube, ich habe diese Frage vorhin eingehend beantwortet. Ich brauche da nichts mehr hinzufuegen.

F: Gut. War nun diese Ihre Einstellung, nach Ihrer Erkenntnis, nach Ihrer Einstellung als jemand, der es durchaus ablehnte, irgendwelchen Lebensraum in Europa

H0338 - 0034

H0338-0035

zu erhalten. War diese Ihre Einstellung im Ausland bekannt ?

A: Solange, wie ich Reichsbankpraesident gewesen bin, also beginnend vom Maerz 1933 ab, ich spreche jetzt natuerlich von der Hitlerzeit, sind meine auslaendischen Freunde und Bekannte ueber meine ganze Denkweise ausgiebigst unterrichtet gewesen. Ich habe sehr viele auslaendische Freunde und Bekannte gehabt, nicht nur durch meinen Beruf, sondern auch sonst. Wir hatten insbesondere in Basel jeden Monat unsere Zusammenkunft bei der internationalen Bank. Saemtliche Notenbankpraesidenten der grossen Laender und einiger neutraler Laender. Ich habe alle diese Zusammenkuenfte immer dazu benuetzt um den Herren ganz klar die Situation in Deutschland zu schildern. Ich darf vielleicht schon an dieser Stelle auf die sogenannte Fuehrung auslaendischer Gespraeche eingehen. Wenn man sich mit Auslaendern nicht unterhalten darf, dann kann man sich natuerlich auch nicht mit ihnen verstaendigen. Ich habe diese albernen Vorwuerfe, lediglich um dies zu bekraeftigen, voellig unangezeigt gehalten und wenn der Zeuge Gisevius geglaubt hat, seine toten Kameraden, die ja auch meine Kameraden waren, vor den Vorwurf des Landesverrates zu schuetzen, so moechte ich sagen, ich halte das fuer absolut unnoetig. Niemals hat einer aus unserer Gruppe irgendwelche deutsche Interessen preisgegeben, sondern im Gegenteil, er hat fuer deutsche Interessen gefochten und ich moechte lediglich ein Privileg hierfuer geben. Nachdem wir Paris erobert haben, wurden die Akten des Quai d'Orsay beschlagnahmt und einer eingehenden Durchsicht durch Beauftragte des deutschen Auswaertigen Amtes unterzogen. Ich brauche nicht zu versichern, dass man dabei ganz besonders auch nach Belegen gesucht hat, ob nicht irgendwie sogenannte defetistische Kreise in Deutschland sich irgendwo im Ausland blossgestellt haetten. Saemtliche Akten des Quai d'Orsay, die sich mit meiner Person beschaeftigten, waren damals vom Auswaertigen Amt durchstoebert worden, ohne dass ich es wusste. Eines Tages, ich nehme an, es wird im Laufe des Jahres 1941 gewesen sein, bekam ich einen Brief von einem deutschen Professor, dermit bei diesen Untersuchungen vom Auswaertigen Amt eingesetzt war. Ich nenne hier den Namen, damit er eventuell bezeugen kann. Es ist ein Professor der Finanzwirtschaft und Nationaloekonomie, Professor Stocken in Erlangen. Er schrieb mir - - - -

VORSITZENDER: Herr Dr.Dix, das Gericht kann absolut keinen nuetzlichen Zweck bei diesen Vortraegen erkennen. In jedem Falle hat der Angeklagte erklaert, dass er in keiner Weise deutsche Interessen verraten haette. Es wird das genuegen und wir brauchen keine Einzelheiten darueber. Es hat nichts mit diesem Fall zu tun.

DR.DIX: Ich denke, Eure Lordschaft, dass das nicht der Punkt ist, sondern ihm kommt es darauf an, dass auch urteilsfaehigen Maennern des Auslandes, die ihn gekannt haben, bekannt war, dass er durchaus ein Mann des Friedens und nicht ein Mann von Vorbereitung von Angriffskriegen war, auch in der Periode, wo schon aufgeruestet war.

VORSITZENDER: Das weiss ich, Dr.Dix, das hat er schon vor 5 Minuten gesagt.

DR.DIX: Ich denke nicht, dass der Fall des Professors Stueckenbeck so wichtig ist; aber recht interessant scheint mir doch das zu sein, was der Botschafter Davies ueber sein Gespraech mit dem damaligen Aussenkommissar der Union der Sowjet-Republik, Litwinow, berichtet. Es findet sich dies im Exhibit Nr. 18 meines Dokumentenbuches, deutsche Seite 43, Seite 49 im englischen Text. Ichdarf den einen Absatz verlesen, und dann Dr.Schacht nur kurz fragen, ob diese Darstellung des Botschafters Davies seiner Erinnerung entspricht. Es handelt sich also um den Bericht von Davies-Verzeihung. Es ist kein Bericht, es ist ein Auszug aus seinem Buch "Mission to Moscow". Da ist ein Bericht an den Staatssekretaer in den Vereinigten Staaten, da heisst es auf Seite108 und Seite 109:

"Gemaess Verabredung suchte ich den Aussenkommissar Litwinow auf, um ihm vor meiner Abreise nach den Vereinigten Staaten einen Abschiedsbesuch abzustatten.

Ich erwachnte dann, dass die Lage in Europa in ihren Grundzuegen

H0338 – 0036

H0338 – 0037

doch einfach sei, und dass es schwer zu begreifen sei, warum die Staatsmaenner Europas sich nicht darauf einigen koennen, dass England, Frankreich, Deutschland Italien und Russland sich verpflichten, die territoriale Integritaet Europas zu erhalten und durch Handelsvertraege Deutschland mit Rohmaterialien zu versorgen und ihm dadurch die Garantie zu geben, dass es leben koenne. Dies wuerde die Voelker Europas beruhigen und die Welt von den ungeheuren Ruestungslasten und der Furcht vor einem katastrophalen Krieg befreien. Die prompte Eintgegnung - also Litwinow's - war: "Glauben Sie, dass Hitler jemals sich mit etwas derartigem einverstanden erklaeren wuerde?" Ich sagte, dass ich das nicht wuesste, aber das: meiner Meinung nach in Deutschland ein ziemlicher Kreis einflussreicher und verantwortlicher Maenner vorhanden sei, denen ein solcher Gedankengang einleuchten wuerde. Litwinow - also der Aussenkommissar selbst- versetzte, dass er glaube, dass dies der richtige Weg sei; dass Schacht solch ein Mann sei; er glaube jedoch nicht, dass sie sich gegen Hitler und die in Deutschland herrschenden politischen und militaerischen Kraefte durchsetzen koennen."

Nun frage ich Sie, erinnern Sie sich an dieses Gespraech mit Davies?

ZEUGE: Ich glaube, hier liegt eine Verwechslung vor. Ich habe mit Davies darueber kein Gespraech gehabt. Ich sprach mit Litwinow. Dies ist ein Bericht von Davies an den Staatssekretaer, ueber welchen ich nichts weiss.

F. Ja, Sie haben vollkommen recht.

Nun hat die Anklage wiederholt hervorgehoben, dass Ihre Kenntnis von den Kriegsabsichten Hitlers schon aus Ihren Stellungen als Generalbevollmaechtigter fuer die Kriegswirtschaft und als Mitglied des Reichsverteidigungsrates, hervorgehe. Hierueber hat sich schon Goering eingehend geaeussert.

Haben Sie der Aussage Goerings irgend etwas Neues hinzuzufuegen?

A. Ich glaube, auch der Zeuge Lammers hat sich darueber ausgelassen. Ich moechte nur meinerseits auch bestaetigen, dass der erste Reichsverteidigungsrat von 1935 nichts anderes war, als eine Legalisierung eines bereits vor 1933 bestehenden Ausschusses unter den Ministerialbeamten, die auch die wirtschaftlichen Dinge bearbeiten sollten, und die verwaltungsmaessigen Dinge bearbeiten sollten, die im Falle einer Kriegsbedrohung gegen Deutschland zu erfassen seien.

F. Wie oft sind Sie insbesondere mit dem Kriegsminister und dem Generalbevollmaechtigten fuer die Verwaltung zusammengekommen?

A. Niemals ist dieses sogenannte Triumvirat, diese Drei-Mann-Gruppe, welch

H0338 – 0038

einer der Herren Anklagevertreter als den Eckstein der Kriegspolitik bezeichnet hat, ueberhaupt zusammengetreten. Und dass wir den Krieg verloren haben, ist natuerlich kein Wunder, wenn das der Eckstein gewesen ist.

F. Die Anklage hat sich ferner berufen auf den Bericht des Kriegsministers ueber die Aufgaben des Reichsverteidigungsrates von 1934. Das ist Dokument EC-128, US-623. Haben Sie da irgend etwas hinzuzufuegen?

A. Ja, doch. Ich moechte um die Erlaubnis bitten, einen ganz kurzen Absatz es sind nur 2 Saetze, zu zitieren. In diesem Bericht steht folgendes:
"Es wird Bezug genommen auf den ersten Weltkrieg und auf dessen Erfahrungen, also von 1914 bis 1918. Ich zitiere - - ich muss es englisch zitieren, da ich nur die englische Uebersetzung vor mir habe. Ich zitiere:
"Damals konnten wir unsere Rohstoff- und Erzeugungsbasis erweitern nach Westen (Longwy, Tourcoing, Roubaix, Antwerpen (Textilien), Osten (Lodz) und Suedosten (Erzgruben in Serbien und Tuerkei. Mineraloele in Rumaenien), heute muessen wir damit rechnen, im eigenen Land zurueckgeworfen zu werden, ja dabei unter Umstaenden wertvollste Industrie- und Rohstoffgebiete im Westen und Osten zu verlieren.' Ich denke, wenn jemand, der einen Angriffskrieg vorbereiten wollte im September 1934, damit rechnete, dass man sich vor der Moeglichkeit einer solchen Situation schuetzen muesse, dass das der beste Beweis dafuer ist, dass von Angriffskrieg hier ueberhaupt gar keine Rede gewesen sein kann.

F. In diesem Zusammenhang mit der Ueberschrift "friedliche Bemuehungen" koennen Sie vielleicht dem Gericht auch sagen, worin Ihre friedlichen Bemuehungen bestanden, die im Versailer Vertrag stipulierten, Reparationen zu mildern, bezw. zu beenden?

A. Ich habe vom ersten Augenblick der Reparationsfestsetzung, die ungefaehr 1921 erfolgte, gegen diesen Unsinn gekaempft, mit der Beweisfuehrung, dass die Durchfuehrung der Reparationen die ganze Welt in ein wirtschaftliches Chaos stuerzen wuerde. Man kann nicht im Laufe von einer Generation 120 Milliarden Reichsmar oder rund - - -

F. Gut, ganz richtig. Wollen Sie nur kurz Ihre friedlichen Bemuehungen, und keine volkswirtschaftlichen ausfuehren.

A. Jawohl, also keine volkswirtschaftlichen. - -
Ich habe dagegen gekaempft und es ist mir im Laufe der Zeit gelungen, die Oeffentlichkeit fast aller Laender von diesem Unfug zu ueberzeugen. Das hat dazu gefuehrt, dass im Juli, wenn ich nicht irre, 1932, der damalige Reichskanzler Papen in der

Lage war, seine Unterschrift unter einen Vertrag von Lausanne zu setzen, in dem die Reparationen bis auf eine in der Luft schwebende Summe von 3 Milliarden Reichsmark welche, de facto, total gestrichen waren, herabsetzte.

F. Setzten Sie nun diese, Ihre ausgesprochenen friedlichen Bemuehungen auf anderem Gebiete fort? Sie haben die Frage der Verhandlungen in Paris ueber die Kolonial-Frage schon bei einer frueheren Frage gestreift. Ichweiss nicht, ob Sie noch in diesem Zusammenhang etwas hinzusetzen koennen?

A. Ich erinnere mich nicht, wie weit ich gegangen bin, aber ich glaube, ich habe die Verhandlungen schon im Einzelnen berichtet, sodass ich nichts zu wiederholen brauche.

F. Nun ist George Messersmith, der schon oft genannte General-Konsul der Vereinigten Staaten, in seinem Affidavit EC-451, US-Exhibit Nr. 626, und die Anklage beruft sich auf dieses Affidavit, der Ansicht, dass das nationalsozialistische Regime nicht imstande gewesen waere, sich an der Macht zu halten und seine Kriegsmaschinen zu schmieden, wenn nicht Ihre Taetigkeit gewesen waere. Und die Anklage macht sich am Schluss der Anklagebegruendung diese These Messersmith's zu eigen. Ich bitte Sie deshalb, hierzu noch Stellung zu nehmen.

A. Ich weiss nicht, ob diese voellig unsubstantierte private Meinung des Herrn Messersmith irgend eine Beweiskraft hat. Ich moechte trotzdem ein paar Ziffern dagegen setzen. Ich habe vorhin erwaehnt, dass bis zum 31. Maerz 1938 di Reichsbank 12 Milliarden gegeben hat; das sind also im ersten Etatsjahr ungefaehr 2 ¼ Milliarden, und in den naechsten 3 Jahren rund 3 ½ Milliarden im Jahr. In diesen Jahren - und Sie haben den Mitangeklagten Keitel bei seiner Vernehmung darnach gefragt, Herr Justizrat - hat Keitel angegeben, dass die Ruestungsausgab betrugen:

Im Etatsjahr 1935/36 ..... 5 Milliarden,
im Etatsjahr 1936/37 ..... 7 Milliarden,
im folgenden Etatsjahr ..... 9 Milliarden,

und hier hoert nun die Reichsbankhilfe auf. Trotzdem ist im naechsten Jahr ohne jede Reichsbankhilfe, der Ausgabestand der Ruestung auf 11 Milliarden gestiegen, und im darauffolgenden Jahr auf 20 ½ Milliarden.

Es scheint also, dass es auch ohne das Finanz-Genie des Herrn Schacht gegangen ist, das Geld zu beschaffen. Auf welche Weise, das ist ja eine zweite Frage.

F. Ich habe seinerzeit dem Zeugen Keitel diese Ziffern vorgehalten. Damals lag diese Urkunde, glaube ich, dem Gericht noch nicht vor. Sie liegt jetzt vor

H0338 - 0039

unter Exhibit Nr. 7. Es ist Seite 15 des deutschen Textes, und Seite 21 des engl schen Textes. Herr Keitel konnte selbstverstaendlich nur ueber die erste Spalte, naemlich ueber die Gesamtausgaben, Bekundungen machen.

Aber es geht eine zweite und dritte Spalte dieser Bilanz.

Diese zweite und dritte Spalte sind Errechnungen von Schacht, naemlich Errechnun dessen, was durch die Reichsbank und besonders ohne die Reichsbank aufgebracht worden ist. Ich habe nicht die Absicht, das jetzt im einzelnen durchzugehen. Ich bitte mir nur zu erlauben, Schacht zu fragen, bo die Ziffern der Spalten zwei und drei, die in der Urkunde sich befinden, und von ihm errechnet wurden, richti errechnet wurden.

A. Ich habe diese Ziffern in der Urkunde vor mir. Diese Ziffern sind absolut richtig. Sie ergeben, um es noch einmal festzustellen, dass im ersten Jahr, nachdem die Reichsbank ihre Hilfe eingestellt hatte, nicht weniger als wie 5 ¼ Milliarden mehr ausgegeben wurden, ohne Reichsbankhilfe, d.h. 11 Milliarden im ganzen.

F. Bisher haben Sie dem Tribunal bekundet, dass Sie gegen eine gefaehrliche uebermaessige Aufruestung gearbeitet haben, indem Sie die Hand auf das Protemonnaie legten und kein Geld gaben. Haben Sie auch auf andere Weise gegen eine ueb maessige Aufruestung gearbeitet, z.B. durch aufklaerende Vortraege und anderswie

A. Ich habe wiederholt, nicht nur vor Volkswirtschaftlern, Professoren insbesondere, gesprochen, sondern ich habe mehrfach auch gesprochen auf Einladung des Kriegsministers und des Vorsitzenden der Wehrakademie im Kreise hoeherer Offiziere. In all diesen Vortraegen habe ich staendig auf die finanziellen und wirtschaftlichen Grenzen hingwiesen, die einer deutschen Aufruestung entgegenstaenden, und habe vor einer uebermaessigen Aufruestung gewarnt.

F. Wann bekamen Sie nun den Eindruck, dass der Umfang der deutschen Aufruestung ein uebertriebener wurde?

A. Das ist mit Datum sehr schwer festzustellen. Ich habe vom Jahre 1935 an dauernd versucht, das Ruestungstempo zu verlangsamen. Hitler hatte einmal gesag dass bis zum - ich habe es hier, einen Augenblick - Fruehjahr 1936 das Tempo de Aufruestung eingehalten werden muesste. Ich habe mich dabei moeglichst gehalten obwohl ich schon von der zweiten Haelfte 1935 ab staendig gebremst habe. Aber nach 1935 habe ich mir dann gesagt, da der Fuehrer selber gesagt hat, bis zum Fruehjahr 1936, dann ist das Tempo nicht mehr noetig. Es ergibt sich dies aus dem Dokument PS-1301, wo diese meine Ausfuehrungen zitiert sind. Ich habe sie

H0338 – 0040

im sogenannten "Kleinen Ministerrat" mitgeteilt und Herr Goering hat mir in dieser Sitzung noch widersprochen. Aber ich halte natuerlich aufrecht, was ich damal gesagt habe. Ich habe dann dauernd dem Kriegsminister in den Ohren gelegen, im Sinne einer Verlangsamung der Ruestung, allein schon im wirtschaftlichen Interess weil ich die Wirtschaft fuer das Exportgeschaeft beschaeftigt wissen wollte und ein Beleg dafuer, wie sehr ich diesen Kriegsminister bedraengt habe, ist ja mein Schreiben vom 24. Dezember 1935, also am Ende, wie ich sah, dass die von Hitler ge wuenschte Periode zu Ende ginge und ich schon immer am Bremsen war. Da habe ich i einen Brief geschrieben, der hier ebenfalls von der Anklageb hoerde eingereicht w als Dokument PS-1301, in der englischen Zusammenstellung dieses Dokuments, Seite 25. Ich bitte um die Erlaubnis, ganz kurz - meine Zitate sind alle sehr kurz - etwas hieraus verlesen zu duerfen. Ich schrieb einen Brief an den Reichskriegsminister, ich zitiere:

"Dem Schreiben", nun kommen die Aktenzeichen, "Vom 29. November entnehme ich dass ein gesteigerter Wehrmachtsbedarf an Kupfer und Blei in Aussicht genommen is und zwar etwa auf das Doppelte des bisherigen Bedarfes. Hierbei handelt es sich nur um den laufenden Bedarf, waehrend die gleichfalls dringende Bevor-

H0338 – 0041

H0338 - 0042

ratung in den Zahlen nicht enthalten ist. Sie erwarten von mir, dass ich fuer diesen Bedarf die noetigen Devisen beschaffe. Ich erwidere darauf ergebenst, dass ich hierzu, unter den obliegenden Verhaeltnissen, keine Moeglichkeit sehe. " Ende des Zitates

Also Blomberg verlangt, dass ich ihm Rohstoffe mit fremder Valuta anschaffe und ich erklaere ihm ganz glatt, dazu sehe ich keine Moeglichkeit. Es heisst dann weiter, und hier kommt der Satz von der Begrenzung bis 1. April wieder. Ich zitiere :

" In allen bisherigen Besprechungen mit dem Fuehrer und Reichskanzler sowie mit den leitenden militaerischen Stellen habe ich meiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass es moeglich sein werde, fuer das bisherige Ruestungsausmass bis zum 1. April 1936 devisenmaessig und rohstoffmaessig Sorge tragen zu koennen. " Trotzdem mir dieses Programm durch unsere, in der ganzen Welt auf Ablehnung stossende Kulturpolitik, sowie durch unsere Agrarpolitik mir ganz ausserordentlich erschwert worden ist und weiter erschwert bleibt, hoffe ich immer noch, meine urspruengliche Inaussichtnahme verwirklichen zu koennen, d.h. dass ich dieses vorgesehene Programm bis zum 1. April glaubte einhalten zu koennen, aber darueber hinaus nicht mehr.

F : Es ist bekannt, dass der Verkehrsminister Dorpmueller eine Eisenbahnanleihe aufnehmen wollte. Wie haben Sie sich, als Reichsbankpraesident, gegenueber diesen Anleihewuenschen Dorpmuellers verhalten ?

A : In einer Besprechung, die zwischen dem Fuehrer, Dorpmueller und mir stattgefunden hat, in der der Fuehrer lebhaft das Ersuchen Dorpmuellers befuerwortete, habe ich diese Anleihe glatt abgelehnt und er hat sie auch nicht bekommen.

F : Es ist hier eroertert worden die Sitzung des sogenannten Kleinen Ministerrates unter Goerings Vorsitz vom 27. Mai 1936. Anklagevertreter haben die Meinung vertreten, dass sich aus dieser Sitzung die Absicht eines Angriffskrieges ergeben. Haben Sie von dieser Sitzung irgendwelche Kenntnis gehabt ?

H0338-0043

A : Welches Datum war das ?

F : 27. Mai 1936.

A : Nein, ich bin da bei der Sitzung dabei gewesen, und ich finde in dem ganzen Dokument nichts, was auf einen Angriffskrieg hindeutet. Ich habe das Dokument sehr genau geprueft.

F : Es ist zweimal hier eingefuehrt worden zu Ihrer Belastung, ein Bericht des Botschafters Bullit, M-151, US*Exhibit 7o am 23. November 1937. Sie haben gehoert, dass die Anklage auch aus diesem Bericht Schlussfolgerungen aus Angriffshandlungen Hitlers zieht. Wollen Sie sich bitte hierzu aeussern ?

A : Ich finde in dem ganzen Bericht keinerlei Anhalt dafuer, dass Hitler einen Angriffskrieg eroeffnen will. Ich habe ihn lediglich hier gesprochen, von der Absicht Hitler's, moeglichst einen Anschluss Oesterreichs herbeizufuehren und moeglichst den Sudetendeutschen Autonomie zu verschaffen. Das sind beides keinerle Angriffskriege. Im uebrigen sagt Herr Bullit von mir in seinem Bericht ueber diese Unterhaltung :

" Schacht then went on to speak of the absolute necessity for doing something to produce peace in Europe."

F: Dieses Memorandum ueber diese Unterhaltung ist auch in meinem Dokumentenbuch, naemlich Exhibit Nr. 22, Seite des englischen Textes 64 und des deutschen Textes 57.

Wir muessen uns jetzt mit Ihrer angeblichen Mitwisserschaft von Hitler's Kriegsabsichten des naeheren unterhalten. Zunaechst ganz allgemein : Hat Hitler zu Ihrer Kenntnis . . . .

SIR DAVID MAXWELL FYFE : (unterbrechend) Hohes Gericht, ich habe Herrn Dr. Dix gefragt, ob er nicht widersprechen wuerde, wenn mir der Gerichtshof gestatten wuerde - er geht jetzt ja auf einen neuen Punkt ueber - die Frage der Dokumente Raeder's zu behandeln. Ich hatte eine Besprechung mit Herrn Dr. Siemers. Es sind noch einige Punkte zu klaeren und wir waeren dankbar, wenn uns das Gericht, soweit moeglich, heute nachmittag hoeren wuerde, weil die Uebersetzungsabteilung auf die Dokumente Raeder's wartet, um die Uebersetzung durchzufuehren.

1. Mai - M- AG - 10.

VORSITZENDER : Sir David, wie lange, glauben Sie, benoetigen wir hierzu ?

SIR DAVID MAXWELL FYFE : Nicht mehr als 1/2 Stunde.

VORSITZENDER : Wenn die Uebersetzungsabteilung darauf wartet, so wollen wir das lieber gleich um 2 Uhr tun.

SIR DAVID MAXWELL FYFE : Wie Eure Lordschaft das wuenscht.

VORSITZENDER : Wenn es nur 1/2 Stunde in Anspruch nimmt, Ich nehme an, dass es nicht wahrscheinlich ist, dass wir laenger benoetigen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE : Ich glaube nicht, dass wir laenger benoetigen.

VORSITZENDER : Wir wollen dies um 2 Uhr tun und vertagen uns nunmehr.

(Woraufhin sich der Gerichtshof bis auf 14 oo Uhr des gleichen Tages vertagt).

H0338 - 0044

H0338 - 0045

Internationaler Militaergerichtshof
Nuernberg, Deutschland, 1. Mai 1946
Sitzung 14.00 bis 17.10 Uhr

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Hohes Gericht, das Gericht wollte eine Erklaerung unserer Einspruche gegen gewisse Dokumente haben und zwar in 6 Gruppen angeordnet. Im Anhang finden Sie eine englische Zusammenfassung aller Dokumente, die im kurzen den Inhalt jedes Dokumentes wiedergeben.

Bezueglich der ersten Gruppe moechte ich 2 Verbesserungen in unseren Einspruechen machen und zwar Nr. 19, das im Falle Schacht erlaubt wurde und, wenn ich Dr. Siemers richtig verstehe, will er Nr. 76 nicht mehr aufrechterhalten. Aber, Herr Praesident, die anderen Nummern in dieser Gruppe, und zwar Nr. 9 ist eine Serie von Zitaten aus Lersner's Buch ueber "Versailles."

Nr. 10 sind Zitate eines Buches von dem linksgerichteten deutschen Verfasser Thomas Mann.

Nr. 17 ist aus dem Buch "The Failure of a Mission" von Neville Henderson.

Nr. 45 ist ein Zitat aus einem Buch Winston Churchill's.

Nr. 47 ist ein Bericht ueber eine Beschwerde an Lord Halifax in einem Arikel in "News Chronicle", in dem Hitler kritisiert wird.

Nr. 66 unterscheidet sich ziemlich; vielleicht ist das Gericht so liebenswuerdig und wendet sich Nr. 66 zu. Es ist ein Bericht eines deutschen Rechtsanwaltes Dr. Moesler, glaube ich, soll der Name heissen, der ein Fachmann des Voelkerrechtes ist, und sich mit der Aktion in Norwegen beschaeftigt.

Herr Praesident, Dr. Siemers ist natuerlich vollkommen offen zu mir gewesen, er sagte, es wuerde ihm sehr passend erscheinen, wenn diese Sache, die in Wirklichkeit gesetzliche Argumente darstellen, in sein Dokumentenbuch eingeschlossen werden koennten. Es ist natuerlich nicht das Ziel des Dokumentenbuches das zu beinhalten, aber es ist Sache des Gerichtes zu entscheiden; und darum wollten wir die Aufmerksamkeit des Gerichtes darauf lenken.

Dann, meine Herren, Nr. 76 wird ausgeschlossen, und Nr. 93 - 96 sind Zitate von russischen Zeitungen; und Nr. 101 ist ein Auszug von der franzoesischen Nachrichten-Agentur "Havas".

Nr. 102 - 107 sind unbedeutendere Befehle bezueglich der Niederlande und Belgien, die nach der Anklagevertretung keinen Beweiswert haben.

Dann die zweite Gruppe ist eine Anzahl von Dokumenten, die nach Ansicht der Anklagevertretung nicht erheblich sind fuer irgend eine Streitfrage in diesem Falle.

H0338-0046

VORSITZENDER: Sie haben sich nicht mit 109 beschaeftigt?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Verzeihen Sie, Herr Praesident, das ist eine weitere Gesetzes-Auseinandersetzung und zwar ueber die Wirkung des Krieges auf die rechtliche Stellung von Island, und zwar ist es ein Zitat von dem "British Journal of Information in Public Law and International Law."

VORSITZENDER: Gut.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Praesident, die zweite Gruppe ist nach Ansicht der Anklagevertretung unerheblich.

Nr. 22 ist eine belgische Verordnung vom Jahre 1937, die sich mit der moeglichen Evakuierung der Zivilbevoelkerung im Kriegsfalle beschaeftigt.

Nr. 39 ist ein franzoesisches Dokument ueber den mittleren Osten.

Nr. 63 und Nr. 64 sind zwei Reden, eine von Herrn Emery, und die andere von Herrn Churchill, die sich mit der Stellung Griechenlands beschaeftigen Ende 1940, und zwar ungefaehr 2 Monate vor Beginn des italienischen Feldzuges gegen Griechenland.

Nr. 71 ist eine Anweisung, ohne Datum, bezueglich des Studiums der Strassenzuege in Belgien. Es erscheint uns keine Beweisbedeutung zu haben.

Nr. 76 ist ueber "The Altmark"

VORSITZENDER: Ist Nr. 76 ausgeschlossen?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Ja, das ist "The Altmark", das ist dasselbe wie Nr. 71, es sollte schon gestrichen worden sein.

Nr. 99 ist ein Protokoll der neunten Zusammenkunft des Vereinigten Kabinettrates und Obersten Rates vom 27. April 1940. Es beschaeftigt sich mit dem Vorschlag Reynaud's bezueglich der schwedischen Erzminen, und es war lange nach dem Einfall in Norwegen. Es wurde natuerlich in Norwegen niemals gebraucht und es scheint uns keine Erheblichkeit fuer dieses Verfahren zu haben.

Mit Nr. 102 und 107 habe ich mich schon unter 1 beschaeftigt. Es sind sehr kleine und unbedeutende Memorandums, die sich mit den Niederlanden und Belgien beschaeftigten.

Nr. 112 ist ein franzoesisches Dokument, in dem Reynaud eine Erklaerung von Churchill zitiert, dass er bis zum Ende kaempfen will, die uns wieder nicht von grosser Bedeutung im Jahre 1946 erscheint.

Die naechste Gruppe, meine hohen Herren, sind Dokumente, die schon vom Gericht abgelehnt wurden und im Falle des Angeklagten Ribbentrop verlangt worden waren.

H0338 - 0047

1. Mai-A-EV-3

Die ersten 2 beschaeftigen sich mit der britischen Wiederaufruestung und die andere mit dem Balkan und Griechenland. Das Gericht erinnert sich an die Gruppe, die im Antrag Ribbentrops abgelehnt wurde.

Die 4. Gruppe sind Dokumente derselben Serie, die schon vom Gericht im Falle des Angeklagten Ribbentrop abgelehnt worden waren.

Die 5. Gruppe, meine Herren Richter: Gegen diese erheben wir wirklichen Einwand auf "tu quoque" begruendet. Die meisten davon sind, glaube ich, ausschliesslich franzoesische Dokumente, die sich mit Vorschlaegen beschaeftigen in einem Angriffs-Anfangsstadium, die aber nicht ausgefuehrt wurden, und sich auf die Vernichtung der Oelfelder und auf die Blokade der Donau im mittleren Osten bezogen. Es sind Dokumente, die vom Fruehjahr 1940 stammen und, wie ich sagte, sich mit dem Anfangsstadium eines Planes befassen, der aber niemals durchgefuehrt wurde.

Die 6. Gruppe umfasst Dokumente, die sich mit Norwegen beschaeftigen und die nach der Besetzung Frankreichs erbeutet wurden. Soweit ich Dr. Siemers Argumentation verstehe, wird nicht behauptet, dass diese Dokumente dem Angeklagten zur Kenntnis standen, als der Angriff gegen Norwegen durchgefuehrt wurde, aber es wird erklaert, dass er eigene Informationen hatte. Gegen die eigenen Informationen haben wir natuerlich keinen Einspruch. Ueber diese Dokumente koennte argumentiert werden, dass sie bestaetigt wurden von den Berichten ihrer eigenen Agenten. Aber, wie auch in Dokument Nr. 83, gegen welches wir keinen Einwand erheben, beschaeftigen auch diese sich mit Vorschlaegen in einem Anfangsstadium, die nicht durchgefuehrt wurden. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft jedoch ist die bedeutende Sache die, was die Angeklagten vor dem 9. April 1940 wussten, und es ist unerheblich, sich mit einer grossen Anzahl von anderen Dokumenten zu befassen, die nur argumentierbar sind, und, wie der Anwalt behauptet, dasselbe sagen, wie die Information, die die Angeklagten behaupten, schon gehabt haben.

Herr Praesident, ich habe dem Gericht versprochen, mich so kurz wie moeglich zu halten und so hoffe ich, dass ich alles klar angedeutet habe, was unsere Einsprueche wirklich beinhalten.

DR. SIEMERS: (Verteidiger fuer Grossadmiral Raeder)
Hoher Gerichtshof, es ist ausserordentlich schwierig, zu derartig vielen Dokumenten Stellung zu nehmen, wo ich weiss, dass diese Dokumente bisher nicht uebersetzt sind und daher der Inhalt den Beteiligten im wesentlichen auch bekannt ist. Ich

H0338 - 0048

darf daher darauf hinweisen, dass eine gewisse Gefahr in dieser Behandlung besteht. Es handelt sich zum Teil um grundsaetzliche Teile meiner Verteidigung. Infolgedessen wuerde ich bei Behandlung dieser Dokumente, was ich von vornherein erklaeren moechte, gezwungen sein, zur Begruendung der Beweiserheblichkeit auf Stellen hinzuweisen, die ich sonst in der Beweisfuehrung gar nicht einmal alle im einzelnen erst ueber das Protokoll zu lesen brauche, weil sie, wenn das Dokumentenbuch fertig ist, dem Gericht bekannt sind und dort gelesen werden koennen.

Ich halte mich bei meiner Stellungnahme an die Reihenfolge von Sir David. Es sind zunaechst die erste Gruppe, die Dokumente Nr. 9 und 10. Auf der Notiz von Sir David, die dem Gericht vorliegt, ist darauf hingewiesen, dass die Vorlage der Dokumente in Konflikt steht mit der Gerichts-Anordnung vom 29. Maerz. Ich darf darauf hinweisen, dass diese Meinung der Anklage ein Irrtum ist, in der Gerichts-Anordnung war gesagt worden, dass keine Dokumente gebracht werden duerfen, welche die Ungerechtigkeit und den Zwang des Versailler-Vertrages betreffen. Diese Urkunden betreffen nicht die Ungerechtigkeit und den Zwang, sondern sollen nur einige Beispiele geben von der subjektiven Einstellung, zum Beispiel eines Mannes, wie Noske, der Sozialdemokrat war, und sicherlich keinen Angriffskrieg fuehren wollte. Einige weitere Erklaerungen in Nr. 9 und 10 betreffen den Gedanken der damaligen Regierung und herrschenden Volksschicht, der auf die Verteidigungsabsicht gerichtet war und die Gefahr, dass die deutsche Wehrmacht bei Ueberfaellen, zum Beispiel von Polen, zu schwach sein koennte. Es sind also reine Tatsachen. Ich versichere ausdruecklich, dass ich keine Saetze zitieren werde, die irgend polemisch wirken koennten; im uebrigen brauche ich dies grundsaetzlich fuer das Plaedoyer.

Nr. 17 ist ein ganz kurzes Zitat aus dem Buch von Henderson "Failure of a Mission" aus dem Jahre 1940. Ich glaube, dass es unbedenklich ist, etwa 15 Zeilen zu uebersetzen, wenn ich diese gerne im Plaedoyer verwenden moechte, um zu zeigen, dass Henderson, der Deutschland gut kannte, noch 1914 glaubte, positive Seiten des damaligen Regimes anerkennen zu muessen, und ich glaube, dass daraus der Schluss gerechtfertigt ist, dass man von einem deutschen militaerischen Befehlshaber nicht verlangen kann, dass er skeptischer ist, als der damalige englische Botschafter.

Es ist dann die Urkunde Nr. 45. Die Urkunde Nr. 45 ist sicherlich nur aus einem Buch von Churchill. Sie betrifft aber die Tatsache, die ich beweisen moechte, naem-

H0338 - 0049

lich, dass schon viele Jahre vor dem ersten Weltkrieg ein britischer Reichsverteidigungs-Ausschuss bestanden hat. In dem Inhaltsverzeichnis, welches Sir David ueberreicht hat, ist in dem Zitat das Wort "Reichsverteidigungs-Ausschuss" benutzt. Ich schliesse daraus, dass man sich in einem Irrtum bei der Anklage befand, als ob es sich demnach um den deutschen Reichsverteidigungs-Ausschuss handelte. Dieses Dokument zeigt, wie es kam, dass die Anklage den Wert des deutschen Reichsverteidigungs-Ausschusses irrtuemlich uebersetzte, da die Anklagevertretung naturgemaess es mit dem britischen Reichsverteidigungs-Ausschuss, der sehr viel weiterging, verglichen hat.

Nr. 47 ist Beweis, dass gelegentlich eines Hinweises der Deutschen Botschaft, dass ein uebermaessig scharfer Artikel gegen Hitler erschienen sei, und zwar in der Zeitung "News Chronicle" Lord Halifax darauf hinwies, dass er nicht die Moeglichkeit gehabt haette, auf die Zeitung einzuwirken. Ich moechte das nur, und muss es jetzt schon sagen, zum Vergleich dazu bringen, dass die Anklagebehoerde Raeder so hingestellt hat, als haette er etwas mit dem bedauerlichen Artikel im Voelkischen Beobachter, "Churchill versenkte die Athenia" zu tun. Raeder hatt mit dem Artikel ebenso wenig zu tun, wie Lord Halifax mit dem Artikel im News Chronicle und war leider noch machtloser in diesem Artikel, wie die englische Regierung.

Nr. 66: Hier handelt es sich um ein Gutachten des Voelkerrechtlers Dr. Mosler und zwar um ein Gutachten ueber die Norwegen-Aktion, in, wie mir das Gericht sicherlich zugeben wird, in sehr komprimierter Form. Das Gericht wird mir weiter zugeben, dass ich im Rahmen meiner Verteidigung der Norwegen-Aktion in weitem Umfange ueber die voelkerrechtlichen Grundlagen sprechen muss. Die voelkerrechtliche Grundlage ist nicht ganz einfach. Ich habe nichts dagegen, dass ich dies in aller notwendigen Ausfuehrlichkeit selbst vortrage. Ich habe mich von dem Gedanken leiten lassen, dass das Gericht immer wieder gebeten hat, man moechte Zeit sparen. Ich glaube, dass wir eine ganze erhebliche Zeit sparen, wenn mir dieses Gutachten zugelassen wird; und ich dann nicht mehr verpflichtet bin, die zahlreichen Zitate und Autoren saemtliche, im einzelnen aufzufuehren und die ganz genaue rechtliche Begruendung zu geben. Ich kann dann vielleicht in einer halben Stunde uber die rechtlichen Fragen sprechen, waehrend es mir ohne das Gutachten voellig unmoeglich ist, ein derartiges Problem in einer halben Stunde zu behandeln

H0338 – 0050

Wenn die Anklagebehoerde nichts dagegen hat, dass es laenger dauert, habe ich nichts dagegen, dass das Dokument abgelehnt wird; und ich muss dann die Folgen daraus ziehen.

Nr. 76 ist inzwischen gestrichen, also mir von der Anklage zugelassen.

Nr. 93 bis 96: Dieses sind Auszuege ueber Aeusserungen der massgebenden Moskauer Zeitungen "Isvestia" und Prawda". Diese Aeusserungen beweisen, dass zumindesten die damalige sowjetische Auffassung bezueglich der Rechtsmaessigkeit der deutschen Aktion in Norwegen sich mit der damaligen deutschen Auffassung deckte.

Wenn das Hohe Gericht glaubt, dass die ganz kurzen Zitate uebrigens, nicht als Dokumente zugelassen werden koennen, so will ich hier keine zu grossen Schwierigkeiten machen, da ich ja ueberdies in diesem Augenblick des Verfahrens gezwungen wurde, anzugeben, um was es sich handelt. Das Hohe Gericht wird sich erinnern, dass damals Deutschland und Russland befreundet waren und die sowjetische Auffassung immerhin von einer gewissen Bedeutung sein duerfte, ueber ein rein rechtliches Problem.

Dann die Nummer 101: Ich bitte zu entschuldigen, Sir David, wenn ich nicht irre, hat Dr. Braun vor 1 1/2 Stunden gesagt, 101 wird fallen.

Gut, also Nr. 101 bis 107: Es handelt sich bei der Aktion gegen Norwegen, wie ich schon sagte, um ein voelkerrechtliches Problem. Es handelt sich um das Problem, ob ein Land die Neutralitaet eines anderen Landes verletzen darf, wenn begruendete Gefahr besteht, dass ein anderes kriegsfuehrendes Land ebenfalls die Neutralitaet des betreffenden neutralen Staates zu verletzen beabsichtigt. Ich werde in meiner Beweisfuehrung darlegen, dass Grossadmiral Raeder im Herbst 1939 vielseitige Nachrichten erhielt, dass die Alliierten sich mit den Plaenen befassten, die Hoheitsgewaesser von Norwegen in eigenen Schutz zu uebernehmen, bezw. in Norwegen zu landen, um Norwegens Stuetzpunkte in Haenden zu haben. Ich komme auf diesen Punkt hinterher noch bei den Norwegen-Dokumenten. Ich moechte hierzu noch sagen, es ist notwendig klarzulegen und zu beweisen, dass die rechtliche Einstellung der Alliierten zu der Frage der eventuellen Neutralitaetsverletzung eines neutralen Staates in den Jahren 1939 und 1940 genau die gleiche gewesen ist, wie die Einstellung des Angeklagten Raeders im Falle Norwegen zu der gleichen Zeit. Es ist daher notwendig, hierzu nicht nur das Gebiet Norwegen

H0338 - 0051

zu bringen, sondern zu zeigen, dass dies eine grundsaetzliche Auffassung war, die sich auch durch Parallelfaelle ohne weiteres anhand dieser Dokumente nachweisen laesst. Die Parallelfaelle erstrecken sich einmal zum Beispiel auf die Planung der Alliierten auf dem Balkan und zweitens auf die Planung der Alliierten im kaukasischen Oelgebiet.

Meine sehr verehrten Herren, ich bin weit davon entfernt, wie Sir David angedeutet hat, mit diesen Dingen unter dem Gesichtspunkt zu arbeiten, also unter dem Gesichtspunkt, dass der Angeklagte etwas getan hat, was die Alliierten auch getan haben, oder tun wollten. Es dreht sich nur um die rechtliche Beurteilung der Taten des Angeklagten Raeders. Derartige Taten kann man aber nur verstehen, wenn der gesamte Komplex gebracht wird. Es ist ja gerade meines Erachtens, und dazu beziehe ich mich auf das Gutachten von Dr. Mosler, Exhibit Nr. 66, dass kein Vorwurf daraus gemacht werden kann. Es handelt sich, meine Herren, um das grundsaetzlich im Voelkerrecht anerkannte Recht der Selbsterhaltung. Ich darf in dieser Beziehung--

H0338 – 0052

VORSITZENDER: Herr Dr. Siemers, wir wollen uns doch nicht mit Einzelheiten zu diesem Zeitpunkt befassen. Wenn Sie im kurzen erklaeren, was Ihre Gruende zur Stuetzung sind, dann werden wir die Sache pruefen koennen.

DR. SIEMERS: Es tut mir ausserordentlich leid, dass ich in diese Einzelheiten gehen muss, aber wenn durch den Einspruch --

VORSITZENDER: Das Gericht will aber nicht, dass Sie auf Einzelheiten eingehen.

DR. SIEMERS: Also, ich bitte hier zu berücksichtigen, dass es sich um den voelkerrechtlichen Grundsatz handelt, den Kellogg 1928 auch selbst festgelegt hat, naemlich, das Recht der Selbsterhaltung und dafuer moechte ich dieses Dokument anfuehren, dass entsprechend dieser Grundsaetze voelkerrechtsordnungsmaessig die Alliierten gehandelt haben, dann aber auch ordnungsmaessig der Angeklagte Raeder.

Es kommt dann das Dokument Nr. 22. Ich habe eben verschiedene grundsaetzliche Ausfuehrungen gegeben, die auf einen grossen Teil der weiteren Urkunden zutreffen, sodass ich mich auf meine bisherigen Ausfuehrungen beziehen kann. Unter diese Ausfuehrungen fallen die Dokumente Nr. 22 und Nr. 39.

Bezueglich der Dokumente Nr. 63 bis 64 darf ich darauf hinweisen, dass diese Dokumente Griechenland betreffen, und zwar nicht nur diese beiden, sondern nachher noch eine ganze Gruppe von ungefaehr 10 -12 Dokumenten, bei denen ich dann sehr schnell darueber hinweggehen und hierauf Bezug nehmen kann.

Bezueglich Griechenland liegt es folgendermassen: Ich muss gestehen, dass ich ausserordentlich ueberrascht bin, dass die Anklage bei diesen Dokumenten, also insgesamt ungefaehr 14, Einspruch erhoben hat. Die Anklage hat in dem Dokument C-12, gleich GB-32 6, Raeder den Vorwurf gemacht, dass er am 30.Dezember 1939 angeordnet hatte, ich zitiere:

"Griechische Handelsschiffe sind in der durch USA und England erklaerten Sperrzone wie feindliche zu behandeln."

Der Vorwurf ist berechtigt, wenn sich nicht Griechenland so verhalten hat, dass Raeder zu diesen Befehl kommen musste.

H0338 - 0053

Wenn die Dokumente bezueglich Griechenland, aus denen sich ergibt, dass Griechenland seine Neutralitaet nicht strikte innegehalten hat, gestrichen werden, so kann ich keinen Gegenbeweis fuehren. Ich glaube nicht, dass es die Absicht der Anklage ist, meine Beweisfuehrung derartig zu beschraenken.

Es handelt sich um Urkunden, die alle aus dieser Zeit stammen und die zeigen, dass Griechenland seine Handelsschiffe England, das mit Deutschland im Krieg stand, zur Verfuegung stellte. Infolgedessen konnten sie als feindliche behandelt werden.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Praesident, ich moechte sagen und vorbringen, dass ich keinen Einspruch gegen die Dokumente 53 und 54 erhebe, denn sie beschaeftigen sich mit der Charterung von griechischen Schiffen durch die englische Regierung.

VORSITZENDER: Sie wollen sagen, Sie erheben keinen Einspruch?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ich moechte klarmachen, dass ich keinen Einspruch erhebe.

VORSITZENDER: Also, ich verstehe, keinen Einspruch. Aber Sie beschaeftigen sich doch mit 63 und 64 und nicht mit 53 und 54. Ja, ich verstehe, dann streichen wir das heraus, 53 und 54.

DR. SIEMERS: Es besteht also kein Einspruch gegen 53 und 54?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Nein, kein Einwand; mein Freund beschaeftigte sich mit griechischen Handelsschiffen; deswegen habe ich unterbrochen.

VORSITZENDER: Ja, entschuldigen Sie; ich habe falsch verstanden.

DR. SIEMERS: (fortfahrend):

Fuer Dokument 71 gilt das gleiche wie fuer das bereits zu 101 bis 107 Gesagte. Nr. 99 gehoert praktisch zu der 6. Gruppe, zu dem gesamten Norwegen-Komplex, sodass ich nur einiges bemerken werde, um mich wieder auf 99 zu beziehen.

Es handelt sich bei allen diesen Dokumenten um Norwegen-Dokumente, also um die Dokumente, die die Planung der Alliierten wegen Norwegen betreffen. In diesen Dokumenten ist in der Planung positiv von Landungen in Narvik, von Landungen in Stavanger, von Landungen in Bergen, von der unbedingten Notwendigkeit, norwegische Stuetzpunkte

H0338 - 0054

in Haende zu haben, die Rede. Es sind Urkunden, die davon reden, dass die Moeglichkeit der Erzversorgung aus Schweden Deutschland nicht ueberlassen werden duerfe. Es sind im Zusammenhang mit dem finnisch-russischen Krieg Dokumente da, die denselben Plan aufrecht erhalten, als dieser Krieg schon beendet war.

Es ergibt sich daraus die Erheblichkeit, aus diesen Dokumenten zu zitieren. Da das Gericht mir erklaert hat, dass ich das nicht zitieren soll, bitte ich, sich mit diesen kurzen Hinweisen zu begnuegen. Die Tatsachen, die in diesen Dokumenten stehen, decken sich absolut genau mit denjenigen Nachrichten, die Grossadmiral Raeder vom September 1939 bis Maerz 1940 durch den Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht, der von Admiral Canaris geleitet wurde, erhalten hat. Diese Planungen decken sich mit den Nachrichten, die Raeder durch den Marine-Attache in Oslo, Korvettenkapitaen Schreiber, auch im gleichen Halbjahre erhalten hat, und mit den Nachrichten, die er durch einen Brief von Generaladmiral Carls Ende Dezember 1939 bekam.

Die Nachrichten aus diesen drei Quellen haben den Angeklagten Raeder veranlasst, auf die grosse Gefahr hinzuweisen, die darin liegt dass Norwegen in die Haende der Alliierten kaeme und dass dann der Krieg fuer Deutschland verloren sei; also eine rein strategische Ueberlegung.

Die Besetzung Norwegens hat nichts, wie die britische Anklage sagt, mit Ruhm oder Eroberungssucht zu tun, sondern nur mit diesen positiven Nachrichten. Ich muss also beweisen, erstens, dass der Angeklagte Raeder diese Nachrichten erhielt und zweitens, dass diese Nachrichten objektiv begruendet waren.

VORSITZENDER: Dr. Siemers, beschaeftigen Sie sich mit Dokument 99?

DR. SIEMERS: Dies bezieht sich auf 99 und auf die gesamte 6. Gruppe.

VORSITZENDER: Ich weiss nicht, was Sie mit Gruppe 6 meinen. 99 ist in Gruppe B.

DR. SIEMERS: Der Einwand der Anklage bezieht sich auf die erwaehnte Gruppe unter "F", die letzte auf der Seite.

H0338-0055

VORSITZENDER: Der Einspruch der Anklagevertretung gegen diese Dokumente war, dass es ein Dokument vom 27. April 1940 war, und zwar von der Zeit, nachdem Deutschland in Norwegen eingefallen war. Sie haben davon nichts gesagt.

DR. SIEMERS: Ich wollte an sich vermeiden, ueber jedes einzelne Dokument zu sprechen, weil ich glaube, dass diese generell zu behandeln sind; aber ich will gerne zu diesem besonderen Fall...

VORSITZENDER: Ich moechte nicht, dass Sie sich mit jedem einzelnen Dokument befassen Dr. Siemers, ich dachte nur, dass Sie sich mit Dokument 99 tatsaechlich beschaeftigen. Wenn Sie das innerhalb einer Gruppe tun koennen, dann auf jeden Fall. Sie haben schon sehr viel Zeit des Gerichts in Anspruch genommen.

DR. SIEMERS: Es handelt sich beim Dokument 99 um die Sitzung des Obersten Rates, also der leitenden militaerischen Fuehrung zwischen England und Frankreich vom 27. April. Zweifellos zeigt die Ueberschrift, dass es nach der Besetzung Norwegens war. Es handelt sich jedoch nur um einen formalen Einwand. Der Inhalt des Dokumentes zeigt, dass die bei dieser Sitzung Beteiligten ueber Vorgaenge sprachen aus der Zeit vor der Besetzung, und an dieser Sitzung nahmen die wesentlichsten Fuehrer der Alliierten teil. Es waren zugegen Chamberlain, Halifax, Churchill, Sir Samuel Hoare, Sir Alexander Cadogan usw., auf franzoesischer Seite Renault, Daladier, Gamelin, Darlan. Sie sprachen ueber die fruheren Plaene, die, wie ich zugebe, missglueckt waren durch die deutsche Besetzung von Norwegen, aber sie sprachen auch darueber, wie die Eisenerzgruben in Schweden in die Haende der Alliierten haetten kommen muessen, was nun getan werden muesse, um zu verhindern, dass Deutschland das Erz endgueltig bekommt und wie man erreichen koenne, dass diese Eisenerz-Vorkommen zerstoert werden.

Ich glaube darum, dass, wenn es auch formell aus einer spaeteren Zeit stammt, der Gedankengang, den ich vorgebracht habe, von Bedeutung ist.

H0338 – 0056

Es ist dann das Dokument Nr. 100. 100 ist die Sitzung des franzoesischen Kriegsausschusses vom 9. April 1940, die sich mit dem gleichen Problem beschaeftigt, was von alliierter Seite geplant war, und was nun geplant werden koennte, wo gerade die Nachricht eingelaufen war, ueber die Aktion Deutschlands.

101 bis 107 war schon behandelt.

Fuer Dokument 110 gilt dasselbe, wie meine Ausfuehrungen zu den Dokumenten 101 bis 107.

112 ist ein Dokument, in dem darauf hingewiesen wird, dass Churchill bereits im Jahre 1940 in der Erwartung eines Eingreifens Amerikas war. Ich wollte es im Zusammenhang mit dem gegen den Angeklagten Raeder erhobenen Vorwurf bringen, dass er im Fruehjahr 1941 darauf hingewirkt habe, einen Krieg gegen die U.S.A. durch Japan anzuzetteln. Es ist eine Urkunde, die nicht im entschiedensten fuer mich die Bedeutung hat, wie die grundsaetzliche, die ich mit laengeren Ausfuehrungen belegt habe. Ich ueberlasse es daher vollstaendig der Anklage, beziehungsweise dem Gericht.

Die naechste Gruppe sind die Dokumente, die im Ribbentrop-Fall abgelehnt worden sind. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass ich nicht die Moeglichkeit gehabt habe, im Ribbentrop-Fall zu der Berechtigung und Erheblichkeit dieser Dokumente Stellung zu nehmen. Ich halte es daher fuer richtig, summarisch einfach zu erklaeren diese Dokumente sind im Ribbentrop-Fall abgelehnt, die Vorwuerfe gegen Ribbentrop - - -

VORSITZENDER: Wir haben schon sorgfaeltig die Argumente geprueft und haben entschieden, dass sie nicht zulaessig sind.

DR. SIEMERS: Ich hatte geglaubt, meine Herren, dass die Entscheidung nur den Ribbentrop-Fall betrifft, da ja unter einem anderen Gesichtspunkt gar nicht bei der Verhandlung gesprochen wurde, naemlich nicht von den gegen Raeder erhobenen Vorwuerfen, bezueglich des Dokumentes C -152, Raeder haette veranlasst, dass ganz Griechenland besetzt wird. Das ist ein Vorwurf, der gegen Ribbentrop nicht erhoben ist, sondern nur gegen Raeder. Wie soll ich den Vorwurf entkraeften,

H0338 - 0057

wenn mir die Dokumente genommen werden?

VORSITZENDER: Dr. Siemers, das Gericht kennt die Dokumente, und das Gericht kennt die Anklage gegen Raeder, und kann entscheiden, dass nicht weiter darueber argumentiert werden soll. Das Gericht wird die Sache entscheiden.

DR. SIEMERS: Ich bitte um Entschuldigung. Ich muss unter diesen Umstaenden mal vergleichen, ob alle Dokumente ueberhaupt bei Ribbentrop sind. Meine Aufzeichnungen, wie ich bereits heute morgen der Anklagebehoerde sagte, decken sich nicht mit den Angaben der Anklage. Ich darf sonst oventuell, wenn ich das schon im Augenblick nicht kann, nach der Sitzung noch darauf hinweisen, falls nur die Dokumentenuebereinstimmung nicht stimmt.

Es ist naemlich tatsaechlich so, dass diese Dokumente im Falle Ribbentrop nicht vollstaendig gebracht sind, also das Gericht die Dokumente nicht vollstaendig kennt; ob Herr Dr. Horn genau dieselben Teile abgeschrieben hat oder nicht, kann ich zum einzelnen Dokument jetzt nicht sagen, ich weiss nur, dass bei der ueberwiegenden Anzahl die Wiedergabe aus den Dokumenten bei Dr. Horn nicht vollstaendig ist, eben aus seinem anderen Fall heraus, weil er es nur unter dem Gesichtspunkt Ribbentrop's gebracht hat.

VORSITZENDER: Sie haben doch wahrscheinlich Ihre Auszuege der Anklagevertretung zugeleitet. Die Anklagevertretung erklaert uns, dass diese Auszuege dieselben sind, die im Falle Ribbentrop abgelehnt worden sind.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Verzeihen Sie, Herr Praesident, wir haben nur eine Liste Dokumente. Wir haben diese Auszuege nicht gesehen.

(Kurze Beratung zwischen Sir David und einem Mitarbeiter)

Herr Praesident, verzeihen Sie, - ich war zu schnell, - wir haben die Auszuege im deutschen gesehen, aber wir haben keine Uebersetzung gesehen. Aber wir haben das Beste, was wir konnten, mit den deutschen Auszuegen gemacht.

VORSITZENDER: 24 und 25 sind auf jeden Fall Reden in englischer Sprache.

H0338 - 0058

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ja, Herr Praesident, es sind einige von ihnen. Verzeihung, diese sind

VORSITZENDER: Sir David, soweit ich es verstehe, sagt Dr. Siemers, dass diese Auszuege nicht dieselben Stellen von Beweismaterial enthalten, oder vorgeschlagenes Beweismaterial, die im Falle Ribbentrop abgelehnt wurden.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Praesident, leider bin ich nicht die Stellen selbst durchgegangen, aber Major Barrington hat die Ribbentrop-Dokumente geprueft und ist diese Auszuege durchgegangen und er hat mir dieses Material gegeben, das ich als Grundlage verwende. Das ist die Lage. Ich kann natuerlich, Herr Praesident, nicht sagen, dass ich selbst alles geprueft habe.

VORSITZENDER: Dr. Siemers sagt uns, das ist unwahr.

H0338 - 0059

Sir David Maxwell-Fyfe: Aber soweit ich Dr. Siemers verstand, weiss er nicht, ob es dieselben sind oder nicht.

Dr.Siemers: Darf ich dazu bitte etwas sagen ? Ich weiss es nun nicht genau so, dass ich jetzt bei jeden einzelnen Dokument sagen kann, welche Teile nun schon bei Ribbentrop enthalten sind. Dass sie nicht uebereinstimmen, das weiss ich genau. Ich weiss genau, dass sie nicht uebereinstimmen, und zwar deshalb, weil ich zur Erleichterung der Uebersetzungs-Abteilung die Nummern verglichen habe, und in den wenigen Faellen, in denen eine Uebereinstimmung vorliegt, der Uebersetzungs-Abteilung gesagt habe, diese Dokumente sind gleich, damit sie nicht doppelt uebersetzt werden. Aber leider war ein grosser Teil der Urkunden nicht gleich, sondern bei Dr.Horn und Ribbentrop unvollstaendig aus diesem anderen Gesichtspunkt heraus.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die Nummern unter der Gruppe "D", die hier angefuehrt sind, als Ribbentrop-Dokumente Nr.29, 5,56,57,60,61,62 trotz meines eifrigen Bemuehens von mir im Dokumentenbuch Ribbentrop nicht gefunden werden konnten. Es ist auch nicht in der Liste angegeben, welche Nummern im Ribbentrop-Dokumentenbuch diese sein sollten.

Sir David Maxwell-Fyfe: Herr Praesident, es ist behauptet, dass diese in dieselbe Serie sich mit demselben Tatbestand befassten. Das ist die Lage im Fall Griechenland und den Balkan, und zwar von derselben Gruppe von Dokumenten, die im Falle Ribbentrop abgelehnt wurden.

Vorsitzender: Dr.Siemers, ich glaube, das beste Verfahren waere, wenn Sie diesen Mittag nocheinmal diese Dokumente unter C durchgehen wuerden, die schon im Falle Ribbentrop abgelehnt wurden. Und wenn sie nicht dieselben sind, dann bitte zeigen Sie genau an, in welcher Weise sie sich von den Ribbentrop-Dokumenten unterscheiden, die schon in seinen Falle abgelehnt wurden, dass sie zeigen, dass sie eine Erheblichkeit in Ihrem Falle haben wuerden ; wir wuerden dies gern bis 5 Uhr haben.

Nun koennen Sie mit den anderen weiterfahren.

Dr.Siemers: Darf ich vielleicht eben noch ein Wort sagen, was Herr David zur Gruppe "D" sagte ?Da ist kein Einspruch erhoben, weil sie bei Ribbentrop schon vorliegen, sondern nur, weil sie denselben Gegenstand betreffen; das ist richtig. Sie betreffen dasselbe, naemlich Griechenland, und ich kann nicht mehr sagen,

H0338 – 0060

als was ich gesagt habe. Die Anklage hat in C-152 dem Angeklagten Raeder vorgeworfen, er haette darauf hingewirkt und erreicht, dass ganz Griechenland besetzt werden sollte. Und die Zusammenhaenge ueber diese 3 Zeilen lange Notiz kann ich nur bringen, wenn ich irgend welche Dokumente ueber Griechenland bringen darf, und die mir nicht deshalb abgelehnt werden, weil ganz generell bei Ribbentrop Griechenland-Dokumente abgelehnt worden sind.

Ich komme dann zu Gruppe "E", die mit Nr.26 beginnt. Hier gilt das Gleiche, was ich erst schon zu den Dokumenten 101-107 ausgefuehrt habe. Die von den Alliierten geplanten Angriffe auf die Oelgebiete im neutralen Rumaenien und im neutralen Kaukasus sind ueberdies, was ich nur parantheso vermerken moechte, schon Gegenstand dieses Verfahrens gewesen. Das hohe Gericht wird sich erinnern, dass ich ueber Eintragungen aus dem Tagebuch Jodl's hierueber bereits Goering beim Verhoer gefragt habe, und er bereits ueber die Nachrichten, die Deutschland erhielt, im Sitzungsprotokoll Seite 6063 -38 Auskunft gegeben hat. Auch hier wieder betrifft diese Aeusserung nur die subjektive Seite, die Deutschland wusste, Ich muss beweisen, dass die objektive Seite, dass das tatsaechlich geplant war, dieser subjektiven Seite, also den Nachrichten genau entspricht. Dafuer sind diese Dokumente. Das betrifft die Dokumente 26, 30 bis 32, 36, 37, 39, 40 bis 44. Es ist dann die Nummer 99 genannt, die schon vorher behandelt war, die hier doppelt steht. 101, 110 ist ebenfalls doppelt.

Ich komme dann zur 6. Gruppe, die irrelevant sein soll bezueglich des Angriffes gegen Norwegen. Hierueber habe ich bereits grundsaetzlich gesprochen. Ich bitte das hohe Gericht, mir diese Dokumente unter gar keinen Umstaenden zu verweigern. Denn wenn mir diese Dokumente verweigert werden, bin ich einfach nicht in der Lage, in einer vernuenftigen Form, ohne nur alles selbst zu erzaehlen, einen Beweis zu fuehren. Ich kann einen Beweis ueber eine so wichtige Frage nur fuehren, wenn mir, ebenso der Anklage, Dokumente gelassen werden. Wenn mir aber alle Dokumente, faktisch alle Dokumente gestrichen werden, die diesen Komplex betreffen, dann weiss ich nicht, wie ich einen solchen Komplex behandeln soll, und ich glaube, dass das hohe Gericht mir darin behilflich sein wird.

Ich bitte dies auch besonders aus folgenden Gruenden: Ich habe, als ich die Beweisantraege an dieser Stelle begruendete, den Antrag gestellt, die Akten der britischen Admiralitaet heranzuziehen, welche die Planungen und Vorbereitungen in Skandinavien, also in Norwegen, betrafen.

H0338 - 0061

Sir David hat keinen Einspruch seinerzeit erhoben, sondern gesagt, er muesse sich an die britische Admiralitaet wenden. Das Gericht hat meinem Antrag gemaess entschieden, meinen Antrag genehmigt. Inzwischen hat die britische Admiralitaet geantwortet; ich nehme an, dass Sir Daivd einverstanden ist, wenn ich die Antwort die mir zur Verfuegung gestellt wurde, verlese. Sie lautet: Es betraf also, wenn ich das nur noch vorweg sagen darf ---

Vorsitzender: Wir haben die Antwort schon erhalten, denke ich. Ja, wir kennen die Antwort.

Dr.Siemers: Danke vielmals. Aus dieser Antwort ergibt sich, dass die Akten nicht vorgelegt werden, ich also mit der Genehmigung nicht weiterkomme. Es ergibt sich weiter daraus, dass bestimmte Tatbestaende, die fuer meine Beweisfuehrung wichtig sein werden, von der britischen Admiralitaet zugegeben werden, aber formal habe ich nicht die Moeglichkeit, mit Urkunden etwas zu beweisen. Da ich diesen Beweis nicht fuehren kann, bitte ich doch daher, mir zum mindesten die anderen Beweismoeglichkeiten zu lassen, naemlich die Urkunden aus den deutschen Weissbuechern. Es sind anerkannt erklaerte Urkunden. Es sind in saemtlichen Faellen Faksimiles. Man kann sie genau ueberpruefen und ich glaube , dass-----

Vorsitzender: Dr.Siemers, wir beschaeftigen uns mit Ihrem Antrag fuer bestimmte Dokumente. Wir beschaeftigen uns nicht mit dem allgemeinen Argument, oder mit allgemeinen Kritiken, die Sie machen wollen. Wir hoeren Sie nur in Antwort auf gewisse Einsprueche, die die englische Anklage erhoben hat, an.

Dr.Siemers: Meine Herren, wenn ich mich irre bitte ich mich zu berichtigen; Sir David hat zu diesen Dokumenten unter "F", das ist eine ganze Anzahl, 59 bis 91 mit einigen Auslassungen, auch insgesamt Stellung genommen, und nicht zu jeder einzelnen Urkunde. Ich muss zu jeder Urkunde das gleiche sagen, und habe nur gebeten, diese Urkunden insgesamt zuzulassen, da ich ohne die Urkunden nicht weiterkomme. Meine Ausfuehrungen betreffend ---

Vorsitzender: Sie haben sich nicht auf diese Dokumente bezogen. Sie haben sich auf die Tatsachen bezogen, dass die britische Admiralitaet nicht bereit war, gewisse Dinge mitzuteilen. Es hat nichts mit diesen ganzen Dokumenten zu tun.

Dr.Siemers: Ich glaube, hohes Gericht, ich bin missverstanden worden. Ich habe vorher ganz klar ausgefuehrt, warum ich die Dokumente fuer meine Beweisfuehrung hinsichtlich der Norwegen-Aktion benoetige.

H0338 – 0062

Ich habe nur darueber hinaus gesagt, wenn ich diese Dokumente nicht bekomme, kann ich keinen Beweis fuehren; dann ist er mir abgeschnitten. Ich habe nur das Gericht gebeten, zu beruecksichtigen, dass ich die Dokumente aus London die urspruenglich vorgesehen waren, nicht habe. Und ich weiss nicht, warum mir diese Bitte, die ich dem Gericht unterbreite, nur zur Begruendung meiner Ausfuehrungen vorher, verubelt wird.

Vorsitzender: Ist das alles, was Sie zu sagen haben ?

Dr.Sieners: Ich bin damit zu Ende, meine Herren. Ich beabsichtige keineswegs, saemtliche Dokumente vorzulesen oder uebertrieben lang aufzuhalten. Ich glaube gerade, dass, wenn mir die Dokumente genehmigt werden, die Beweisfuehrung sehr viel einfacher ist, weil es Gruppen sind, die eine zeitliche Entwicklung von bestimmten Planungen ergeben, und wenn ich da 5 oder 6 Dokumente habe, dann brauche ich nicht jedes vorzulesen. Wenn mir aber nur eines genehmigt wird, komme ich in eine ausserordentlich schwierige Lage, und muss umstaendlicher sprechen, als wenn ich mich einfach auf diese Dokumente beziehen kann.

Vorsitzender: Das Gericht wird diese Entscheidung in Betracht ziehen. Nun , Dr.Dix bitte.

Hjalmar Schacht - fortsetzend.

Direktes Verhoer - weiterfahrend.

Durch Dr.Dix (Verteidiger des Angeklagten Schacht):

F: Wir kommen jetzt ganz generell zu der Frage ueber Ihre angebliche Mitwissenschaft an den unmittelbaren Kriegsabsichten Hitlers. Sie beruehrten schon am Rande, dass Hitler Ihnen gegenueber niemals von Krieg gesprochen hat. Haben Sie dem noch etwas hinzuzufuegen ?

A: Nein.

F: Sie haben auch am Rande schon die Frage der Aufrichtigkeit seiner Friedensversicherung und Abruestungsvorschlaege beruehrt. Ist dem etwas Neues hinzuzufuegen ?

A: Nein, ich habe anfangs an diese geglaubt.

F: Wie steht es mit den einzelnen Mitgliedern des Cabinetts und haben die einzelnen Herren des Cabinetts zu Ihnen jemals ueber Kriegsabsichten gesprochen ?

A: Ich habe niemals von irgend einem meiner Ministerkollegen im Reichs-Cabinett gehoert, das darauf hindeutete, dass irgend jemand die Absicht habe, oder es

H0338 - 0063

begruessen würde, wenn Deutschland einen Krieg anfinge.

F: Wir kommen nun zu Ihrer eigenen Einstellung zum Kriege. Auch zu der haben Sie schon generell Stellung genommen, als S. ueber Ihre weltanschauliche Einstellung als Pizifist sprachen. Ich glaube, es ist deshalb sachdienlich, wenn ich hier aus meinem Dokumentenbuch kurz verlese die Sinne eines Dritten, der Sie sehr gut kennt, das ist das fruehere Mitglied des Reichsbank-Direktoriums, Hülse. Es ist Dokumentenbuch Schacht 73-C, Seitenzahl des deutschen Exemplars 160, des englischen Exemplars 168, ein Affidavit. Er sagt dort in Absatz 2: "Ich erinnere mich an mehrere gelegentliche, Krieg und Aufrüstung betreffende Unterhaltungen mit Dr. Schacht in den Jahren 1935 - 1939. In diesen hat er stets seinen Abscheu gegen jeden Krieg und jedes kriegerische Gehaben Ausdruck gegeben. Er vertrat den entschiedenen Standpunkt, dass ein Krieg selbst den Sieger nur Nachteile bringe, und ein neuer europaeischer Krieg ein Verbrechen an der Kultur und der Menschheit ueberhaupt sei. Er hoffe fuer Deutschland auf eine lange Friedenszeit, die es mehr als andere Laender brauche, um seine labile wirtschaftliche Lage zu bessern und zu befestigen.

In den Sitzungen des Reichsbankdirektoriums und bei privaten Unterhaltungen hat Dr. Schacht meines Wissens bis Anfang 1938 nur immer bei dem Thema Ruestung von Verteidigungsmassnahmen gesprochen. Ich glaube, mich erinnern zu koennen, dass er etwa Mitte des Jahres 1938 zu mir gesagt hat, dass die herausfordernden Schritte Hitlers gegen Oesterreich und das Sudetenland von militaerischen Standpunkt mehr als leichtsinnig gewesen waeren.

Deutschland habe doch nur eine Defensivruestung vorgenommen, die zu einer Verteidigung gegen den Angriff einer Grossmacht, mit dem Hitler haette rechnen muesse, voellig unzulaenglich waere. Er haette noch niemals gehoert, dass die Wehrmacht etwa fuer einen Angriffskrieg in irgendeiner Weise geeignet und geruestet sei.

Als der Krieg ausbrach und immer weiter ausgedehnt wurde, hat er oefters ausgesprochen, dass er sich in seiner Beurteilung der Persoenlichkeit Hitlers gruendlich getaeuscht habe. Er hatte lange gehofft, dass sich Hitler zu einem wirklichen Staatsmann entwickeln wuerde, der nach den Erfahrungen des Weltkrieges jeden Krieg vermeiden wuerde."

H0338 – 0064

F : Sie haben sich am Rande schon mit der Frage eines Anschlusses von Oesterreich grundsaetzlich geaeussert. Ich bitte nun sich jetzt konkret zu aeussern zu dem stattgehabten Anschluss und insbesondere zu den Formen, in denen sich dieser Anschluss vollzogen hat.

A : Dass einmal dieser Anschluss kommen wuerde, darueber waren wir Deutschen uns alle klar und ueber die verschiedenen politischen Verhandlungen, die zwischen Hitler, Schuschnigg usw. hin und her gegangen sind, bin ich natuerlich ebensowenig informiert worden, wie die anderen Minister des Kabenetts, mit Ausnahme wahrscheinlich von Goering und Ribbentrop und diesem und jenem noch. Der effektive Anschluss im Maerz war eine voellige Ueberraschung fuer uns, ich meine das Datum, nicht die Tatsache, sondern das Datum; eine grosse Ueberraschung und wir waren ueber diese Dinge, jedenfalls meine Bekannten und ich selbst, voellig ueberrascht.

F : Und wie beurteilten Sie die Form, die Art und die Gestaltung dieses Anschlusses ?

A : Ich glaube, dass ueber die Form manches zu sagen ist. Das was wir hier nachtraeglich gehoert haben und was ich zum Teil hier in den Verhandlungen erfahren habe, ist nicht sehr erfreulich, aber ich glaube, dass es auf die Tatsache des Anschlusses und auf den Gang der Ereignisse selbst wenig praktischen Einfluss gehabt hat. Das ganze war mehr eine Demonstration nach aussen hin, so aehnlich etwa wie der Einmarsch in das Rheinland, aber er hat auf den Gang der Verhandlungen selbst meines Erachtens keine grosse Wirkung gehabt. Ich spreche jetzt von dem Einmarsch der Truppen. Dieser Einmarsch war ja mehr ein festlicher Empfang.

F : die Anklagevertretung hat darauf hingewiesen, dass Sie im Maerz 1938 das Verhaeltnis von Schilling zu Mark fuer den Fall eines evtl. Anschlusses festgesetzt haetten und will offenbar mit diesem Hinweis beweisen, dass Sie von dieser Aktion frueher unterrichtet gewesen sind. Wollen Sie hierzu Stellung nehmen ?

H0338 - 0065

A : Diese Tatsache, auf die sich die Anklage beruft, ist eine Mitteilung eines Oberstleutnants Wiedemann. Am 11. nachmittags 3 Uhr, ich glaube mich zu erinnern, ich weiss nicht, ob es telefonisch oder persoenlich gewesen ist, dass irgendeiner, es kann Herr Oberstleutnant Wiedemann gewesen sein, sich bei mir erkundigt hat, fuer den Fall, dass nun deutsche Truppen in Oesterreich einmarschieren wuerden, moechte er wissen, wie die Einkaufsmoeglichkeiten der Truppen in Oesterreich gereglet werden sollten, rein waehrungspolitisch, ob irgendeine Vorschrift noetig sei. Ich habe daraufhin geantwortet, selbstverstaendlich muesse alles bezahlt werden, was etwa diese Truppen dort einkaufen und das Verhaeltnis, wenn sie nicht in Schilling, sondern in Mark zahlen ist, dass die eine Mark mit zwei Schilling bewerten. Das war der urspruengliche Kurs der damaligen Zeit, der ziemlich unveraendert war und zwar das effektive Verhaeltnis zwischen Schilling und Mark.

Dass ich am 11. mittags hieraufhin angesprochen wurde, beweist ja am allerbesten, dass ich vorher von diesen Dingen eben nichts gewusst habe.

F : Die Anklagevertretung wertet es weiter fuer Sie belastend, dass Sie in Ihrer Ansprache nach dem Einmarsch in Oesterreich vor der Oesterreichischen Nationalbank eine ausgesprochen nationalsozialistische Phraseologie gebrauchten, mit der Sie diesen Anschluss begruesst haetten.

Vielleicht benuetzen wir diese Gelegenheit, um abzukuerzen, um zu dem sehr wiederholt hier vorgetragenen Vorwurf der Anklage Stellung zu nehmen, dass Sie ueberhaupt in Ihren Reden, Eingaben, und so fort, zum Teil einen Ton gewaehlt haben, von dem man vielleicht sagen koennte, dass er von nationalsozialistischer Phraseologie trieft. Das wurde indiziell gegen Sie gewuerdigt. Wollen Sie zu dieser Argumentation Stellung nehmen und Ihre diesbezuegliche Haltung begruenden ?

A : Wenn ich das im ersten Jahr getan habe, so habe ich es getan, um immer wieder die Parteikreise und die Bevoelkerung auf

H0338 - 0066

das urspruengliche Programm der nationalsozialistischen Partei hinzuweisen, zu dem das effektive und praktische Verhalten der Parteigroessen und Parteifunktionaere in einem krassen Gegensatz stand. Ich habe mich immer bemueht nachzuweisen, dass die Grundgedanken, die ich in vielen politischen Dingen vertrat, sich durchaus deckten mit den Grundgedanken des nationalsozialistischen Programms, so wie es in dem Wortlaut des Programmes ausgedrueckt war, das heisst also, gleiches Recht fuer Alle, Bewertung der Persoenlichkeit, Wertschaetzung der Kirche usw., alle diese Dinge. In den spaeteren Jahren habe ich auch wiederholt eine nationalsozialistische Paraseologie gebraucht, weil von meiner Koenigsberger Rede an der Gegensatz zwischen meiner Auffassung und der Auffassung Hitlers auf der Parteiseite voellig klar wurde, und ich allmaehlich bei der Partei in den Ruf eines Parteifeindes kam, das heisst eines Mannes, der gegensaetzlicher Ansicht war als die Partei. Von diesem Augenblick an war nicht nur die Moeglichkeit meiner Mitarbeit, sondern auch die Moeglichkeit meiner Existenz gefaehrdet und ich habe in solchen Augenblicken, wo ich die Bedrohung durch die Partei auf mein Wirken und auf mein Leben, das heisst auf meine Freiheit und auf mein Leben besonders imminent sah, so habe ich diese Momente benutzt, um durch eine betont nationalsozialistische Phrasiologie darzutun, dass ich mich durchaus im Rahmen der hergebrachten Politik bewegte und dass mein Vorgehen mit der Politik im Einklang zu bringen sei, um mich vor diesen Angriffen zu schuetzen.

F : Sie haben also, um an die Aussagen des Zeugen Gisevius zu erinnern, ueber ein Wort von Goerdeler, indiesem Falle Talleyrand'sche Methoden angewendet ?

A : Ich bin nicht ganz vertraut mit den Talleyrand'schen Methoden, aber ich habe mich jedenfalls getarnt.

F : Darf ich in diesem Zusammenhang kurz verlesen, wieder eine Stelle aus dem Affidavit Schniewinds, das schon oefter zitiert wurde, Exhibit 34. Ich habe schon oft die Seitenzahl

H0338-0067

angegeben. Es ist hier die Deutsche Seitenzahl 118, 126 des englischen Textes. Schniewind sagt dort :

" Wenn Schacht auf der anderen Seite gelegentlich muendliche und schriftliche Aeusserungen getan hat, die auf eine weitergehende Identifizierung mit dem Hitler-Regime schliessen lassen koennten, so waren uns diese Aeusserungen selbstverstaendlich bekannt, aber wie Schacht in Wirklichkeit dachte, wusste fast jeder Beamte in der Reichsbank und im Reichswirtschaftsministerium, vor allem natuerlich seine engsten Mitarbeiter. Mehrfach haben wir Herrn Dr. Schacht gefragt, ob er in diesen Aeusserungen nicht zu weit gegangen sei, er hat immer geantwortet, dass er von der Partei und der SS so stark beschossen werde, dass er sich nur mit faustdicken Erklaerungen tarnen koenne. "

Ich darf noch erlaeutern und bemerken, Schniewind war hoher Beamter des Reichswirtschaftsministeriums, hatte also uhmittelbar unter Schacht mit ihm zusammengearbeitet.

Es ist des weiteren von der Anklage Bezug genommen worden auf ein Affidavit von Tilly, in dem Sie zugegeben haetten, dass Sie Hitler Angriffsabsichten zutrauten. Wollen Sie sich speziell hierzu auch aeussern ?

A : Das Affidavit des britischen Majors Tilly ist voellig korrekt. Ich habe Major Tilly in der Voruntersuchung gesagt, dass im Jahre 1938 im Laufe der Ereignisse der Affaire Fritsch und der Folgezeit ich zur Ueberzeugung gekommen waere, dass Hitler jedenfalls nicht unter allen Umstaenden einen Krieg vermeiden wuerde, moeglicherweise vielleicht sogar nach einem Krieg strebte und ich haette mir dann rueckschauend eine Reihe von Aeusserungen Hitlers ueberlegt und haette mich nach dem Grunde gefragt, warum wohl Hitler im Laufe der Jahre zu einer solchen Ueberzeugung gekommen sei, dass er einen Krieg evtl. nicht vermeiden wuerde und als die Begruendung, die ich hierzu fand, Major Tilly gesagt, mein Eindruck rueckschauend sei gewesen, dass Hitler in die Rolle hineingeraten sei, die einem jeden Diktator, der nicht rechtzeitig von seiner Macht zuruecktreten will, not-

H0338 – 0068

wendigerweise beschieden sein muesse, dass er naemlich seinem Volke gegenueber mit irgendeiner Siegesgloriole aufwarten muesse, wie das wohl die gedankliche Entwicklung bei Hitler gewesen sei.

F.: Also, das sind die gleichen Erklaerungen, die der Graf Metternich seiner Zeit ueber Napoleon gegeben hat ?

A : Jawohl.

F : Nun Sie bemerkten schon parenthesisch, dass der erste Verdacht Ihnen mit der Fritsch Affaere gekommen war. Der Zeuge Gisevius hat diese Fritsch Affaere eingehend dem Gericht geschildert. Wir wollen nichts wiederholen. Ich bitte Sie deshalb zu der Fritsch Affaere nur das zu bekunden, was Sie zu ihr ueber die Aussage Gisevius hinaus, oder abweichend von dieser Aussage zu sagen haben.

DR. DIX : Wenn das allerdings laenger dauert - was ich nicht weiss - wuerde ich dem Gericht den Vorschlag machen, jetzt die Pause einzuraeumen, wenn es will ?

A : Ich habe eine kurze Bemerkung dazu.

F : Es ist eine kurze Bemerkung. Machen Sie Ihre Antwort zu dieser Frage kurz.

VORSITZENDER : Ja, wenn seine Antwort kurz ist, soll er sie besser jetzt machen.

A : Eine einzige Bemerkung, die ich hinzufuegen moechte. Die Schilderung die Gisevius von dem Verlauf der Affaere Fritsch gegeben hat, ist nach meiner Kenntnis und nach meinem Miterleben voellig korrekt, in allen Einzelheiten. Ich habe dem nichts hinzuzufuegen. Ich kann sie nur bestaetigen. Damit moechte ich auf eine Rede von Hitler hinweisen, die er am 2o. Februar 1938 im Reichstag gehalten hat und wo eine Bemerkung darin enthalten ist, die mir auch damals bereits sehr aufgefallen ist. Er sagt naemlich darin und ich zitiere diese Rede nach den Dokumenten der deutschen Politik, die hier ja in allen Exemplaren vorgelegen haben.

" Die Wendung im Reichskabinett und in der Militaerverwaltung vom 4. Februar - " die also anschliessend an die Affaere Blomberg und Fritsch vorgenommen worden sind, realisierte dadurch die

H0338 - 0069

Staerkung der militaerischen Machtmittel, die die allgemeinen Zeitumstaende heute angezeigt sein lassen. "

Auch diese Bemerkung hat mich bestaerkt in meiner Auffassung, dass hier jetzt die Wendung von einer friedlichen zu einer militaerischen Politik bei Hitler offensichtlich wurde und ich wollte den Hinweis auf diese Bemerkung nicht unterlassen, um das Bild, was Gisevius hier gegeben hat, zu vervollstaendigen.

DR.DIX : Das ist Exhibit Nr. 28 unseres Dokumentenbuches. Es ist auf Seite 81 des englischen, Auf Seite 74 des deutschhn Textes. Da ist diese Stelle zitiert .

VORSITZENDER : Sehr gut. Wir machen jetzt eine Pause von 1o Minuten.

VERHOER DR. DIX : (Verteidiger des Angeklagten Schacht).

F : Es ist nun hier von verschiedenen Sitzungen die Rede gewesen, in denen Hitler von seinen Kriegsabsichten direkt oder indirekt sich geaeussert haben soll. Haben Sie an solchen Sitzungen teilgenommen ?

A : An keiner einzigen.

F : Sie waren, wie Sie bekundet haben, in vielen Dingen anderer Ansicht als Hitler und die Partei. Haben Sie dies zum Ausdruck gebracht oder haben Sie sich den Anordnungen Hitlers immer gefuegt ? Koennen Sie insbesondere Rede und Antwort geben fuer ihre kritische Haltung zum Beispiel in der Judenfrage, in der Kirchenfrage, in der Gestapofrage, Freimaurerfrage usw.

A : Ich darf vorausschicken, dass mir Hitler niemals irgendeine Befehl oder eine Anweisung gegeben hat, die gegen meine Auffassung sprechen wuerde, oder gesprochen haette, und dass ich auch niemals auch irgend etwas getan habe, was gegen meine innere Ueberzeugung sprach. Ich habe von Anfang an auch Hitler persoenlich gegenueber nicht nur im Kreise meiner Freunde und weiteren Parteikreisen, sondern auch der ganzen Oeffentlichkeit gegenueber aus meiner Ueberzeugung in all den Fragen, die Sie hier eben genannte haben, kein Hehl gemacht.

H0338 - 0070

Ich habe bereits hier einmal ausgesprochen, dass ich schon nach der Partei-Bereinigung vom 3o. Juni 1934, Hitler auf das Ungesetzliche seines Handelns aufmerksam gemacht habe.

Ich berufe mich des weiteren auf ein Dokument, welches leider von der Anklagebehoerde hier nur zur Haelfte vorgebracht worden ist. Es handelt sich um einen schriftlichen Bericht, den ich am 3. Mai 1935 Hitler persoenlich uebergeben habe. Ich erinnere mich dieses Datums deshalb sehr genau, weil es auf einer Probefahrt des Lloyd-Dampfers Scharnhorst war, die Hitler sowohl ich mitmachte.

Ich habe ihm an diesem Tage zwei zusammenhaengende Memoranden ueberreicht, die gewissermassen eine Einheit bildeten. In der einen Haelfte handelt es sich daru, dass ich die wilden und fortgesetzten Geldsammlungen der verschiedenen Parteiorganisationen abstoppen wollte, weil es mir schien, dass das Geld nicht fuer Parteizwecke insbesondere fuer Parteieinrichtungen, Parteibauten und dergleichen verwendet werden sollte, sondern dass wir dieses Geld notwendiger brauchten fuer die Staatsausgaben, die zu bezahlen waren, unter denen selbstverstaendlich auch die Ruestungsausgaben waren.

Die zweite Haelfte dieses Berichtes handelte von den Kultur - fragen. Die Verteidigung und ich haben uns seit Monaten bemueht, diese zweite Haelfte des Dokumentes von der Anklagebehoerde zu erhalten, nachdem sie die erste Haelfte dieses Dokumentes hier als Beweisstueck eingeliefert hat. Es ist nicht moeglich gewesen, diese zweite Haelfte zu erhalten. Ich muss mich deshalb darauf beschraenken, ihren Inhalt hier mitzuteilen.

Ich schicke voraus, dass ich selbstverstaendlich alle solche Bemerkungen ueber die falsche Rechts- und Kulturpolitik der Partei und Hitler immer nur vorbringen konnte, mit einer Begruendung die aus meinem Ressort herauskam, denn nur das gab mir die Legitimation diese Dinge vor Hitler zu bringen. Ich habe deshalb ausgefuehrt, dass meine Aussenhandelspolitik auf das schwerste geschaedigt wuerde durch die willkuerliche und inhumane Kultur- und Rechtspolitik, die Hitler betrieb. Ich habe insbesondere auf die Anfeindung der

Kirchen verwiesen, ich habe insbesondere verwiesen auf die ungesetzliche Behandlung der Juden und habe weiter insbesonders verwiesen auf die absolute Ungesetzlichkeit und Willkuer des ganzen Gestapo Regimes und ich erinnere mich dabei, dass ich auf die englischen Habeas Corpus Akte verwiesen habe, die Jahrhunderte zurueck die Rechte der Persoenlichkeit schuetzte und dass ich es zum Ausdruck gebracht habe, dass ich diese Gestapowillkuer fuer etwas hielt, was uns in der ganzen Welt veraechtlich mache, woertlich.

Hitler hat diese beiden Teile dieser Denkschrift sofort am Bord der Scharnhorst gelesen, bat mich, sofort nachdem er sie gelesen hatte, zu sich und hat versucht, mich zu beruhigen mit aehnlichen Ausfuehrungen, wie er sie im Juli 1934 schon zu mir gemacht hatte, dass das noch Uebergangserscheinungen einer revolutionaeren Entwicklung seien, und dass sich das im Laufe der Zeit schon einrenken und verlieren wuerde.

Ich war aber durch die Vorgaenge vom Juli 1934 gewitzigt und habe mich infolgedessen bei dieser Aufklaerung nicht beruhigt, sondern ich habe wenige Wochen darnach, am 18.August 1935 einen Besuch auf der Ostmesse in Koenigsberg dazu benutzt, um in der Ansprache, die ich dort zu halten hatte, auf diese Dinge zurueckzukommen und ich habe hier in aller Deutlichkeit die gleichen Einwaerde erhoben, die ich anfangs Mai Hitler auf der Scharnhorst persoenlich gemacht hatte.

Ich bemerke, dass ich hier nicht nur von der Kirchenfrage, von der Judenfrage, von der Willkuer anderer, sondern auch von der Freimaurer-Behandlung gesprochn habe und ich zitiere nur wenige Saetze aus der Rede mit Erlaubnis des Gerichts. Sie sind ganz kurz. Ich spreche dann von Leuten und ich zitiere nun ---

F: Einen Augenblick. Ich will nur dem Gericht sagen, das ist die Koenigsberger Rede, die ich heute frueh dem Gericht ueberreicht habe.

A: Ich spreche hier von Leuten und nun zitiere ich :

" Die Leute, die naechtlicherweise Fensterscheiben beschmieren, die jeden Deutschen, der in einem juedischen Geschaeft kauft als Vorlksverraeter brandmarken, die alle Freimaurer fuer Lumpen erklaeren, und die im gerechten Kampf gegen Pfarrer und Kaplane, die politisch von der Kanzel sprechen, koennen nun ihrerseits die Entscheidung zum Erhalten und Kanzelmissbrauch nicht machen". Ende des Zitats. Und einen anderen Satz. Ich zitiere :

" Nach wie vor ist, nachdem zwischen der Gesetzgebung wie nach den verschiedensten Erklaerungen des Stellvertreters des Fuehrers, Reichsminister des Innern

H0338 – 0071

und des Reichsministers fuer Volksaufklaerung und Propaganda vom Wirtschaftsministerium, ganz zu schweigen, den juedischen Geschaeften die Ausuebung ihrer geschaeftlichen Taetigkeit gestatte." Ende des Zitats. Und dann ein letzter Satz. Ich zitiere :

" Niemand in Deutschland ist rechtlos. Nach Punkt 4 des nationalsozialistischen Programms kann der Jude weder Staatsbuerger noch Volksgenosse sein. Aber Punkt 5 des Partei-Programms sieht auch fuer ihn eine Gesetzgebung vor, d.h. er darf nicht der Willkuer unterstehen, sondern dem Gesetz ".

Ich habe diese gleiche Haltung bei jeder sich bietenden weiteren Gelegenheit eingenommen.

F: Einen Moment. Dr.Schacht hat sich denn das Regime, diese Rede ohne weiteres gefallen lassen ?

A: Es ist gut, dass Sie mich daran erinnern, weil bezueglich der Zeugenaussagedes Zeugen Gisevius, bezueglich der Rede von Papen dieselbe Frage besprochen wurde, da meine Reden vorher nicht der Zenzur unterlegen sind. Das haette ich mir selbstverstaendlich nicht gefallen lassen. So ging diese Rede aus Versehen sozusagen ueber den Deutschlandsender. Dadurch wurde der Propaganda-Minister Goebbels auf diese Rede aufmerksam und erliess unmittelbar das Verbot diese Rede in den Zeitungen wiederzugeben. Insbesondere ist diese Rede zwar ueber den Deutschlandsender gelaufen, ist aber in keiner Zeitung nachgedruckt worden. Da nun die Reichsbank gluecklicherweise ueber eine eigene Druckerei verfuegte, die selbstverstaendlich der Zenzur nicht unterlag, so habe ich diese Rede in der Reichsbank-Druckerei drucken lassen und sie ist dann in 250.000 Exemplaren ueber die 400 Reichsbank-Filialen im Lande ueber das ganze Land verbreitet worden und wurde auf diese Weise in der ganzen Bevoelkerung bekannt.

F: Bitte schoen, Sie wollen fortfahren ?

A: Ich wollte fortfahren, dass ich bei allen sich bietenden kommenden Gelegenheiten, die ich geradezu gesucht habe, immer wieder auf diese Punkte zurueckgekommen bin. Ich moechte nur zwei Dinge hier noch bemerken.

Ich habe heute fruch schon in dem Brief, den ich am 24.Dezember 1935 dem Reichskriegsminister schrieb, auf diese Dinge hingewiesen und moechte hier nur noch die Worte hinzufuegen. Ich zitiere :

" Die wirtschafts- und rechtspolitische Behandlung der Juden, die anti-kirchliche Bewegung gewisser Partei-Organisationen und die Rechtswillkuer, die sich um die Gestapo herum gruppiert, bilden usw. eine Beeintraechtigung meiner Aufgabe etc.".

H0338 – 0072

H0338 - 0073

Am 12.Mai 1936 erweist sich aus einem Sitzungsprotokoll des sogenannten kleinen Ministerrates, welches hier von der Anklage als Beweisstueck eingereicht worden ist, wiederum dieselbe Haltung. Es heisst in diesem Protokoll, ich zitiere :

" Dr.Schacht hat ferner immer wieder offen betont, man muesste eine Kultur und Rechtspolitik treiben, welche die Wirtschaft in Ruhe laesst".

Ende des Zitats.

Ich bemerke hierzu, dass ich natuerlich immer wieder als Wirtschaftsminister meine Legimitation an diese des Wirtschaftsministers angeknuepft habe und als letztes Beispiel neben vielen anderen, die ich heute hier nicht beibringen kann, eine Ansprache bei einer Lehrlingsfeier der Handwerks-Lehrlinge im Rahmen der Berliner Handwerkskammer am 11.Mai 1937. Dort habe ich folgendes ausgefuehrt. Ich zitiere:

" Kein Gemeinwesen und vor allem kein Staat gedeiht, der nicht auf Gesetzlichkeit, Ordnung und Disziplin aufgebaut ist. " Ende des Zitats.

Und ein zweiter Satz, ich zitiere :

" Darum sollt ihr nicht nur selbst Recht und Gesetz achten, sondern ihr sollt auftreten gegen Ungerechtigkeit und Gesetzlosigkeit ueberall wo ihr ihnen begegnet ". Ende des Zitats.

Auf diese Weise und weil diese Haltung immer wieder nicht nur im engeren Kreise bekannt wurde, sondern ich ungeniert bei jeder moeglichen oeffentlichen Gelegenheit diese Haltung zum Ausdruck gebracht habe, resultiert es, dass mich vor einigen Wochen hier der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Abteilung III, Sicherheitsdienst, der Zeuge Ohlendorf auf Befragen hier, als Parteifeind bezeichnet hat, mindestens sei dem Jahre 1937/1938 und ich glaube, der Chef des Sicherheitsdienstes, Abteilung Inland, musste es wissen, denn ihm oblag die Behandlung der innerpolitischen Gegner.

DR.DIX: Ich darf darauf hinweisen, dass diese Ausfuehrungen in der Sitzung des kleinen Ministerrates vom 12. Mai 1936 enthalten sind, auch in meinem Dokumentenbuch Schacht Exhibit Nr. 20, Seite 47 des englischen Textes und Seite 51 des deutschen Textes,

Und was die Ansprache an die Industrie- und Handelskammer anlangt - oder besser Handwerkskammer - -

DER ZEUGE: Sie sollten sagen Handwerkskammer.

DR.DIX: -- vom 11. Mai 1937. Ich komme nachher nochmals darauf zurueck, wenn ich die richtige Urkunde habe und jetzt gehe ich weiter.

H0338 - 0074

F: Ueber Ihre Teilnahme an den Reichsparteitagen haben wir schon gesprochen und ich moechte nur noch fragen, haben Sie sich an sonstigen Partei-Versammlungen beteiligt ?

A: Ich erinnere mich nicht, nur einmal an irgendeiner anderen Partei-Versammlung teilgenommen zu haben.

F: Nun enthaelt die Anklageschrift woertlich, dass Sie, es wird Ihnen zum Vorwurf gemacht, Ihren persoenlichen Einfluss, Ihre enge Verbindung mit dem Fuehrer ausgenutzt zu haben. Hatten Sie nach Ihrer Erfahrung und besten Ueberzeugung irgendwelchen Einfluss auf den Fuehrer ?

A: Ich fuer meine Person habe einen Einfluss auf die Betaetigung und auf die Entschliessungen des Fuehrers, leider niemals gehabt. Ich habe einen Einfluss gehabt lediglich insofern, als er mich in meiner speziellen Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht zu stoeren wagte. Im uebrigen ist ueber die Einflusslosigkeit saemtlicher Mitglieder der Umgebung Hitler's, von den verschiedensten Zeugen hier so viel gesagt worden, dass ich glaube, die Zeit des Gerichts nicht auch damit noch weiter belasten zu sollen.

F: Das letzte, was Sie sagten, gilt im wesentlichen auch fuer die Frage, wer Einfluss hatte, fuer die Frage des Einflusses des Reichskabinetts, fuer die Tagungen des Reichskabinetts usw. Es sind ja von den verschiedensten Zeugen hierzu schon Bekundungen gemacht worden, haben Sie etwas hinzuzufuegen ?

A: Ich kann nur im allgemeinen hinzufuegen, dass das Reichskabinett nicht den leisesten Einfluss auf Hitler hatte und dass es von November 1937 an ueberhaupt nicht mehr zu Beratungen zusammengetreten ist. Das Reichskabinett war eine zusammenhaengende Gruppe politischer Impotenten und fachlich durchaus geeigneter Fachminister.

DR.DIX: Ich hole nach, die Nummer der Rede vor der Handwerkerkammer ist Exhibit Nr. 30, Seite 89 des englischen Textes und Seite 82 des deutschen Txtes.

F: Wie stand es nun mit dem Ruestungswillen. Wer war denn speziell fuer den Umfang der Ruestung ausschlaggebend ?

A: Dafuer habe ich keinerlei Anhaltspunkte. Aber ich zweifle nicht daran, dass auch hier der alleinige Wille Hitler's ausschlaggebend und massgebend war.

F: Sie hatten also gar keinen anderen Einfluss als denjenigen des kreditgebenden Geldgebers ?

A: Innerhalb meines Ressorts habe ich nichts getan, was ich nicht selbst verant-

H0338 – 0075

worten haette koennen.

F: Haben Sie Auslaender gegenueber auf Ihre Einflusslosigkeit auf Hitler hingewiesen. Ich erinnere Sie an eine Unterhaltung mit dem Botschafter Bullitt im Jahre 1937 ?

A: Diese Unterhaltung ist ja schon im anderen Zusammenhang frueher beruecksichtigt worden und das ganze Memorandum des Botschafters Bullitt liegt ja in seinem Wortlaut als Beweisstueck dem Gericht vor. Ich verweise lediglich auf den Satz, der sich auf mich bezieht. Ich zitiere:
" Schacht leitete seine Aeusserung mit den Worten ein: " dass er heute selbst gaenzlich ohne Einfluss auf den Mann sei, naemlich Hitler. Er schien sich als politisch erledigt zu betrachten und wenig Respekt vor dem Manne zu haben ".
Das ist also gesagt im November 1937. Ich verweise aber darauf, dass ueber meine Stellung und meine ganze Taetigkeit innerhalb der Leitung der oeffentlichen Geschicke Deutschlands, meine auslaendischen Freunde, die ich vorhin schon einmal erwaehnt habe, staendig unterrichtet worden sind.

F: Nun, noch einige spezielle Fragen, was Ihre Ressort als Wirtschaftsminister angeht. Sie haben schon bekundet ueber die Beschaffung von auslaendischen Rohstoffen und entsprechende Stellen zitiert. Konnten dieselben nicht durch inlaendische Erzeugnisse ersetzt werden ?

A: Ein Teil solcher Rohstoffe konnte sicher durch inlaendische Erzeugnisse ersetzt werden. Wir haben ja in der Zwischenzeit gelernt, eine ganze Reihe neuer Werkstoffe, die wir frueher nicht kannten, auf synthetischen Wege zu produzieren. Aber ein grosser Teil konnte hierdurch auch nicht ersetzt werden, sondern konnte nur im Wege des Aussenhandels bekommen werden.

F: Wie standen Sie zur Frage der Auto rchie ?

A: Zur Frage der Autorchie glaube ich dass, wenn mit vernuenftigen Kosten, also ohne uebergrossen Aufwand, der ja nur eineVerschwendung deutschen Volksvermoegens war, gewissermassen Stoffe in Deutschland produziert werden konnten, dass aber im uebrigen die Aufrechterhaltung des Aussenhandels aus wirtschaftlichen Gruenden eine absolute Notwendigkeit sei;dass sie aber noch mehr eine Notwendigkeit sei; aus Gruenden des internationalen Kulturverkehrs und des Zusammenlebens der Voelker. Eine Isolierung der Voelker habe ich stets als ein grosses Ungluecк angesehen und ich habe den Handel in erster Linie dafuer eingesetzt, um international zusammen zu kommen.

H0338 - 0076

F: Wer war denn der Expernent des ganzen autarkischen Gedankens innerhalb der Reichsregierung?

A: Soweit mir bekannt ist, ist der ganze Gedankengang der Autarkie, der sich ja im Vierjahresplan nach aussen hin herausgestellt hat, immer nur Hitler gewesen ist und mit der Beauftragung der Leitung des Vierjahresplanes an Goering hat er diese vergeben.

F: Haben Sie Ihre gegenteilige Ansicht Goering und Hitler zum Ausdruck gebracht?

A: Ich glaube es ergibt sich aus dem Protokoll, dass ich das getan habe.

F: Eine Frage nebenbei, Sie werden sich erinnern, dass Goering hier ausgerufen hat" so moechte ich fragen, wer die Neinsager waren."
Nun moechte ich Sie fragen: Nehmen Sie diesen Ehrentitel als Neinsager in Anspruch. Ich erinnere insbesondere an Ihren Brief vom November 1942?

A: Ich habe in jedem Augenblick, wo ich nicht mehr in die Lage kam etwas zu tun, was meiner inneren Ueberzeugung entsprach, nein gesagt. Ich habe mich dem vielfachen Missbrauch der Partei gegenueber oder die von der Partei ausgiebig, nicht mit Stillschweigen begnuegt, sondern in jedem Falle mich gegen diesen Missbrauch geaeussert, persoenlich, privat, dienstlich und oeffentlich. Ich habe gegen all diese Dinge nein gesagt. Ich habe die Kredite gesperrt, ich habe mich einer uebermaessigen Aufruestung entgegengestellt.
Ich wuesste nicht, wem dieser Ehrentitel des Neinsagers sonst noch zukaeme, wenn nicht mir.

F: Hatten Sie nicht Hitler auch den Treueid geleistet?

A: Ich habe keinen Treueid auf einen gewissen Herrn Hitler geleistet. Ich habe einen Treueid geleistet auf Hitler als Staatsoberhaupt des deutschen Volkes und genau so, wie ich einen Treueid dem Kaiser oder dem Reichspraesidenten Ebert oder dem Praesidenten Hindenburg, nicht geleistet habe, als Person, sondern in ihrer Eigenschaft als Staatsoberhaupt; so habe ich auch Hitler keinen anderen Eid geleistet und der Eid, den ich dem deutschen Staatsoberhaupt geleistet habe, gilt nicht der Person dieses Staatsoberhauptes er gilt demjenigen, was er repraesentiert, dem deutschen Volke.

F: Nun hat ja Goering - - -

DR. SCHACHT: Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang noch einiges hinzu-

fuegen, ich halte einen Meineidigen niemals einen Treueid und Hitler hat sich als ein hundertfaeltiger Meineidiger erwiesen.

F: Goering hat ja nun sehr eingehende Erkundigungen ueber den Vierjahresplan, seinen Ursprung, seine Vorbereitung bekundet. Wir wollen es deshalb kurz machen, haben Sie den Ausfuehrungen Goerings etwas hinzuzufuegen oder weichen Sie ab in Ihren Ansichten?

A: Ich habe aus den Aussagen Goerings alles entnommen und habe meinerseits nichts mehr hinzuzufuegen.

F: Wann erkannte denn Hitler nach Ihrer Erfahrung und nach Ihrem Eindruck, dass Sie ein Hindernis fuer eine schnelle und umfangreiche Aufruestung waren und erkannte er Ihre wirtschaftlichen Gruende an. Er gab sich also mit Ihrer Politik zufrieden oder nicht?

A: Ich habe damals im Jahre 1936, als der Vierjahresplan im September eingefuehrt wurde, nicht erkennen koennen, welche innere Einstellung Hitler zu mir hatte in diesen wirtschaftspolitischen Fragen.
Ich bemerke, dass sein allgemeines Misstrauen gegen mich, seit der Koenigsberger Rede vom Jahre 1935 feststand. Aber wie er zu meiner wirtschaftspolitischen Taetigkeit stand, habe ich im Jahre 1936 noch nicht genau uebersehen koennen. Daraus dass ich an den Vorarbeiten des Vierjahresplanes ueberhaupt nicht beteiligt gewesen bin, sondern ihn als eine Ueberraschung in der Parteitagung erfuhr, ferner daraus, dass mir voellig unerwartet zum Leiter des Vierjahresplanes ploetzlich Goering ernannt und nicht der Wirtschaftsminister, was ich erst auf dem Parteitag im September 1936 erfuhr. Aus diesen Tatsachen entnahm ich natuerlich, dass Hitler mir in wirtschaftspolitischer Beziehung hinsichtlich der ganzen Ruestung nicht das Vertrauen entgegenbrachte, was er fordern zu muessen glaubte. Es ist mir aber nachtraeglich hier im Gefaengnis durch den Mitangeklagten Speer eine Denkschrift gezeigt worden, die der Angeklagte Speer, bei Uebernahme seines Ministerpostens von Hitler ausgehaendigt erhalten hat, und die sich merkwuerdigerweise mit dem Vierjahresplan und mit meiner Person und mit meiner Taetigkeit sehr ausdruecklich befasste und aus dem August 1936 stammt. Im August 1936 hat also Hitler eigenhaendig diese Denkschrift diktiert, die ich jetzt in der Gefangenschaft von dem Mitangeklagten Speer gezeigt bekommen habe und ich nehme an, dass sie hier vorliegt. Sie besteht aus einer Reihe von kurzen Zitaten, die ich vorlesen moechte, wenn sie gestatten. 8697

H0338 - 0077

H0338 - 0078

DR. DIX: Darf ich das Gericht noch aufklaeren. Diese Denkschrift haben wir in der Originalkopie vor etwa 3 Wochen liebenswuerdigerweise durch die Vermittlung der Anklagebehoerde von dem Lagerkommandanten in "Dustbin" bekommen. Wir haben sie dann in die Uebersetzungsabteilung gegeben, um sie jetzt vorlegen zu koennen. Die Uebersetzung ist nicht fertig geworden. Ich werde diese gesamte Schrift dann in einer neuen Nummer, in einer neuen Exhibit-Nummer nachholen.

VORSITZENDER: Ist diesbezueglich schon ein Antrag gestellt worden?

DR. DIX: Es ist kein Antrag gestellt worden. Ich wollte .....

VORSITZENDER: Um welches Memorandum handelt es sich denn hier?

DR. DIX: Um Hitler's Memorandum vom Jahre 1936, von dem drei Kopien existieren, von denen eine sich in dem Lager "Dustbin" befand. Diese Kopie ist vor 14 Tagen oder vor 3 Wochen hier eingelangt, nachdem wir uns ueber unsere Dokumentenbuecher mit der Anklagebehoerde auseinandergesetzt und hier diskutiert hatten und ich wollte diese Hitlerdenkschrift heute vorlegen in der Uebersetzung. Gleichzeitig darf ich bitten, dies als Beweismittel zuzulassen, bin hierzu aber nicht in der Lage, weil die Uebersetzung nicht fertig ist. Es wurde sogar meinem Kollegen Professor Krauss gesagt, sie waere verlegt worden.

VORSITZENDER: Dr. Dix, dann fahren Sie mit dem Angeklagten fort und Sie koennen das Dokument als Beweismittel uns spaeter anbieten.

DR. DIX: Sehr gut, der Angeklagte hat eine Abschrift davon und wird die wichtigen, sehr kurzen Stellen dem Gericht verlesen.

DER ZEUGE: Ich zitiere ganz kurz: In diesem Memorandum, in dieser Denkschrift sagt Hitler unter anderem. Ich zitiere woertlich:

"Es ist nicht die Aufgabe staatlich wirtschaftlicher Einrichtungen, sich den Kopf ueber Produktionsmethoden zu zerbrechen. Diese geht das Wirtschaftsministerium garnichts an." Ende des Zitats/ Das Wirtschaftsministerium stand unter meiner Leitung, es ist also ein Vorwurf gegen mich.

Ein weiteres Zitat. Ich zitiere:

"Es ist weiter notwendig, die deutsche Eisenproduktion auf das Ausserordentlichste zu steigern. Der Einwand, dass wir nicht in der Lage seien, aus den deutschen Eisenerzen mit 26 % Gehalt ein aehnliches billiges Roheisen zu erzeugen wie aus den 25 %igen Schwedenerzen ist belanglos. Der Einwand, dass in dem Fall die ganzen deutschen Hochoefen umgebaut werden muessen ist ebenfalls unbeachtlich und

vor allem geht das das Wirtschaftsministerium garnichts an." Ende des Zitats.

Ich hatte ausgefuehrt, wie aus dieser Sache hervorgeht, dass man aus 26 %ige Erz nur mit doppelten oder dreifachen Kosten Stahl erzeugen koennte, den man aus 45 %igen Erzen erzeugen kann und habe ferner gesagt, dass man zur Verarbeitung 26 %igen Erzes ganz andere Anlagen braucht, als zur Verarbeitung 45 %igen Erzes. Herr Hitler erklaerte, das geht das Wirtschaftsministerium, d.h. Herrn Schacht garnichts an.

Und ein letztes ganz kurzes Zitat. Ich zitiere:

"Ich moechte dabei betonen, dass ich in diesen Aufgaben die einzige wirtschaf liche Mobilmachung sehe, die es gibt und nicht in einer Drosselung von Ruestungsbetrieben." Ende des Zitats.

Auch diese Aeusserung wendet sich gegen meine Politik.

DR. DIX: F: Nun also, wir befinden uns jetzt in dieser Spannung saechlicher Gegensaetze zu Hermann Goering, Spannungen mit Hitler hinsichtlich Ihrer Amtsfuehrung als Wirtschaftsminister. Wie stand es zu jener Zeit nun mit Ihren Ueberlegungen, Ihr Amt als Wirtschaftsminister niederzulegen? Wie stand es mit Ihrer Entlassungsmoeglichkeit? Ich bitte hier nicht das zu wiederholen, was uns Herr Lammers und andere ueber die Unmoeglichkeit "niederzulegen" gesagt hat, sondern uns Ihren speziellen Fall und was Sie nun getan haben, darzustellen.

A: Ich habe zunaechst versucht, meine Wirtschaftspolitik weiterzufuehren, trotzdem Goering mit der Leitung des Vierjahresplanes im Laufe der Monate ganz selbstverstaendlich versuchte, moeglichst viele wirtschaftspolitische Aufgaben an sich zu reissen.

Ich habe aber den ersten Augenblick, wo Goering in meine Rechte als Wirtschaftsminister eingriff, benutzt, um meine Entlassung als Wirtschaftsminister zu erzwingen. Das war Anfang August 1937. Ich habe das damals ganz kurz Hitler gegenueber begruendet, indem ich sagte, wenn ich die Verantwortung fuer die Wirtschaftspolitik tragen soll, dann will ich auch das Kommando haben. Wenn ich aber das Kommando nicht habe, so wuensche ich auch keine Verantwortung zu uebernehmen. Der Kampf um meine Entlassung, der von mir zum Teil mit sehr drastischen Massnahmen gefuehrt worden ist, hat ungefaehr 2 1/2 Monate gedauert, bis sich dann schliesslich Hitler entschliessen musste, wenn der Konflikt nicht noch staerker, als schon geschehen in die Oeffentlichkeit treten sollte, mir die nachgesuchte Entlassung zu bewillige

H0338 – 0079

1 Mai-A-EF-5.

F: Meinen Sie unter drastischen Formen, den sogenannten Sitzstreik Ihrer Person?

A: Ja.

F: In diesem Zusammenhang darf ich dem Gericht ueberreichen Exhibit Nr. 40 meines Dokumentenbuches, eine eidesstattliche Versicherung eines frueheren Mitarbeiters Dr. Schacht's im Reichswirtschaftsministerium, eines gewissen Kammer-Direktor Dr. Asmis. Das ist in der englischen Ausgabe Seite 180 nur ein kurzer Passus aus dieser langen eidesstattlichen Versicherung.

Ich zitiere:

"Als das aber ohne Erfolg blieb, naemlich sein Kampf um die Entlassung und der von ihm als falsch erkannte Weg immer weiter ging, hat er, naemlich Schacht, im Herbst 1937, also lange

H0338 - 0080

H0338 - 0081

vor Kriegsbeginn als aufrechter Mann die Konsequenz daraus gezogen und die Entlassung aus seinem Amt als Reichswirtschaftsminister und somit, aus der Mitverantwortung betrieben. Eine allmaehliche Amtsabgabe war dabei offenbar fuer ihn nicht zu erreichen, da die Partei aus Prestigegruenden seinen Namen brauchte. So blieb er im Herbst 1937 einfach laengere Wochen hindurch den Raeumen des Wirtschaftsministeriums fern. Er trat in den Sitzstreik, wie es scherzhaft im Ministerium hiess und ging dienstlich nur in die Raeume der Reichsbank."

VORSITZENDER: Herr Dix, ist es notwendig, das Gericht mit diesen Einzelheiten zu belasten? Dass er zurueecktrat, darueber sind wir uns einig. Das einzige, was zu erklaeren waere ist, warum er weiter Minister geblieben ist, Beweismaterial ueber seinen Ruecktritt und den Konflikt zwischen ihm und dem Angeklagten Goering ist von der Anklagebehoerde schon klargelegt worden. Warum muessen wir diese Angelegenheit nocheinmal anhoeren bezueglich des Sitzstreiks usw. und ging in seiner offiziellen Stellung nur zur Reichsbank.

DR. DIX: Er ist nicht Minister geblieben.

VORSITZENDER: Ich dachte, er ist bis 1943 Minister geblieben?

DR. DIX: Minister ohne Portefeuille, ja.

VORSITZENDER: Dann ist er immer noch Minister ohne Portefeuille.

DR. DIX: Ja, ich habe ja nicht Minister ohne Portefeuille gesagt, ich habe nur Minister gesagt, ich habe nur Minister gesagt. Es ist ein Unterschied und ich werde darauf spaeter zu sprechen kommen. Ich habe verstanden aktiver Minister. Ich lege darauf keinen Wert, es war ein Missverstaendnis. Ich bin damit auch schon am Ende. Es waere nur zu illustrieren, wie schwer es war, die Entlassung durchzusetzen.

DR. DIX: F: Nun kommen wir zu der Art, wie Sie entlassen wurden. Haben Sie den Lammer'schen Bekundungen irgendetwas hinzuzufuegen oder nicht?

A: Ich glaube, wir sollten eine Mitteilung dem Gericht doch machen, die mir jedenfalls von dem Mitangeklagten Speer zugegangen ist, hier in der Gefangenschaft. Der Zeuge war zumindest Ohrenzeuge der Auseinandersetzung zwischen Hitler und mir in der entscheidenden

H0338 - 0082

1 Mai - A - EB - 9

Besprechung, wo ich meine Entlassung durchsetzte.

Wenn das Gericht es erlaubt, lese ich es ganz kurz vor. Es handelt sich um 2 - 3 Saetze.

Ich zitiere. Herr Speer hat das Folgende mitgeteilt: "Ich war auf der Terasse des Berghof's auf dem Obersalzberg und wartete darauf, meinen Bauplan vorlegen zu koennen. Im Sommer 1937, als Schacht auf den Berghof kam ....

MR. JUSTICE JACKSON: (unterbrechend) Speer ist im Saale anwesend. Wenn ein Angeklagter Zeugnis abgibt, bezueglich einer Unterhaltung mit einem anderen Angeklagten so mag das sehr bequem sein, um Zeugnis zu bekommen, ohne Kreuzverhoer. Aber es scheint mir, dass das eine Methode ist, gegen die wir Einwand erheben muessen. Ich erhebe Einwand aus diesem Grunde, da es keinen Beweiswert hat, Zeugnis abzulegen bezueglich einer Unterhaltung von diesem Charakter, da der Angeklagte Speer im Saal ist, eingeschworen worden und sein eigenes Zeugnis geben kann. Er sitzt hier und ist zur Verfuegung.

VORSITZENDER: Worum handelt es sich in dieser Unterhaltung?

DR. DIX: Gegenstand dieser Besprechung ist eine Angelegenheit, welche den Angeklagten Schacht angeht, naemlich eine Aeusserung Hitler's ueber Schacht. Es ist keine Angelegenheit, die den Angeklagten Speer angeht. Deshalb wuerde ich es ansich fuer sachdienlich halten, da es sich um eine Angelegenheit Schacht's handelt, wenn er daruber Bekundungen machen koennte, nur wuerde ich es fuer richtiger halten, dass er nicht verliest, was ihm Speer geschrieben hat, sondern dass er diesen Vorfall Hitler und Schacht nur dem Gericht bekundet und nur sagt, das habe ich von Speer erfahren, das scheint mir besser, als die Sache ....

VORSITZENDER: Gut, Herr Dr. Dix, Sie koennen es vorlegen.

DURCH DR. DIX:

F: Dann bitte verlesen Sie nicht, sondern erzaehlen Sie den Vorfall in der Form, dass Sie sagen, Sie haben es von Speer.

MR. JUSTICE JACKSON: Es scheint mir, dass dem sogar noch mehr zu widersprechen ist, als einer schriftlichen Aussage von Speer.

H0338 - 0083

Wenn die Aussage Speer's vorhanden ist, so sollte diese zumindest verlesen werden und nicht eine Unterhaltung der beiden Angeklagten wiederholt werden. Wenn Speer eine schriftliche Aussage gemacht hat, so kann sie uns auf ueblichem Weg uebermittelt werden.

Es ist dies nun das zweite Dokument, das wir vorher nicht sehen konnten, das aber hier benutzt wurde. Es scheint mir, dass, wenn dies ein unterschriebenes Dokument Speer's ist, ich entnehme, dass es nicht so ist, doch wenn es so ist, so koennen wir es sehen. Vielleicht kann es verwendet werden. Wenn es eine Unterhaltung ist, so wuerde ich die Darstellung Speer's vorziehen.

DR. DIX: Darf ich noch etwas sagen. Die Verfahrensfrage ist fuer mich keine grundsaetzliche. Gut, dann soll es zur Eroerterung kommen, wenn Speer vernommen wird. Ausserdem weiss ich nicht, ob Speer gerufen wird. Er wird wahrscheinlich gerufen werden. Praktisch besser ist es, wir hoeren es jetzt. Aber ich stelle es vollkommen anheim. Fuer mich ist es keine Kapitalfrage.

VORSITZENDER: Das Gericht laesst das Beweisstueck zu.

DURCH DR. DIX:

F: Also, ohne zu verlesen, den Vorgang erzaehlen.

A: Die Herren und darunter Speer haben diesen Vorfall, diese Unterhaltung auf der Terasse, die in sehr lautem Ton gefuehrt wurde, mit angehoert. Am Ende der Unterhaltung ist Hitler auf die Terasse herausgekommen und hat bei dieser Gelegenheit.....

VORSITZENDER: Einen Augenblick.

Gut, Herr Dr. Dix, setzen Sie fort.

A: Hitler ist nach Beendigung dieser Unterredung auf die Terasse herausgekommen und hat zu seiner Umgebung, darunter auch Speer, gesagt, er hat eine sehr schwere Auseinandersetzung mit Schacht gehabt, er koenne mit Schacht nicht zusammenarbeiten.
Schacht stoere seine Finanzplaene.

H0338-0084

1 Mai - A - EB - 11

F: Nachdem Sie nun als Wirtschaftsminister ausgeschieden waren, blieben Sie als Ressortchef mit einem Ressort zunaechst Reichsbankpraesident? Ist nun Hitler oder der Reichsfinanzminister dann an Sie in Ihrer Eigenschaft als Reichsbankpraesident mit Kreditersuchen herangetreten?

A: Nachdem die Reichsbank ihre Kredithilfe aufgegeben, bezw. beendet hatte, am 31. Maerz 1938, ist von dieser Zeit an natuerlich da Verlangen nach Gold beim Reichsfinanzminister ein dringlicheres geworden und er ist gegen Ende des Jahres in die Verlegenheit gekommen, dass er, ich glaube, damals nicht einmal die Gehaelter, die Beamtengehaelter mehr aus der Kasse zahlen konnte. Er ist dann zu mir gekommen und hat mich gebeten, ihm einen Extrakredit zu geben. Die Reichsbank war nach ihren Gesetzen und Statuten berechtigt und in gewissem Sinn verpflichtet, aber eigentlich berechtigt, dem Reiche bis zu 400 Millionen Mark jaehrlich Kredit zu geben. Diese 4 00 Millionen Mark hatte der Reichsfinanzminister bekommen und er verlangte daruber hinaus jetzt weitere Kredite. Diese Kredite hat ihm die Reichsbank abgelehnt und der Reichsfinanzminister musste sich

an die Privatbanken wenden und hat damals von denen - alle Grossbanken vereint - einen Kredit bekommen von einigen Hundert Millionen Mark. Die Reichsbank hat aber an diesem Kredit nicht mitgewirkt.

F : Wenn Sie nun als Reichsbankpraesident diese Kredite ablehnten, lag es ja nahe, an eine Inanspruchnahme der Notenpresse zu denken. Ist Ihnen von Hitler oder von sonst einer Stelle zugemutet worden, die Notenpresse in Bewegung zu setzen ?

A : Ich bin nach den Ereignissen vom November 1938 noch einmal in London gewesen, im Dezember, zu einer Ruecksprache ueber eine Finanzierung der juedischen Auswanderung aus Deutschland, in ordnungsgemaesser Weise, da ich diesbezueglich, meinerseits die Anregung gegeben hatte. Ich habe bei dieser Gelegenheit auch mit dem Premier-Minister Chamberlain gesprochen und kam am 2. Januar 1938 auf den Berghof nach Berchtesgaden, um Hitler ueber diese Dinge zu berichten. Bei dieser Gelegenheit kamen wir selbstverstaendlich auch auf die Noete, auf die Finanznoete des Reiches zu sprechen. Ich lehnte, nach wie vor, Kredite an das Reich ab und verwies auf die ganze schwierige Finanzlage, die eine Einschraenkung der Staatsausgaben, also auch der Ruestungsausgaben, notwendig machte, oder notwendig machen sollte. Ich verwies insbesondere darauf, dass anfangs Dezember die erste Rate der sogenannten Judenbusse, die nach der Ermordung des Herrn vom Rath in Paris den Juden auferlegt war und die mit 25o Millionen Mark anfangs Dezember einkassiert worden war, dass diese 25o Millionen Mark, diese erste Rate nicht vollstaendig in barem Geld eingegangen sei, sondern dass der Reichsfinanzminister sich hatte bequemen muessen, einen erheblichen Teil dieser Busse in Sachwerten, d.h. in Gegenstaenden " in kind ", wie der Englaender sagt, entgegenzunehmen zu muessen, weil die Unmoeglichkeit vorlag, dieses Geld fluessig zu machen fuer die Zahlung. Darauf antwortete mir Hitler, " aber auf diese Sachwerte kann man doch Notgeld ausgeben. Ich habe mir die ganze kuenftige Finanzgebahrung sehr genau ueberlegt und wenn ich nach Berlin zurueckkehre,

H0338 – 0085

in einigen Tagen, so werde ich mit Ihnen und mit dem Finanzminister gemeinsam meine Plaene besprechen. "

Ich erkannte sofort hieraus, dass Hitler die Absicht hatte, nunmehr die Notenpresse fuer seine Finanzausgaben, ob mit oder ohne Sachdeckung, jedenfalls gegen gewisse Werte, in Anspruch zu nehmen. Damit war die Gefahr der Inflation nunmehr endgueltig heraufbeschworen und da ich sofort erkannte, dass dieses der Punkt sei, wo fuer mich und fuer die Reichsbank Einhalt geboten war, so habe ich ihm darauf erwidert : " Nun gut, dann werde ich veranlassen, dass die Reichsbank fuer diese gemeinsame Besprechung mit dem Finanzminister Ihnen eine Denkschrift vorlegt, in der wir die Stellungnahme der Reichsbank zu diesem Problem behandeln werden. "

Ich bin dann nach Berlin zurueckgekehrt und habe meine Kollegen im Reichsbankdirektorium informiert. Und wir sahen nun zu unserer persoenlichen Genugtuung, dass hier der Schritt gegeben war, wo wir uns endgueltig von dieser Art von Politik trennen konnten. Die Denkschrift, die das Reichsbankdirektorium dann Hitler eingereicht hat, datiert vom 7. Januar und ist, glaube ich, von der Anklagebehoerde ebenfalls als Beweisstueck eingereicht. Zur Charakterisierung dessen, was das Reichsbankdirektorium in diesem entscheidenden Augenblick hinsichtlich der weiteren Staatsausgaben und insbesondere der Ruestungsausgaben Hitler zu sagen hatte, bitte ich um die Erlaubnis, nur zwei, wiederum ganz kurze Saetze aus dieser Denkschrift zu verlesen. Es heisst da, ich zitiere :

" Im entscheidenden Mass wird die Waehrung von der hemmungslosen Ausgabenwirtschaft der oeffentlichen Hand bedroht. Das unbegrenzte Anschwellen der Staatsausgaben sprengt jeden Versuch eines geordneten Etats, bringt trotz ungeheurer Anspannung der Steuerschraube die Staatsfinanzen an den Rand des Zusammenbruchs und zerruettet von hier aus die Notenbank und die Waehrung. "
Ende des Zitats.

Und an einer spaeteren Stelle heisst es, ich zitiere :

H0338 – 0086

" Da waehrend der beiden aussenpolitischen Aktionen in der Ostmark und im Sudetenland eine Steigerung der oeffentlichen Ausgaben zwangslaeufig, so macht die Tatsache, dass nach Beendigung der aussenpolitischen Aktionen eine Beschraenkung der Aussenpolitik nicht zu erkennen ist, vielmehr alles darauf hindeutet, dass eine weitere Ausgabensteigerung geplant ist, es nunmehr zur gebieterischen Pflicht, auf die Folgen fuer die Waehrung hinzuweisen. Das unterzeichnete Reichsbankdirektorium ist sich bewusst genug, dass es in seiner Mitarbeit fuer die grossen gesteckten Ziele freudig alles einsetzte, dass aber nunmehr Einhalt geboten ist. " Ende des Zitats.

F : Auf diese Denkschrift, die von der Anklagebehoerde unter Nummer EC - 369 schon vorgelegt ist, aber nochmals vorgelegt wird, in unserem Dokumentenbuch, Exhibit 24, Seite 7o des englischen und Seite 63 des deutschen Textes, zu dieser Denkschrift muss ich spaeter an Schacht noch verschiedene Fragen stellen; aber ich glaube, dass hierzu die Zeit nicht mehr ist, vielleicht morgen.

VORSITZender : Herr Dr. Dix, wenn Sie das notwendig tun muessen, halten Sie es jedoch fuer sehr wichtig ? Auf jeden Fall tun Sie es morgen nur, wenn Sie es ueberhaupt tun muessen.

DR. DIX : Jawohl.

VORSITZENDER : Herr Dr. Siemers ?

DR. SIEMERS : Jawohl.

VORSITZENDER : Herr Dr. Siemers, koennen Sie uns sagen, ob jene Auszuege, dieselben Auszuege sind, die im Falle des Angeklagten Ribbentrop abgewiesen wurden ?

DR. SIEMERS : Ich habe eine Zusammenstellung gemacht und kann die Zusammenstellung dem Gericht schriftlich ueberreichen. Es sind einige Dokumente gleich, einige stimmen nicht ueberein und einige fehlen. Ich habe es schriftlich aufgesetzt.

VORSITZENDER : Danke. Der Gerichtshof wird sich nunmehr vertagen.

(Woraufhin sich der Gerichtshof um 17 oo Uhr bis auf Donnerstag, den 2. Mai 1946, 1o oo Uhr vorm. vertagt).

H0338 - 0087